

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

A 8380

Die
Bauernvereine
und die
Lage der Landwirthschaft

von

Dr. Martin Faßbender.

Mit einem Bildniß des Gründers des ersten Bauernvereins
Dr. Freiherrn von Scharlemer-Alst.

Paderborn.

Druck und Verlag von Ferdinand Schöningh
1888.

Münster i. W. — Osnabrück.

Festschrift

zur

Feier des 25jährigen Bestehens

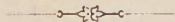
des

Westfälischen Bauernvereins,

zugleich

Geschichte der Bauernvereine in Deutschland überhaupt

vom Jahre 1862 bis 1887.



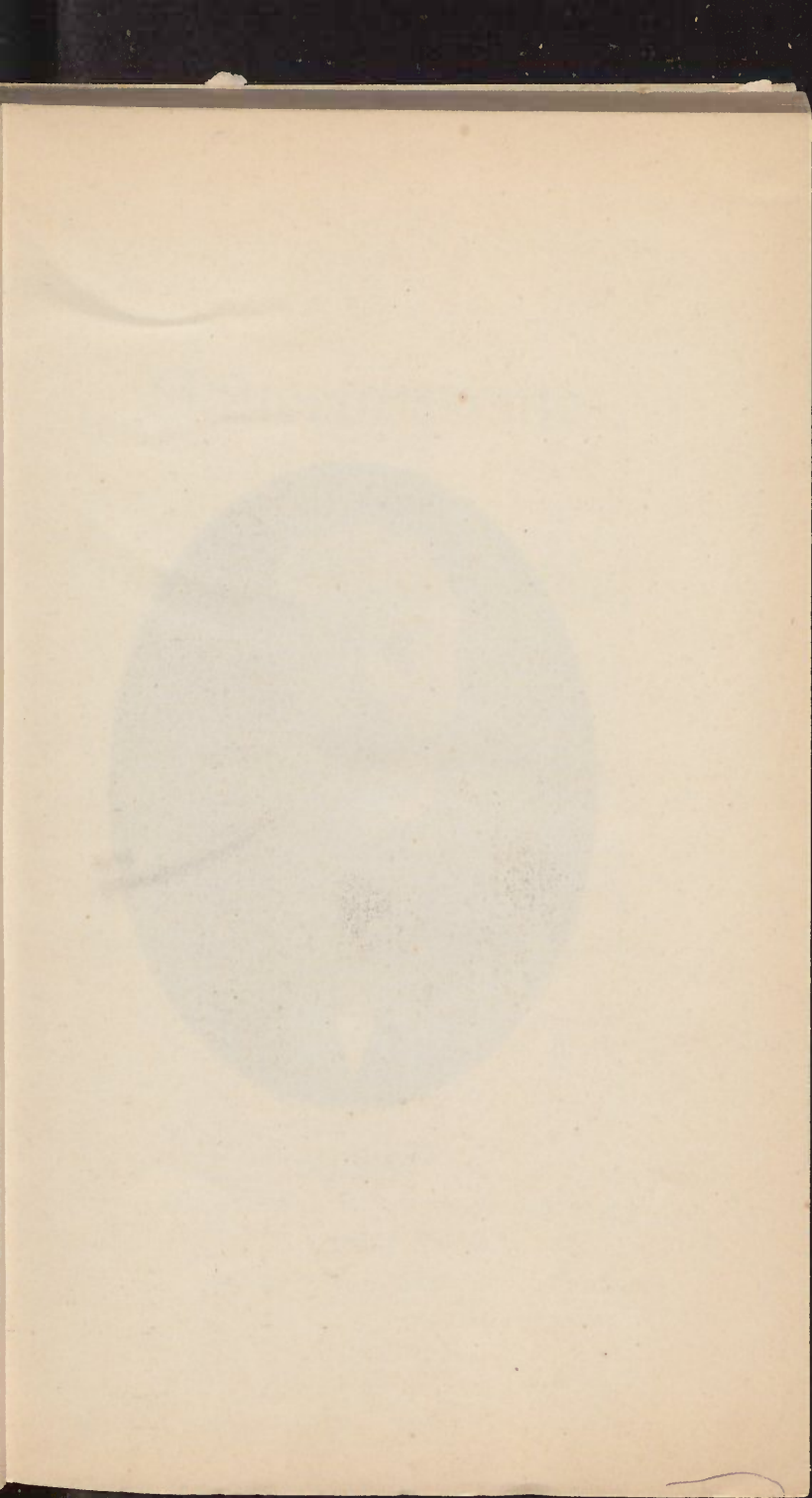
Verzeichnis

der in der Zeit vom 1. Januar 1897 bis 31. December 1897

in der Provinz Preussen

geborenen, verstorbenen, eingetragenen, abgestorbenen

und sonstigen Veränderungen





Die
Bauernvereine
und die
Lage der Landwirthschaft

von
Dr. Martin Faßbender.

Mit einem Bildniß des Gründers des ersten Bauernvereins
Dr. Freiherrn von Schorlemer-Alst.

Paderborn.

Druck und Verlag von Ferdinand Schöningh.
1888.

Münster i. W. — Osnabrück.

Banquiers

Handels- und Gewerbebank

Alle Rechte vorbehalten.



Inhalt.

	Seite
A. Einleitung	1
B. Die Lage der Landwirtschaft	5
1. Die Selbsthilfe des Einzelnen	41
2. Die Selbsthilfe durch Vereinigung	44
3. Staatshilfe	45
C. Die Bauernvereine.	
1. Der westfälische Bauernverein	53
2. Der rheinische Bauernverein	111
3. Der Trierische Bauernverein	132
4. Der Hessische Bauernverein	157
5. Der Nassauische Bauernverein	163
6. Der West- und Ostpreussische Bauernverein	167
7. Der Eichsfeldische Bauernverein	169
8. Der Schlesische Bauernverein	174
9. Der Mittelbadische Bauernverein	175
D. Schlußwort	176

An den geneigten Leser

möchte der Verfasser die ganz ergebene Bitte richten, ihn nicht zu verurtheilen, wenn er die leider allzusehr anwachsende Literatur auch noch mit einer Broschüre bereichert. Er glaubt dieser Verurtheilung am sichersten zu entgehen, wenn er Zweck, Veranlassung und Grund der Veröffentlichung derselben angibt. Der Grund ist nämlich, daß bis jetzt leider unsere Literatur noch keine Würdigung der Leistungen der Bauernvereine versucht hat, während diese Leistungen doch wohl eine entschiedene Würdigung verdienen. Die Veranlassung, gerade jetzt diese Würdigung zu versuchen, liegt darin, daß nunmehr fünfundzwanzig Jahre seit der Gründung des ersten Bauernvereins verflossen sind und letzterer, der Westfälische Bauernverein, in der nächsten Zeit sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum feiern wird. Der Zweck, den diese Schrift sich jetzt, ist endlich: durch die vergleichende Darstellung der Bestrebungen und Leistungen der verschiedenen Bauernvereine für diejenigen Gegenden, wo bis jetzt solche Vereine noch fehlen, eine Anregung zu bieten, ebenfalls mit der Gründung derselben vorzugehen und dort, wo selbige bereits bestehen, die Landwirthse zu zahlreicherem Beitritte in ihrem eigenen Interesse zu veranlassen.

VI

Da die Bestrebungen der Bauernvereine und deren Berechtigung nur im Zusammenhange mit unseren Zeitverhältnissen richtig verstanden werden können, bedurfte es — sollte anders diese Abhandlung ein in sich abgeschlossenes Ganze bilden — auch einer Darlegung der bäuerlichen Zustände in der Gegenwart, wenigstens in den allgemeinsten Umrissen, und deshalb wurde die Schilderung des landwirthschaftlichen Nothstandes als Grundlegung beigelegt.

Die sämtlichen Angaben der Broschüre sind aus erster Quelle, d. h. aus den Akten bzw. Berichten der betreffenden Bauernvereine selbst geschöpft, dürfen daher als authentisch gelten. Allen hochverehrten Herren, welche durch Mittheilung von Thatfachen bei dem Zustandekommen des Werkes mitgewirkt haben, sei nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen.

Sollte das Büchlein auch nur ein wenig zur Klärung der Lage „in der schweren Noth der Zeit“ beizutragen und einige Anregung zum Fortschritte zu bieten imstande sein, so wäre hinreichend belohnt.

Münster i. W., im Mai 1888

Der Verfasser.

A. Einleitung.

Vielfach hört man heutzutage bei Erwähnung der schlimmen Lage des Grundbesitzes aus dem Munde praktischer Landwirthe die Aeußerung: „Gegenwärtig haben wir alle möglichen landwirthschaftlichen Vereinigungen, wie landwirthschaftliche Vereine, Bauernvereine, Casinos; es werden landwirthschaftliche Schulen gegründet; jeden Augenblick liest man von Bauernversammlungen; da werden Reden gehalten und Recepte über richtige Betriebsweise, Anwendung von Kunstdünger, Kraftfuttermittel u. s. w. veröffentlicht und — mit der Landwirthschaft wird's immer schlimmer. Unsere Vorfahren haben alles dieses nicht gekannt und doch standen sie besser wie wir.“ Und hieran wird alsdann von den ganz „beständigen“ Elementen der Schluß geknüpft: „Also weg mit allen diesen Dingen! Sie helfen ja doch nichts.“ Ist dieser Schluß aber gerechtfertigt? Keineswegs! Ebenso gut könnte man auch sagen: „Trotz der vielen Aerzte sterben noch immer viele Menschen, also weg mit den Aerzten! trotz der zahlreichen Sicherheitsmannschaften des Staates kommen immer noch viele Verbrechen vor, also weg mit allen Vorichtsmaßregeln!“ Eine solche thörichte Aeußerung kann jedoch niemandem ernst gemeint sein und gerade so verhält es sich mit den Einwürfen gegen die Verbesserungsvorschläge

Fassender, Bauernvereine.

auf landwirthschaftlichem Gebiete. Wenn trotz aller Gegenanstrengungen die landwirthschaftliche Nothlage noch immer in der Zunahme begriffen ist, so kann man dies als vollständigen Beweis ihres sehr bedenklichen Charakters ansehen und man muß sich allen Ernstes fragen: „Wie würde es erst aussehen, wenn alle die Hilfsmittel, die wir jetzt zur Bekämpfung der wirthschaftlichen Mißstände besitzen, nicht vorhanden wären?“ Wir dürfen die uns bereits zu Gebote stehenden Hilfsmittel also nicht nur nicht zurückweisen, sondern müssen auf weitere neue sinnen.

Ganz im Widerspruche mit den erwähnten Aussprüchen der Muthlosigkeit und Verzweiflung seitens der Landwirthe heißt es in nicht-landwirthschaftlichen Kreisen häufig: „Die Bauern müssen immer klagen. Wir befinden uns in einer wirthschaftlichen Krisis, unter der alle Stände zu leiden haben. Dem Bauer geht es aber nicht schlimmer, nein, sogar besser als anderen Leuten.“ Man hat es sich sogar nicht verdrießen lassen, die Grundlosigkeit der landwirthschaftlichen Klagen in poetische Form zu kleiden, wie wir an folgendem Gedichte sehen, das zur Carnivalsfeier des Jahres 1888 in Münster i/W. gedruckt worden ist:

Niepen kief di an de Buuren,
Of se wirklich to bedunnen
Hüt'gen Dags? It segge nee!
Statt en Härdstier brennt en Nowen;
In den uttap'zeerten Stinowen
Steiht en schmödig Kanapee!

Daorüm brukt se nich to grienen,
Ehre Arbeid doht Maschinen,
Arbeid mäk den Buur kien Pien!

Dürren, pflügen, eggen, mahlen,
 Häckeln, buottern, wannen, säen,
 Alles mät un de Maschin!

Riek di an de Buurenwichter
 Met de randen Notgesichter,
 Up en Kopp Buttingen bleiht.
 Kneumt di de mi in de Möte,
 An Plast Holsten an de Föte,
 Hauch up Stoffschoh-Stelten geist.

In Pension wärd je ertrocken,
 Wat häw't neilich mi verschrocken,
 As so'n Dänken kürt Französi!
 Dann hät je auf lehr dat Singen,
 To't „Pianino“ hett dat Dingen,
 Smit je, doch lüch jalt un heest.

Fröher waor en Ringstienwagen
 Föör en Buur en grant Behagen,
 Jetzt Jagdwagens paßt nich mehr.
 Will so'n Buur von'n Hof es rutken,
 Geiht'nt mi laoff met fiene Kutschen,
 Bliz un blank iij dat Gefähr.

Gold'ne Kiedden, Meerschummelpiepen,
 Well kann will den Staat begriepen
 Jetzt von den westfälischen Buur?
 Kan man föll sik rein verfahren,
 Geiht in Tiig wi Kawaleeren
 So 'ne Buurenkreatur!

Dann jaohrin, jaohrut kann fiern
 Noch de Buur bi all' de Stiern
 Münsierfiend un Buegelschutt;
 Drinkt up Thierichau sik in Duejel
 Met Schlampagnerwien un Fuesel!
 Buur hett dat bankrott, kaputt?

Nee, ji Buuren drüft nich klagen;
 Denn ju belst noch nich de Magen,
 Städtste Nanth iss ju nich gliek.
 Ju wäff Alles to in Haupen,
 Städtste mielt't siör Geld All's kaupen,
 Maakt de Buuren fett un riet.

Was soll man dazu sagen?

Wir können nach unserer heutigen wirthschaftlichen Lage drei Klassen Menschen im allgemeinen unterscheiden, nämlich solche, welche Eigenthum besitzen, solche, welche kein Eigenthum, jedoch Kraft zur Arbeit haben, und endlich solche, welche nicht nur eines Besitzthums, sondern auch der Gesundheit und Kraft zur Arbeit entbehren. Mit den letzteren hat sich die Armenpflege zu beschäftigen, die zweite Klasse ist die der eigentlichen Arbeiter und in die erste Klasse sind die Vertreter der verschiedenen Gewerbe bis zum müßigen Kapitalisten hinauf zu zählen. Wenn wir von einer Nothlage der Gewerbetreibenden sprechen, so heißt dies nicht, daß dieselben vollständig am Hungertuche nagen und nichts mehr ihr Eigen nennen — in diesem Falle wären sie als Gewerbetreibende aus der Volkswirtschaft geschwunden und in einer der erstgenannten Klassen unterzubringen — sondern wir verstehen unter Nothlage in diesem Falle solche Verhältnisse, welche es für den betreffenden Erwerbszweig unmöglich machen, einen Reinertrag oder Ueberschuß zu erzielen, sondern ihn im günstigsten Falle in der vorhandenen Vermögenslage erhalten, meistens aber in Schulden bringen. Wie ist es nun gegenwärtig mit dem Bauernstande bestellt?

B. Die Lage der Landwirtschaft.

Das zu einer richtigen Beurtheilung berufenste Organ, der Deutsche Landwirtschaftsrath, erklärte bereits Februar 1884, „daß auf Grund der bisherigen Ermittlungen ein Nothstand des bäuerlichen Grundbesitzes in einem großen Theile von Deutschland angenommen werden müsse“. Auf der einen Seite sehen wir unseren Bauernstand in Gefahr, in Kleinbauern und Häuslerstellen zu zerbröckeln, auf der andern Seite durch den großen Grundbesitz aufgefangt zu werden. Man könne, heißt es an der angegebenen Stelle, deutlich beobachten, daß im Nordosten eine gewisse Tendenz zur Latifundienbildung, im Südosten eine solche zur ungesunden Zwergebildung vorliege.

Leider entbehren wir bisher bezüglich der landwirtschaftlichen Verschuldung noch immer einer vollkommen zuverlässigen statistischen Zusammenstellung. Prejer (Erhaltung des Bauernstandes, Leipzig 1884) glaubt, man gehe nicht fehl, wenn man das „deutsche Vaterland“ in seinem Kaufwerthe mit 80% als bereits verschächert bezeichne. Dr. Jäger kommt in seiner „Agrarfrage der Gegenwart“ auf Grund eingehender Untersuchungen zu dem Schlusse: „Wir werden schwerlich hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, wenn wir die hypothekariſche

Belastung der Landwirtschaft in dem deutschen Reich auf rund zehn Milliarden taxiren. Was die deutsche Landwirtschaft dem Kapital jährlich an Zins nur für hypothekarische Forderungen gibt, ist ein Tribut von etwa 500 Millionen Mark.“ Stöpel hält diese Summe für zu gering und kommt in seiner „Freien Gesellschaft“ dazu, die Summe der landwirthschaftlichen Hypotheken sogar auf 20 Milliarden mit einem Zins von einer Milliarde jährlich zu schätzen. Aehnliche Ansicht vertritt Freiherr von Thüngen. Trotz der Verschiedenheit bieten diese Angaben immerhin einen Anhaltspunkt, zu ahnen, bis zu welchem Grade das Uebel vorgeritten. Und in welcher Weise die Verschuldung wächst, sehen wir aus der Rede des preußischen Landwirtschaftsministers am 1. Dezember 1887. Hiernach sind im Jahre 1886/87 in sämmtlichen Oberlandesgerichtsbezirken der preußischen Monarchie 624 Millionen *M* Hypotheken neu eingetragen und 490 Millionen *M* zur Löschung gelangt, also im Zeitraum eines Jahres ist eine steigende Verschuldung von 133 Mill. *M* zu constatiren. In der Provinz Westfalen haben allein die Sparkassen in ländlichen Hypotheken angelegt in folgender Steigerung: im Jahre 1872=47 Millionen, im Jahre 1879 waren es schon 60, 1881=107½, 1883=116 Millionen. Das ist also in 11 Jahren eine Zunahme von 69 Millionen, jährlich also mehr als 6 Millionen nur seitens der Sparkassen in Westfalen! Gegenüber diesen Angaben ist eine Leugnung des Rückganges bäuerlichen Wohlstandes unmöglich. Wie schlimm aber der Rückgang des bäuerlichen Wohlstandes auf das Gesamt-

wohlbefinden der Nation einwirken muß, wird klar, wenn man bedenkt, daß nach der am 5. Juni 1882 veranstalteten Berufstatistik die der Land- und Forstwirtschaft und Thierzucht obliegende Bevölkerung nahezu die Hälfte der Gesamtbevölkerung (48,28%) ausmacht, und wenn man sich nur den Gedanken zu Gemüthe führt, der dem bekannten Ausspruche zu Grunde liegt: „der Bauernstand der Rückgrat der Nation.“

Man könnte nun sagen und sagt auch häufig: diejenigen Landwirthe, welche vollständig zu Grunde gehen, haben in der Regel den Grund zu ihrer Ueberschuldung selbst gelegt, indem sie entweder bei der Uebernahme ihres Besitzthums (durch Ankauf mit zu geringem Kapitalvermögen, oder durch zu hohe Abfindungen der Nebenerben) oder beim Betrieb selbst große Fehler machten. Ja, diejenigen, welche vollständig zu Grunde gehen, können selten die schlimme Lage der Landwirtschaft im allgemeinen als alleinige Ursache des Ruins angeben. Man könnte sich hierfür mit einem gewissen Schein von Recht auf die Resultate nachstehender Untersuchung berufen.

In Folge einer Anregung des königl. Landes=Deconomie=Collegiums sind nämlich auf Veranlassung des königl. Ministeriums für Landwirtschaft, Domainen und Forsten Ermittlungen veranstaltet worden über die Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke, welche in der Zeit vom 1. April 1886 bis zum 1. April 1887 in Preußen stattgefunden haben. Nach dem Ergebniß derselben beträgt die Gesamtzahl der in der angegebenen Zeit zwangsweise versteigerten, der Land=

oder Forstwirtschaft dienenden Grundstücke 2835, deren Gesamtfläche 103 949 Hectar, der Grundsteuer-Reinertrag 934 802 *M.*

Ordnen wir die Provinzen a) nach der Zahl der Fälle, b) nach der Anzahl der Hectare, c) nach der Höhe des Grundsteuer-Reinertrages, so erhalten wir folgende Reihen:

a) 1. Schlesien (452), 2. Ostpreußen (435), 3. Rheinprovinz (331), 4. Posen (323), 5. Westpreußen (318), 6. Brandenburg (185), 7. Hessen-Nassau (164), 8. Hannover (137), 9. Sachsen (131), 10. Pommern (123), 11. Schleswig-Holstein (115), 12. Westfalen (107), 13. Hohenzollern (14).

b) 1. Posen (27 813), 2. Westpreußen (21 623), 3. Ostpreußen (15 288), 4. Pommern (9968), 5. Schlesien (9698), 6. Brandenburg (7959), 7. Schleswig-Holstein (3319), 8. Hannover (2427), 9. Sachsen (2393), 10. Rheinprovinz (1646), 11. Westfalen (1062), 12. Hessen-Nassau (693), 13. Hohenzollern (60).

c) 1. Posen (246 966 *M.*), 2. Westpreußen (192 065 *M.*), 3. Schlesien (112 224 *M.*), 4. Ostpreußen (89 887 *M.*), 5. Brandenburg (72 031 *M.*), 6. Pommern (65 249 *M.*), 7. Schleswig-Holstein (52 414 *M.*), 8. Sachsen (32 735), 9. Rheinprovinz (25 635 *M.*), 10. Hannover (20 351 *M.*), 11. Westfalen (12 347 *M.*), 12. Hessen-Nassau (10 454 *M.*), 13. Hohenzollern (2444 *M.*).

Die Ermittlungen sind ausgedehnt worden auf die Ursachen der Zwangsversteigerungen, auf die mannigfaltigen landwirthschaftlichen und persönlichen Verhältnisse, welche während eines Jahres in Preußen ländliche Besitzer von ihrer Scholle verdrängt haben. Nach dieser Seite

läßt sich das Ergebniß dahin zusammenfassen, daß in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen die allgemeine ungünstige Lage der Landwirthschaft den Grund bildet, im Osten des Staates und bei dem größern Besitze verhältnißmäßig weit häufiger als bei dem kleinern und im Westen — seltener der Bucher, öfter dagegen Familienverhältnisse und Krankheit, Natur-Ereignisse, wirthschaftliche und geschäftliche Unfälle oder Fehlschläge, — häufiger endlich als alle bisher angeführten Verhältnisse ungünstige Gütsübernahme bei Kauf oder Erbtheilung, namentlich aber unmittelbares eigenes Verschulden der Besitzer.

Bei den 2835 Fällen von Zwangsversteigerungen land- und forstwirthschaftlicher Grundstücke im Jahre 1886—1887 sind im Ganzen 5469 ursächliche Verhältnisse aufgetreten, 1117 allein und 4352 in Verbindung mit andern, und zwar schlechte Lage der Landwirthschaft in 33 bezw. 291 Fällen, Bucher und Uebervortheilung im Handel in 29 bezw. 140, unzuweckmäßige Erbregulirung in 85 bezw. 228, Wirthschafts-Unfälle und Natur-Ereignisse in 29 bezw. 309, Familien-Verhältnisse und Krankheit in 116 bezw. 431, geschäftliche Verhältnisse in 92 bezw. 276, freiwillige und ungünstige Uebnahme in 287 bezw. 782, eigenes Verschulden in 415 bezw. 1879 Fällen; darunter schlechte Wirthschaft, Unerfahrenheit und Unkenntniß in 183 bezw. 633, Verschwendung, Lüderlichkeit, Leichtsin, Spielsucht in 87 bezw. 373, Trunksucht in 36 bezw. 347, Trägheit und Arbeits-scheu in 52 bezw. 304, Proceßsucht und Proceße in 26 bezw. 158, Strafverbüßung in 31 bezw. 64 Fällen. Die Fälle eigener Verschuldung nehmen an den Ursachen

der Zwangsversteigerung den Löwen-Antheil hinweg, zumal in mehrern der westlichen Landestheile, wo die Gesamtzahl der Zwangsversteigerungen eine geringe ist. So entfielen in dem genannten Jahre von sämmtlichen Ursachen auf eigenes Verschulden im Regierungsbezirk Köln 57,79 im Regierungsbezirk Aachen 52,17, im Regierungsbezirk Münster 52,50, im Regierungsbezirk Koblenz 49,72, im Regierungsbezirk Trier 45,52, im Regierungsbezirk Minden 44,62, im Regierungsbezirk Arnberg 43,68, im Regierungsbezirk Düsseldorf 43,35 pCt.

In den beiden westlichen Provinzen ist schlechte Lage der Landwirthschaft als alleinige Ursache der Zwangsversteigerung in keinem Falle bezeichnet; als mitwirkende Ursache in 12 Fällen (4 Westfalen, 8 Rheinprovinz); Wucher und Uebervortheilung im Handel als alleinige Ursache in 1 Falle im Regierungsbezirk Münster, in 2 Fällen im Regierungsbezirk Köln, als mitwirkende in 19 Fällen in den beiden Provinzen; unzweckmäßige Erbregulierung als alleinige Ursache in beiden Provinzen in 14, als mitwirkende in 35 Fällen; Wirthschafts-Unfälle und Natur-Ereignisse als alleinige Ursache in 2, als mitwirkende in 44 Fällen; Familien-Verhältnisse und Krankheit als alleinige Ursache in 33, als mitwirkende in 104 Fällen; geschäftliche Verhältnisse als alleinige Ursache in 19, als mitwirkende in 50 Fällen; freiwillige ungünstige Uebernahme als alleinige Ursache in 19, als mitwirkende in 63 Fällen; eigenes Verschulden als alleinige Ursache in 96 Fällen (21 in Westfalen und 75 in der Rheinprovinz), als mitwirkende Ursache in 282 Fällen (67 in Westfalen und 225 in der Rheinprovinz).

Es bedarf hier der Bemerkung, daß in den meisten Fällen, wo von einem Selbstverschulden der Grundbesitzer an ihrem Ruin die Rede ist, dieses Selbstverschulden als ein indirektes bezeichnet werden muß, indem dasselbe wieder in allgemeineren, dem Grundbesitz schädlichen Umständen seinen Grund hat, wie besonders in unserm Erbrecht und der bestehenden Credit- und Verschuldungsform des Grundbesitzes, was wir sogleich noch näher sehen werden.

Den „Luxus“ der Bauern allein für den landwirthschaftlichen Rückgang verantwortlich zu machen, ist eine Naivität, die thatsächlich rührend ist. Daß einzelne Gutsbesitzer den Fehler begehen, ihre Söhne unter Aufwand von bedeutenden Geldmitteln bei Kavallerieregimentern ihrer einjährigen Militärpflicht genügen zu lassen, und die Töchter einzelner Landwirthe durch unzuweckmäßige Ausbildung in sog. „feineren Pensionaten“ dem bäuerlichen Berufe entfremdet werden, ist eine nicht zu läugnende Thatsache. Aber davon den allgemeinen landwirthschaftlichen Niedergang herleiten, ist eine Schlußfolgerung, zu der eine besondere geistige Veranlagung nöthig ist. Und wenn der Landwirth die oft weiten Wege zur Kirche oder zur Stadt im Kutschwagen mit den Pferden, die er in jedem Falle für den Landwirthschaftsbetrieb nöthig hat, zurücklegt, ist das ein Kapitalverbrechen, was ihn in's Verderben stürzt? Und lasse man ihn bei irgend einer Festlichkeit im Jahre sich etwas zu Gute thun, kann dabei so viel daraufgehen, um den Ruin des Hofes herbei zu führen? Vergleiche man doch das Leben des Städters von gleichen Vermögensverhältnissen mit dem des Bauers! Daß die Lebenshaltung in weiten Kreisen des Volkes

und so auch bei dem Bauernstande heute eine bessere ist, wie vor fünfzig Jahren, ist wahr, entspricht aber auch ganz den Gesetzen volkwirthschaftlicher Entwicklung. Der Bauernstand im allgemeinen unterscheidet sich aber noch immer gegenüber anderen Ständen in vortheilhafter Weise durch eine gewisse Einfachheit der Lebensweise, womit aber keineswegs gesagt sein soll, daß nicht auch der Bauernstand die denkwürdigen Worte aus dem Erlaß Sr. Majestät des deutschen Kaisers Friedrich vom 12. März 1888 sich recht zu Gemüthe führen möge:

„Mit den socialen Fragen eng verbunden erachte Ich die der Erziehung der heranwachsenden Jugend zugewandte Pflege. Muß einerseits eine höhere Bildung immer weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden, so ist doch zu vermeiden, daß durch Halbbildung ernste Gefahren geschaffen werden, daß Lebens-Ausprüche geweckt werden, denen die wirthschaftlichen Kräfte der Nation nicht genügen können, oder daß durch einseitige Erstrebung vermehrten Wissens die erziehliche Aufgabe unberücksichtigt bleibe. Nur ein auf der gesunden Grundlage von Gottesfurcht in einfacher Sitte aufwachsendes Geschlecht wird hinreichend Widerstandskraft besitzen, die Gefahren zu überwinden, welche in einer Zeit rascher wirthschaftlicher Bewegung, durch die Beispiele hochgesteigerter Lebensführung Einzelner, für die Gesamtheit erwachsen.“

Der Grund des landwirthschaftlichen Niederganges ist indessen überhaupt kein einfacher, sondern die Nebelstände, mit denen der Landwirth von heute zu kämpfen hat, sind als ein vielköpfiges Ungeheuer zu betrachten, und das, was man alles unter dem Namen

„Agrarfrage“ zusammenfaßt, läßt sich nicht mit wenigen Worten bezeichnen. Es ist keineswegs als eine Uebertreibung anzusehen, wenn in der Sitzung des Centralausschusses der Königlichen Landwirtschaftsgesellschaft der Provinz Hannover der Direktor derselben am 18. Nov. 1884 als Ursachen des landwirthschaftlichen Nothstandes u. a. folgende Punkte hervorhob: Zu hohe Kauf- und Pachtpreise des Grund und Bodens; zu hohe Löhne und Tagelöhne; zu hohe sociale Anforderungen an die Landwirthe; Unbotmäßigkeit und Trunksucht der Arbeiter; unzureichender Personal- und Realkredit; Vertheuerung des Geldes durch die Goldwährung; zu wenig Geld- und Umlauf-Mittel; Einführung des römischen Rechtes rücksichtlich der Vererbung (Capitalisirung des Grundbesitzes); die neuere Gesetzgebung bezüglich Unterstützungs-Wohnsitz, Freizügigkeit, Schulgesetze; Belastung des Grundbesitzes durch Staatssteuern und Communallasten; zu niedrige Zölle auf landwirthschaftliche Produkte und damit in Verbindung stehend zu niedrige Preise der letzteren wegen der Concurrenz des Auslandes, welches niedrige Produktionskosten und billigen Seetransport hat; Ungunst der Eisenbahntarife; allseitige Ueberproduktion in Getreide, Wolle, Zucker u.; der moderne Landwirthschaftsbetrieb mit Vermehrung der Produktionskosten; zu großer Zwischenhandel; zu hohe Hypothekenschulden; Mangel eines Heimstättengesetzes; der Militarismus mit seinen Folgen und endlich mangelnde Ausbildung der Landwirthe. Aehnlich sagt auch Rußland, ein vorzüglicher Kenner der landwirthschaftlichen Zustände in dem vor der Drucklegung von dem berühmten Volkswirthe Dr. von Schaeffle gutge-

heißenen Werke: „Lösung der landwirthschaftlichen Kreditfrage“ (Seite 5): „Die Agrarfrage soll sich zusammensetzen aus der Besitzvertheilungsfrage mit der Frage des Erbrechtes, der Parzellirungen, der Zusammenlegung und der Güterschlächtereie, Versicherungsfrage, Uebervölkerungsfrage, Währungsfrage, Dienstbotenfrage, aus der Frage des technischen Fortschrittes mit der auswärtigen Concurrenz, der Ueberschätzung im Erbfolge und im Kaufe, aus der Frage des mangelnden Betriebskapitals, der Zwangsvollstreckung, des Zwischenhandels, der Wucherer und Viehversteller und nicht zuletzt aus der Steuerfrage mit der Schul- und Armenfrage und der Parzellenpachtfrage.“

Wenn auch nicht in der Ausdrucksweise, so doch in der Sache decken sich die beiden Ansichten. Eine Besprechung und Klarlegung der sämtlichen angegebenen Punkte würde eine selbständige, umfangreiche Abhandlung erfordern. Eine oberflächliche Betrachtung wird uns aber schon die Erkenntniß vermitteln, daß die schlimme Lage des Grundbesitzers sich vorwiegend aus volkswirthschaftlichen Beziehungen ergibt, wogegen die technischen Fortschritte der landwirthschaftlichen Betriebsweise in der Neuzeit im allgemeinen schon genügen könnten. „So träumten wir vor dreißig Jahren,“ sagt auch Schmoller, „wenn die bäuerlichen Lasten vollends beseitigt, die Freiheit des Grundeigenthums durchgeführt sei und die rationelle Landwirthschaft gesiegt habe, dann breche das goldene Zeitalter des Ländbaues an. Jetzt sind wir in der Hauptsache so weit, — und die Landwirthschaft ist weiter als je von der Erfüllung dieser glückverheißenden

Prophezeiungen entfernt." In dem Urtheil, daß der Schwerpunkt der „Agrarfrage“ auf volkswirtschaftlichem Gebiete liegt, werden wir auch bestärkt, wenn wir uns einen Ausspruch des verstorbenen jüdischen Abgeordneten Lasker vorführen. Wenn dieser Mann, den gewiß niemand einer blinden Vorliebe für den grundbesitzenden Theil der Bevölkerung zeihen wird, s. B. sagen konnte: „Unsere Stempelgesetze, unser Zoll- und Steuer-System sind auf die industriellen Gegenden berechnet. . . . Meine Meinung zielt auf die Thatsache, daß unsere Gesetze den Handel in einer Weise fördern, von welcher die Ackerbautreibenden entweder keinen Nutzen oder sogar Schaden haben, und daß das Steuersystem eine gleiche Richtung genommen hat“ — so sind damit wirtschaftliche Schäden der eingreifendsten Art geschildert.

Suchen wir die wichtigsten Ursachen des landwirtschaftlichen Niederganges zu erkennen, so sind es folgende:

1. Die römisch-liberale Gesetzgebung mit ihrer Kapitalisierungs-idee des Grundbesitzes und der unbedingten rechtlichen Verfügungsfreiheit des Eigenthümers über Grund und Boden.*) Das römische Recht kennt nur Kapital und von der socialen Bedeutung des geschlossenen bäuerlichen Besitzes hatte das alte Rom mit seinem Latifundienbesitz keine Ahnung. Wenn aber nur Kapital von dem

*) Die Aufnahme des heidnisch-römischen Rechtes in unser christlich-germanisches Leben, welche im 15. und 16. Jahrhunderte sich vollzog, geschah unter dem Einflusse mehrerer Umstände, nämlich:
1. entwickelte sich seit der Mitte des 12. Jahrhunderts in Italien das juristische Studium auf Grundlage der Gesetzbücher des römischen Kaisers Justinian (527—565 regierend). Besonders fand dieses Studium durch die Schule der Glossatoren an der Universität

„Recht“ in Betracht gezogen wird, so ist klar, daß das Kapital auch Grund und Boden umfassen muß und die

Bologna eifrige Förderung und durch die damaligen engen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zogen auch viele Deutsche nach Bologna als Juristen.

2. Man hatte früher in Deutschland keine Gesetzbücher in unserem heutigen Sinne, sondern von den Gau- und Sendgrafen, sowie den Bögten, Schultheißen u. s. w. wurde unter Assistenz der vom Volke gewählten Schöffen nach Norm des herrschenden Gewohnheitsrechtes Recht gesprochen. Durch die Entwicklung des Handels, unter den Einfluß der Entdeckungen, der Erfindung des Schießpulvers, der Buchdruckerkunst, dem Ausblühen der Städte u. s. w. im 14. Jahrhundert wurden die volkswirtschaftlichen Vorgänge complicirter und die Rechtsfälle verwickelter und es erwies sich die in Deutschland geltende Form der Rechtsprechung als ungenügend. Man empfand immer mehr das Bedürfnis, das heimische Recht durch fremdes zu ergänzen und die Rechtsprechung gelehrten Juristen zu übertragen. Zudem lektete aber am römischen Rechte gebildet waren und das heimische Gewohnheitsrecht wenig kannten, wurde die Ergänzung des heimischen Rechtes so gründlich besorgt, daß von demselben fast nichts übrig blieb.

3. Besonders waren auch Kaiser, wie Friedrich I. Barbarossa und Friedrich II., welche das deutsche Reich als Fortsetzung des Römischen und sich als Nachfolger der römischen Cäsaren betrachtet wissen wollten, sehr geneigt, die Reception des römischen Rechts zu fördern. Vorzüglich gefiel ihnen der Satz, daß des Kaisers Wille an sich schon Gesetz sei, noch mehr, daß der Kaiser das Eigenthumsrecht über alle Dinge in seinem Lande besitze. In dem Bestreben, eine absolutistische Gewalt zu gründen, ließen die einzelnen Fürsten bald dem Kaiserthum den Rang ab und ließen sich von ihren Hofjuristen beweisen, daß jeder Fürst in seinem Lande souveräner Herr und Gebieter sei. So wimmelte es in kurzer Zeit in Deutschland von römischen Juristen (Romanisten nannte man die Leute), die sich an die Höfe drängten und mit ihren verlockenden Grundsätzen die Herzen der Großen bestrickten, indem sie aus der „ratio scripta“ — so hieß man das römische Recht, — bewiesen, daß der Wille des Fürsten das oberste Gesetz und die Quelle alles Rechtes sei in seinem Lande. —

Ueber den Unterschied der Auffassung im römischen und germanischen Rechte vgl. Ihering, Der Geist des römischen Rechtes; Schmidt, Der prinzipielle Unterschied zwischen römischem und germanischem Rechte; Rasinger, Volkswirtschaft. Seite 118 ff.; Jäger, Agrarfrage I. Seite 219 ff. und II. Seite 109 ff.

Gesetze, die für das bewegliche Kapital sich eignen, auf den unbeweglichen Grundbesitz, auf den sie gar nicht passen, in Anwendung kommen.

Wie falsch dieses ist, sehen wir aus folgender kurzen Betrachtung: Das unbewegliche Kapital, das im Boden steckt, gewährt oft erst nach Jahren eine unbedeutende Rente, die bei den gewiß rationell bewirthschafteten preussischen Domänen und Forsten sich nur auf 2 bis $2\frac{1}{2}$ Prozent berechnet, während das bewegliche Kapital bei einem oft mehrfachen Umfaze im Jahre mit Vortheilen von 10, 20 und oft noch höheren Prozents arbeitet. Daraus folgt, daß der Zins für den Grundbesitz ein niedrigerer sein muß, wie für das bewegliche Kapital, und der Grundbesitz bei seiner geringfügigen Rente größere Darlehen auch nicht auf einmal, sondern nur durch Theilzahlungen tilgen kann. Auch hinsichtlich der Theilbarkeit liegt zwischen dem Grundbesitz und dem beweglichen Kapital ein wesentlicher Unterschied vor. Während der kleinste Kapitalsbetrag, und bestehe er auch nur in 1 Mark, eben so gut einen Zins abwirft, wie ein Betrag von 100 oder 1000 Mark, wirft der Grundbesitz bei einer gewissen Theilung gar keine Rente mehr ab, indem dann die Produktionskosten völlig die Rente absorbiren und wird auch diese Grenze durch weitere Theilung überschritten, so vermag derselbe auch die Produktionskosten nicht mehr zu tragen und wird landwirthschaftlich also werthlos.

Nach dem römischen Rechte wird das Besitzthum von dem Eigenthümer getrennt, selbständig aufgefaßt und so auch der Grundbesitz losgelöst von den bauerlichen

Fassender, Bauernvereine.

Besitzern, daher ist auch der Grundbesitz wie jegliches Kapital nach den durch das römische Recht eingebürgerten Anschauungen ohne jede Schranke theilbar und ohne jede Grenze verschuldbar. Mit anderen Worten, in dem durch das römische Recht angebahnten Erbrecht und den durch dasselbe bedingten Verschuldungsformen ist der erste und wichtigste Grund des landwirthschaftlichen Niederganges zu suchen. Sehr gut heißt es in einem bezüglichen Artikel des „Reichsherold“ in Nr. 87 (1888):

„Zwar kann nach römischem Erbrecht der Grundbesitzer selbstwillig durch ein Testament über seinen Nachlaß verfügen, er ist aber dabei dem Pflichttheilszwange unterworfen, der in Deutschland zwar in verschiedenen Staaten verschieden, in Preußen sogar bei mehr wie 4 Kindern $\frac{2}{3}$ des Gutswerthes beträgt und überall meist, wenn nicht besonders günstige Verhältnisse ein Anderes bedingen, schon in dritter Generation zur Folge hat: bei Naturaltheilung eine den Besitzer nicht mehr ernährende Parzellenwirthschaft, bei der idealen Theilung oder Belastung mit Hypotheken aber eine Verschuldung und in beiden Fällen einen Ruin der Landwirthschaft. Wenn nun das römische Recht erst im Allgemeinen seit dem Anfange dieses Jahrhunderts so nachtheilig hervorgetreten und zu der enormen Verschuldung der Landwirthschaft die wesentliche Grundlage gelegt hat, so erklärt sich das daraus, daß bis dahin die meisten Bauern nur erbliche Nießnutzer waren, also nicht gleich erbtheilen und auch nur mit Genehmigung des Gutsheeren verschulden konnten, während für den Adel, als damaligen Besitzer des Grund und Bodens durch Fideikommiße, Lehen und Provinzialgesetze (statutarische Rechte) dafür gesorgt war, daß die gleiche Erbtheilung wegfiel und auch die Verschuldung wenigstens für Lehen und Fideikommiße nur bis zu einer gewissen Grenze unter Haftung des Reinertrages dafür zulässig war. Als aber im Anfange dieses Jahrhunderts die Fesseln der Leibeigenschaft fielen und man, dem Zeitgeiste Rechnung tragend, den Bauern die Freiheit wieder gab,

die sie im Laufe der Jahrhunderte verloren hatten, da beging die Gesetzgebung den schweren Fehler, daß sie den Bauern mit der Freiheit gleichzeitig nicht ein gesundes Erbgesetz gab, sondern ihn vielmehr wehrlos dem römischen Rechte gegenüber ließ, während für den Adel die Provinzial-Erbgesetze in Kraft blieben und sein Streben nach Ablösbar-Erkklärung der Leben dahin ging, diese in richtig verstandenen Selbstinteresse in Fideikomnisse umzuwandeln. In Italien ist, wie allgemein bekannt, der Bauernstand ganz untergegangen als Folge des von jeher dort in Geltung gebliebenen römischen Rechts, indem bei der steten Theilung des Bodens in natura dort die Parzellen schließlich so klein wurden, daß sie ihren Mann nicht mehr ernährten und dieser sich daher gezwungen sah, sie dem Kapitalisten anzubieten, um sie von ihm als Pachtgut wieder zurückzunehmen. Auch sehen wir im deutschen Reich, daß überall da, wo der Bauernstand es verstanden hat, das römische Erbrecht zu umgehen, oder wo ihm der Staat mit weisen Gesetzen zu Hülfe gekommen, sich ein kräftiger, gesunder Bauernstand erhalten hat. Abgesehen von dem Umstande, wo nur wenige, etwa 1—2 Kinder vorhanden waren, hat man die Höfe z. B. dadurch zu erhalten gewußt, daß man mit den großjährigen Kindern gerichtliche Verträge abschloß, worin diese im Interesse eines An-erben auf ihren Pflichttheil verzichteten und mit einer geringeren Abfindung sich begnügten. In anderen Fällen und zwar wohl in der Mehrzahl der Fälle hat man den Hof an eins der Kinder unter bestimmten Abfindungen verkauft durch sogenannte Übertrags-Verträge oder auch wohl Menteils-Verträge genannt. Und wiederum in anderen Fällen ist der Staat in verschiedenen Provinzen dem Landmann dadurch zu Hülfe gekommen, daß er es demselben durch besondere Gesetze ermöglicht, das Gut auf einen Auerben, sei es nun der überlebende Theil, der älteste oder jüngste Sohn, zu einer so mäßigen Taxe auf den Todesfall zu übertragen, daß davon die gesetzlichen Pflichttheile für die übrigen Kinder bei billigen Zahlungsterminen entrichtet werden können, ohne daß dabei eine Ueberverschuldung zu befürchten steht. Das sind die Gedanken der hannöverschen Hofordnung und auch der durch das Gesetz vom 30. April 1882 für Westfalen eingeführten Landgüterordnung.

Wo man es aber nicht verstanden hat, das römische Erbrecht zu umgehen oder in seinen Wirkungen wenigstens abzuschwächen, da sehen wir in dem Zeitraum vom Anfange dieses Jahrhunderts an, also in kaum 3 Generationen die Landwirthschaft und zwar leider in den meisten Gegenden schon so verschuldet, daß die Schuldenlast schon in der bedenklichsten Weise drückt, oder einer Zerspitterung verfallen, die ohne lohnenden Nebenerwerb die Existenz nicht mehr ermöglicht und wo dieser fehlt, die Verschuldung und wucherische Ausbeutung leider nur zu oft zur schließlichen Folge hat.

Ebenso wenig aber, wie das römische Erbrecht paßt auch das römische Hypotheken- und Substitutionsrecht für den Grundbesitz. Vergewärtigt man sich, daß derselbe auch beim rationellsten Betriebe nur eine kleine Rente abwirft, so folgt daraus von selbst, daß für den Grundbesitzer nur solche Darlehen sich eignen, die allmählich getilgt werden können und zwar bei einem mäßigen, die geringe Rente berücksichtigenden Zinsfuße. Die römische Hypothek aber, die gleich die Substitution zur Folge hat, wenn das gekündigte Kapital nicht sogleich zurückgezahlt werden kann, ist der Natur des Grundbesitzes direkt widersprechend und hat in Verbindung mit dem römischen Erbrecht ihrerseits sehr dazu beigetragen, daß so zahlreiche Güter den ursprünglichen Besitzern verloren gegangen und dafür in die Hände der Güterschlächter übergepielt sind. Nur allein die Pfandbriefe, die bei ihrer Unkündbarkeit von Seiten des Gläubigers bei einem Zinsfuße von $4\frac{1}{4}$ Prozent höchstens incl. Verzinsung, Amortisation und Verwaltungskosten sich in Zeit von 50 Jahren von selbst tilgen, eignen sich bei größeren Darlehen für den Grundbesitz, aber nur die auf genossenschaftlicher Selbsthilfe beruhenden landwirtschaftlichen Pfandbriefe, nicht aber die Pfandbriefe der vielfach vom spekulativen Kapital in's Leben gerufenen Hypothekenbanken. Was aber vom landwirtschaftlichen Pfandbrief gesagt ist, das würde auch für eine allmählich sich tilgende, auf den Grundbesitz gelegte Rente gelten. Handelt es sich aber um kleinere Darlehen, so entsprechen einzig und allein den Bedürfnissen des ländlichen Kredits die Raiffeisen'schen Spar- und Darlehnskassen, weil sie Alles bieten, was der Grundbesitzer

Braucht, nämlich billigen Zinsfuß und allmähliche Zurückzahlung des geliehenen Kapitals, die bis auf 10 Jahre, ja in Ausnahmefällen noch länger ausgedehnt werden kann. Auch entspricht als Zwangsmittel nicht die Subhastation oder der Zwangsverkauf der Natur des Grundbesitzes, wofür weit besser die Sequestration oder die Zwangsverwaltung am Platze wäre. Diese hatten auch schon die alten Landschaften, die auf Büding's Vorschlag zuerst in Schlesien unter Friedrich II. errichtet wurden, eingeführt. Durch die Landschaften aber mit ihren kündbaren, allmählich amortisirt werdenden Pfandbriefen sind nach dem Zeugnisse des früheren preussischen Ministers Mave seit dem Ende der schlesischen Kriege über 20,000 Besitzer größerer Güter vor dem sonst sicheren Untergange gerettet worden. Wie viel Tausende Güter aber mögen seitdem wohl — möchte man fragen — der kündbaren römischen Hypothek und ihrer Dienerin, der Subhastation, zum Opfer gefallen sein?“ —

Wenn nun auch das römische Erbrecht als die Hauptursache der Verschuldung der Gegenwart anzusehen ist, indem es auf der einen Seite zu einer übermäßigen hypothekarischen Belastung des Grundbesitzes und auf der anderen Seite zu einer Parzellirung führt, die in ihrer Endwirkung wiederum in Verschuldung ausläuft und zwar nach der Erfahrung sowohl, als auch nach der einfachen nüchternen Betrachtung der Dinge, und wenn weiterhin Erfahrung und nüchterne Betrachtung lehren, daß die kündbare römische Hypothek sich als Kreditform für den Grundbesitz nicht bewähren kann, weil sie in Verbindung mit der Subhastation demselben in kritischen Zeiten nicht den nöthigen Schutz bietet, so soll damit doch nicht behauptet sein, daß in dem römischen Rechte lediglich nur allein die Quelle des gegenwärtigen landwirthschaftlichen Nothstandes liege, sondern nur die Hauptursache. Andere Ursachen sind weiter:

2. Uebergang von der Natural- zur Geldwirthschaft. Die Zeiten sind vorüber, wo der Landwirth seinen Verpflichtungen mit Naturalprodukten nachkommen konnte, wo die Gemeindeabgaben vielfach in der Form von Getreide und Holz zu entrichten waren, die Gemeindegirten, Nachtwächter und Ortsdiener ihren Vohr in Getreide erhielten und der Schmied sogar für das Schärfen der Pflüge ein jährliches Maß Getreide empfing („Dengelforn“), wo man dem Kaufmann nichts zu geben hatte für Leinen- und Wollenzeug, sondern den Flach selber baute, hechelste, spann und webte und die Näherin zur Anfertigung modern geschnittener Kleider nicht nöthig hatte und dem Bäcker und Metzger nicht soldpflichtig war, sondern nur „eigenes Brod“ und „selbstgeschlachtetes Fleisch“ auf die Tafel brachte. Heute muß der Landwirth zuerst seine Erzeugnisse in Geld verwandeln und dann seine Bedürfnisse gegen ersteres eintauschen. So einfach dieser Vorgang lautet, so folgenswer ist er für den Landwirthschaftsbetrieb, indem der Landwirth der Neuzeit nicht mehr allein Produzent, sondern auch zugleich „Händler“ geworden und der landwirthschaftliche Betrieb sich mehr kaufmännisch gestaltet, indem auch für ihn „die Conjunktur“ nunmehr maßgebend ist. Letztere ist aber in einer Zeit lebhafter wirthschaftlicher Bewegung, wie der unsrigen, gar sehr der Veränderung unterworfen und für den Landwirth ist es schwierig, derselben zu folgen, einmal, weil die Landwirtschaft an sich in ihrem Betriebe schwerfällig der Natur nach ist — kann doch der Landwirth nicht wie der Kaufmann im Handumdrehen irgend einen Zweig seines Betriebes ausfallen

lassen und einen andern einreihen — anderntheils aber auch der Landwirth mit seinen Fähigkeiten hinter den Anforderungen, welche die Geldwirthschaft an ihn stellt, zurückgeblieben ist, und nun, einmal in die Geldwirthschaft hineingestellt, sich schwer zu helfen weiß. Oder mit anderen Worten, wie Hr. von der Goltz (Krisis der deutschen Landwirtschaft Seite 27) sagt: „Die Entwicklung auf dem Gebiete der Organisation und Leitung des landwirthschaftlichen Betriebes hat nicht gleichen Schritt gehalten einerseits mit der Entwicklung des gesammten wirthschaftlichen Lebens, andererseits mit der umfassenden und sachgemäßen Anwendung, welche die Naturwissenschaften auf die Praxis des Landbaues gefunden haben.“

3. Hohe Ausgaben für Steuern und Zinsen. Durch den gleich einer endlosen Schraube sich hinwindenden Militarismus sind die Staatssteuern hoch; das schlimmste aber sind an den meisten Orten die Communalsteuern. Dazu kommt die Doppelbesteuerung der Landwirtschaft, bezahlt doch bei uns von dem muthmaßlichen Einkommen:

Der Kapitalist in Summa	Klassensteuer 3%	
Der Gewerbetreibende	3% Klassensteuer	
	2% Gewerbesteuer	
	Summa	5%
Der Gebäudebesitzer	3% Klassensteuer	
	4% Gebäudesteuer	
	Summa	7%
Der Grundbesitzer	3% Klassensteuer	
	9,57% Grundsteuer	
	Summa	12,57%

und bei der Veranlagung der Grundsteuer wird auf die vorhandenen Schulden keine Rücksicht genommen. Wie groß die Steuerlast ist, von welcher der Bauernstand bedrückt wird, geht aus den authentischen Belegen hervor, welche einer Petition des Westf. Bauernvereins beigelegt sind, die letzterer unter dem 14. März 1884 an das preussische Abgeordnetenhaus gerichtet hat (Vergl. „Westf. Bauer“ 1884 Nr. 4).

Hiernach hat ein Grundbesitzer, der 60 *M* Klassensteuer zu entrichten hat, außerdem

a) Grundsteuer	383,58
b) Gebäudesteuer	36,29
c) Communalbeiscläge auf Grundsteuer	773,83
d) Communalbeiscläge auf Gebäudesteuer	35,15
e) Communaleinkommensteuer	145,44
	<hr/> 1374,29

also 2290% seiner Klassensteuern zu zahlen. Ferner ein Landwirth, der mit 30 *M* Klassensteuer eingeschätzt ist, hat

a) Grundsteuer	284 <i>M</i>
b) Gebäudesteuer	29 „
c) Communal- und Schulsteuern	611 „
	<hr/> Summa 924 „

also 2746% seiner Klassensteuer zu entrichten. Solcher Beispiele sind in genannter Petition eine große Menge angeführt.

In einer vom landwirthsch. Provinzialvereine für Westfalen und Lippe dem deutschen Reichstage im Nov. 1884 eingereichten Petition (Vgl. Landw. Btg. für Westfalen und Lippe Nr. 49 pro 1884.) heißt es:

„Die Communal- und Kirchensteuern sind in den Landgemeinden allmählich zu einer unerschwinglichen Höhe

herangewachsen. Sie betragen durchschnittlich zwischen 150 und 200% aller direkten Staatssteuern oder 600—1200% des Gesamtbetrages von Klassen- und Einkommensteuer. In vielen Fällen überschreiten die Gemeinde- und Kirchenlasten den genannten Procentsatz erheblich; so sind uns Gemeinden in Westfalen bekannt, in welchen die Gemeinde- und Kirchensteuern über 2000 % der Klassen- und Einkommensteuer betragen. Um hier nur eines unter sehr vielen Beispielen anzuführen, sei eine Gemeinde im Reg.-Bez. Arnsberg (Westfalen) erwähnt, welche 54 Haushaltungen zählt und hierbei zusammen jährlich 222 Mark Klassen-, 33 Mark Gebäude-, 77 Mark Gewerbe- und 163 Mark Grundsteuern zahlt, während die Gemeindelaften mit 525 % aller Staatssteuern, nämlich mit 2598 Mark 75 Pfg. hinzukommen. Diese kleine Gemeinde hat also jährlich insgesamt 3093 Mark 75 Pf. an Abgaben aufzubringen. In derselben Gemeinde haben 1882 die ermittelten Grundschulden 85 660 Mark betragen. Berücksichtigt man den Zins für diese Grundschuld, so kommen auf jede Mark des Katastral-Reinertrages an Abgaben:

0,24	Mark	Staatssteuern
1,38	"	Communalsteuern
2,27	"	Grundschuldzinsen

in Summa 3,89 Mark, also nahezu das **Vierfache** des Katastral-Reinertrages an Steuern und Zinsen. Solcher Beispiele aber könnten, wir wiederholen, sehr viele nachgewiesen werden."

Wie groß die vorhandene Verschuldung des Grundbesitzes ist, haben wir bereits oben gesehen. Diese Schulden-

last wird um so bedenklicher, als dieselbe, abgesehen von den Fällen, wo eigentliche Wucherzinsen gezahlt werden, im allgemeinen nach den Verhältnissen der Rente des Grundbesitzes zu hoch verzinst wird. So meinte der Landschaftsdirektor von Laer auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins am 11. November 1886, seiner Schätzung nach zahlten noch heute von den Hypothekenschulden in Westfalen etwa 50 Millionen 5%, etwa 200 Millionen $4\frac{1}{2}$ bis $4\frac{1}{4}$, etwa 60 Mill. 4 und nur 10 Mill. unter 4 bis $3\frac{1}{2}$ oder 3%, während doch nach allgemeiner Annahme eine Verzinsung des Grundkapitals im landwirtschaftlichen Betriebe von mehr als 3% nicht angenommen werden darf. In anderen Theilen Deutschlands sind aber die Zinsverhältnisse vielfach noch bedeutend ungünstiger für den Grundbesitz, als in Westfalen.

4. Niedrige Einnahmen wegen der niedrigen Vieh- und Getreidepreise. Was die Viehpreise angeht, so hatten wir in Nr. 4 des „Westfäl. Bauern“ 1888 Gelegenheit einen Artikel zu veröffentlichen, den wir bei der Wichtigkeit der Sache nachstehend unverkürzt folgen lassen wollen. Es heißt daselbst:

„Die Fleischconsumenten klagen über den theueren Fleischpreis, mit noch mehr Recht aber beschwert sich der Landwirth, der Fleischproducent, über den zu geringen Werth, den er für seine Erzeugnisse erhält. Die Klagen der Consumenten und Producenten sind aber leider nur zu berechtigt, wie wir in den nachfolgenden Auseinandersetzungen zu beweisen versuchen werden. Wir wollen, ehe wir auf deutsche Verhältnisse eingehen, den Klagen des Auslandes den Vortritt lassen. Wir wählen Frankreich, weil dieses Land mit unseren landwirtschaftlichen und gewerblichen Verhältnissen vielfache Aehnlichkeit besitzt, und verstaten den französischen Leidensgenossen im landwirtschaftlichen Stande zunächst das Wort. Der Professor

der Nationalsschule in Grand Jonan, Dr. Zolla, hat im Laufe des letzten Jahres eine Studie über die Fleischpreise veröffentlicht. Nach derselben wäre in Frankreich der Gewinn des Metzgers bei einem Ochsen ca. 135 Frk., einem Kalb 22 bis 23 Frk., einem Schafe ca. 22½ Frk. Der Artikel behandelt den Gegenstand sehr ausführlich und ziffermäßig und kommt im Hinblick auf die stereotype Klage über die allzu beträchtliche Gewinneinnahme der Metzger und den schlechten Gewinn der Viehzüchter und Mäster zu der Frage: „Kann hier nichts geschehen oder doch wenigstens ein Versuch zur Besserung gemacht werden?“ Und in der „Defense“, einem recht wackeren Blatte, zieht ein unbekannter Verfasser ebenfalls gegen die Fleischvertheurer aus und erwägt die Mittel zu deren Unschädlichmachung. Mit Recht plaidirt das französische Blatt dafür, daß dem vom Auslande importirten Fleische mindestens alle diejenigen Steuern als Zoll auferlegt werden müssen, welche der französische Landwirth selbst zu entrichten hat — ohne Rücksicht auf das Geschrei der Industrie, welche an der zollfreien Einfuhr von Frucht und Vieh angeblich ein hohes Interesse besitzt. Die „Defense“ erkennt an, daß aber nicht allein der mangelnde Zollschutz die Schuld an den geringen Preisen trägt, welche der französische Viehzüchter für seine Produkte erhält, sondern noch eine lange Reihe anderer Uebelstände, welche für uns im deutschen Reiche ebenfalls maßgebend sind.

In der „Defense“ heist es weiter: „Wir (die Landwirthe) verkaufen jettes Rindvieh für 60 Centimes das Kilo, weshalb aber muß es der Städter mit 2 Francs bezahlen? Wir liefern Hammelfleisch mit Billigkeit zu 65 Centimes und der Städter bezahlt es beim Metzger mit 1 Franc 30 Centimes! Weshalb? Weil sich zwischen den Produzenten und Consumenten eine ganze Kette von Speculanten, Händlern, Commissionären, „Kippern und Wippern“ eingeschoben hat, welche alle als Drohnen vom Fette des Ochsen, Hammel oder Schweines leben! Ehe ein Stückchen Fleisch consumirt wird, hat es vorher eine ganze Reihe von Händen passiert, welche ohne Arbeit an demselben ihren Profit genommen haben. Und dann erst die Metzger selbst! Nach Dr. Zolla ist der Gewinn der Metzger so bedeutend, daß eine landwirthschaftliche

Genossenschaft, die mit ihnen in den Wettbetrieb träte, einen ebenso legitimen wie beträchtlichen Gewinn machen kann. Auch Franz Hitze, der bekannte Sozialpolitiker und Reichstagsabgeordnete, weiß über die „Wohltaten“ der „freien Concurrenz“, welche von dem „Liberalismus“ im Gegensatz zu den Zeiten der Fleischtaxen und der Zünften so mächtig besungen worden, allerlei recht schlimme Folgen für die Consumenten ohne irgend einen Nutzen für die Producenten des Fleisches zu sagen. Auf Seite 509 seines Buches „Kapital und Arbeit“ heißt es: „Was die Fleischpreise betrifft, so war in Bamberg z. B. der Durchschnittspreis eines Mastochsen von 8 Centnern Fleischgewicht im Jahre 1867—69 247 Mk. und der Durchschnittspreis des Rindfleischs bester Qualität rund 80 Mk. pr. 100 Kilo. Dieselben Preise waren Juni 1879: 250 und resp. 130 Mk. Ende 1879 waren in Folge bedeutender Rindviehtransporte aus Schleswig-Holstein, Oldenburg, Ostfriesland und dem Rheinischen am Rheine die Viehpreise bedeutend herabgegangen, die Fleischpreise aber sanken nur sehr langsam und ungleich.“ Nur in wenigen Städten ist der Fleischpreis mit den Viehpreisen gefallen. Wo die Coalition (der Metzger) gut organisiert ist, da zahlt das Volk nach wie vor die hohen Preise, wie z. B. in Düsseldorf, Essen, Bochum, Dortmund, Coblenz, Aöln etc. Gegen solche willkürlichen Preissteigerungen wird sich das Publikum natürlich mit der Zeit zu schützen suchen, und gar leicht könnte da der einen Einseitigkeit die andere folgen.

Wir haben gesehen, daß in Bamberg unter der Herrschaft der Fleischtaxe die Metzger das Rindfleisch zum Durchschnittspreis von 40 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo verkauften; sie selbst bezahlten dafür nicht ganz 31 Pfg., aus jedem $\frac{1}{2}$ Kilo zogen sie also etwa 9 Pfg. Nutzen, am ganzen Ochsen also 72 Mk., nicht gerechnet den Erlös für Haut, Fett und Knochen! Unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit und der freien Concurrenz ohne Taxe verschoben sich die Preisverhältnisse in derselben Stadt Bamberg auf das Ueberaschende zum Nachtheile der Fleischconsumenten, ohne daß dem Landwirth auch nur der geringste Antheil an dem Mehrergerne des Metzgers zugestanden worden wäre. Der Ochse derselben Qualität und desselben Gewichtes stieg von 247 auf 250 Mk.

für 800 Pfd. Fleischgewicht, per Pfund also auf rund $30\frac{1}{8}$ Pfg., der Verkaufspreis aber auf 65 Pfg.! Man berechne sich nur den ungeheuren Mehrerwerb der Metzger nach der Aufhebung der Fleischtaxe als Preisregulateur! Kein Wunder, daß sich die guten Bayern wieder nach der polizeilichen Fleischtaxe sehnen. Nicht ganz so groß stellt sich der Nutzen auf die Schlachtung von Rindvieh in den Industriebezirken Rheinland-Westfalens, doch betrug er nach den Durchschnittspreisen immerhin 8—10 Pfg. netto per $\frac{1}{2}$ Kilo, wie die Preisnotirungen der Handelsblätter und der Handelskammern nachweisen. Die Fleischpreise haben ein gewisses Beharrungsvermögen, weil sie einseitig von einer verhältnißmäßig kleinen Anzahl von Interessenten in der betr. Stadt, welche den Consumenten gegenüber eine mächtige und kaum zu durchbrechende Kette bilden, geregelt werden. Jede Steigerung der Viehpreise wird sorgfältigst gebucht und dem Käufer in Anrechnung gebracht, das Fallen der Viehpreise tritt aber dem verbrauchenden Publicum gegenüber kaum in die Erscheinung. Wir sahen diese Thatsache so recht in diesem Winter vor Augen. Der Futtermangel hat die Viehpreise, weil die Landwirthe ihren mehr oder weniger bedeutenden Viehbestand zu vermindern gezwungen waren, recht erheblich gedrückt. Sehen wir uns deshalb die Notirungen der Kölner, Frankfurter, Würzburger und Dortmunder Viehmärkte Mitte März 1888 an. Würzburg notirte für Bullen 38—40, Ochsen 48—52, Stiere 38—42, Kühe 30—35, Schweine 42—46 und Kälber 40—45 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo Schlachtgewicht; Köln gleichermaßen für Ochsen 43—47 Pfg., Frankfurt a. M. für Bullen 34—38, Ochsen 48—58, Stiere und Kühe 48—50, Schweine 45—49 und Kälber 48—57 Pfg. Dortmund notirte um dieselbe Zeit Bullen mit 35—43, Ochsen mit 57, Stiere und Kühe mit 45—53, Schweine 39—46 und Kälber mit 38—50 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo Schlachtgewicht, Berlin dagegen Ochsen mit 30—48, Schweine 35—42 und Kälber 30—52 Pfg. für das $\frac{1}{2}$ Kilo. Was kostete aber um dieselbe Zeit das Fleisch? Das sagen uns die Zusammenstellungen der Durchschnittspreise in den Amtsblättern der Regierungen. In den Städten Dortmund, Bochum, Witten, Hattingen und Gelsenkirchen kostete im Durchschnitt das Rindfleisch 65 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo,

während der Dortmunder Viehmarkt den Durchschnittspreis für Rindvieh aller Gattungen mit $46\frac{1}{2}$ Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo notirte. Welcher Nutzen für den Metzger! Beim Kalbfleische ist dasselbe Verhältniß, noch schlimmer aber beim Schweinefleisch, der Hauptfleischnahrung des arbeitenden Standes. Letzteres stellte sich per $\frac{1}{2}$ Kilo Schlachtgewicht auf $42\frac{1}{2}$ Pfg. Verkauft wurde das $\frac{1}{2}$ Kilo laut amtlicher Quelle in den genannten fünf Städten zum Durchschnittspreis von rund 65 Pfg. — also mit einem Aufschlage von $22\frac{1}{2}$ Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo, gleich 50% des Werthes. Es ist dies ein wahrer Buchernutzen, wenn man berücksichtigt, daß der Umschlag täglich und gegen baar geschieht! Ein Schwein von 400 Pfd. liefert also — wir wollen nur Schlachtgewicht gleich Fleischgewicht rechnen, obwohl in Rücksicht auf allerlei Mehreinnahmen ein Zuschlag angenommen werden müßte — dem Metzger einen Nutzen von rund 90 Mk.! Im Rheinlande liegen in den Städten mit Industrie oder Garnison die Verhältnisse kaum anders. Frankfurt und Köln notiren als Durchschnittspreis für Ochsen, Rinder und Kühe 45—46 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo, für Schweine 44—46 Pfg. und für Kälber 45—52 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo Schlachtgewicht. Die Detailspreise sind in Köln, Düsseldorf und Coblenz für Ochsenfleisch 70, für Kuh-(Rind-) Fleisch 55 Pfg., durchschnittlich also 63 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo, für Schweinefleisch 70 und für Kalbfleisch durchschnittlich 55 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo. In eingeweichten Kreisen rechnet man den Schweine Metzger, welche Wursterei und Räucherei betreiben, im Rheinlande 30—35 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo Nutzen nach. Der „Heßische Bauer“, Jahrg. 1885 (Seite 70) enthält folgendes Eingekandt: „Einem Bauern hatten die Metzger für seine Kuh (fett) 260 Mk. geboten. Da der Bauer seine Kuh für werthvoller hielt, so führte er, um seiner Sache sicher zu sein, das Thier auf die Brückenwage. Die Wage gab ein Lebendgewicht von 1100 Pfd. an, was auf ein Schlachtgewicht von 550 Pfd. schließen ließ. Bei solchem Gewicht war das Gebot der Metzger, welche 56—60 Pfg. per $\frac{1}{2}$ Kilo nahmen, unannehmbar. Der Bauer löste sich deshalb ein Metzgerpatent für 40 Pfg., ließ die Kuh anschauen und erzielte folgendes Resultat:

für 550 Pfund Fleisch à 50 Pfg.	=	290 Mk.
„ 82 „ Haut à 39 „	=	32 „
Summa 322 Mk.		

und hatte außerdem noch Kopf, Eingeweide und Fett frei und 62 Mk. macht die Differenz zwischen dem Erlös und dem Gebot der Metzger!“ — Aehnliches ließe sich bei Westfälischen Verhältnissen nachrechnen.

Den horrenden Aufschlag, den die „coalirten Metzger“ beinahe überall von dem consumirenden Publicum erheben, kann man, ohne beleidigend zu werden, ganz ruhig unter den Begriff Fleischwucher zusammenfassen. Nun erhält aber der Landwirth den Marktpreis der Viehmärkte zu Köln, Frankfurt, Essen, Dortmund u. noch lange nicht! Da hebt bei uns, wie in Frankreich erst noch eine ganze Reihe von kleineren und größeren Viehhändlern, Schmutzern, Commissionären und ähnlichen Nichtsthuern — meist jüdischer Race — den ersten Schmandt ab, welche vor Allem in Gemeinschaft den Zoll vorweg nehmen, den das deutsche Reich zum Schutze der Landwirthe auf Vieh und Getreide eingeführt hat. Der Landwirth erhält also thatsächlich, trotz der Zölle, wie wir leider alle wissen, keinen höheren Preis für seine Producte an Vieh, Getreide u., der Consument aber trotzdem ebenjowenig billigeres Fleisch! Die Differenz des lächerlich geringen Preises, welchen der kleine und mittlere Landwirth von dem ersten Abnehmer für sein selbstgezogetes Vieh erhält, und des lawinenartig gewachsenen Verkaufspreises des Fleisches durch den Metzger wandert, wie wir gesehen haben, auch in Deutschland theils in die unergründlichen Taschen des unproductiven Zwischenhandels, der meist in jüdischen Händen ruht, theils in diejenigen der mit diesem verbündeten Metzger. Es ist in der That die allerhöchste Zeit, daß seitens der Interessvertretung des Bauernstandes, der Bauernvereine besonders, etwas Durchgreifendes geschieht, um den Fleischwucher zum Nachtheile der großen, mittleren und kleineren Landwirthe und des verzehrenden Volkes energisch zu bekämpfen. Der Fleischpreis steht seit Jahren nicht mehr im richtigen Verhältnisse zum Preise des Viehes und dadurch wird der Fleischconsum selbst immer mehr eingeschränkt — nicht allein zum Nachtheile der Landwirtschaft, sondern auch zum Schaden von Staat und Gesellschaft, welche ein Interesse daran besitzen, ein kräftig genährtes Volk, kein durch Kartoffeln, Kaffee und Fusel entnervtes Geschlecht nach und nach heranwachsen zu sehen.“

Neben den niedrigen Viehpreisen sind die billigen Getreidepreise das Schmerzenskind der Landwirtschaft. Das Mißverhältniß des Erlöses zu den Herstellungskosten näher darzulegen, würde sich an dieser Stelle kaum verlohnen.*) Wichtiger ist, sich die Gründe klar zu machen, weshalb die Getreidepreise trotz der 1879 und 1885 erlassenen Zölle immer noch gefallen sind. Unseres Ermessens sind die Gründe in folgenden Punkten zu suchen:

a) Die Länder, von denen wir Getreide importirt erhalten, sind hinsichtlich ihrer Produktivität so günstig gestellt, daß der Zoll von dem Importeur getragen werden und dieser immer noch billiger auf unseren Markt liefern kann, als das Inland überhaupt zu produciren imstande ist. Man darf nicht vergessen die günstigeren klimatischen Verhältnisse anderer Länder, auch nicht die Wirkung der Geldwährungsverhältnisse (Valuta), und eben so wenig die unseren Bauernstand drückende Schuldenlast mit den Zinsen — fassen wir nur unsere Steuern im Vergleich zu denjenigen des ausländischen Bauern in's Auge: der Zoll von 3 Mark pro Doppelcentner bewirkte früher nicht viel mehr als eine Ausgleichung der Grundsteuer. Der North British Agriculturist nennt sodann als eine Hauptursache des Niederganges der Getreidepreise die Verbilligung der Frachtkosten. Der Transport eines Quarters Weizen von New-York nach England ist von 10 Sh. 6 P. auf 2 Sh. 6 P. gefallen, d. h. früher betrugen die Transportkosten von 217,5 Kilo Weizen 10 M. 50 S., jetzt nur noch

*) Vgl. Belege in Jäger, Agrarfrage I. Seite 104—168 und III. Seite 393—510, daß der Getreidebau unrentabel.

2,50 *M.* Das Fallen der Transportkosten wird durch nachstehende Zahlen am besten illustriert. Dieselben betragen 1874 10,50 *M.*, 1879 6 *M.*, 1885 5 *M.*, 1886 4 *M.*, heute kaum 2,50 *M.*, d. h. für den Meter-Centner 1,15 *M.* Die Annahme, daß die Transportkosten in die Höhe gehen, ist wohl ausgeschlossen; eher wird man bestrebt sein, sie noch zu verringern und damit die Getreidepreise ebenfalls zu weiterm Weichen zu bringen. Man sieht aus den angegebenen Zahlen, daß nicht nur die billigern Produktionskosten Nordamerika's, sondern vornehmlich auch die sinkenden Transportkosten zu seinem Siege auf dem Weltmarkt beigetragen haben.

b) Ein weiterer Grund für das Fallen der Getreidepreise liegt vielleicht auch darin, daß unser deutscher Bauer durch die vorhandene Nothlage gezwungen — sein eigener bitterer Concurrent wurde. Nur um die nothwendigsten Bedürfnisse in Baarem zu decken, waren unsere deutschen Landwirthe und besonders die kleineren gezwungen, bei den guten Ernten der letzten Jahre um jeden Preis zu verkaufen und machten daher das geflügelte Wort von „dem Unglück einer guten Ernte“ wahr.

c) Endlich wirkt auf die Lage der deutschen Landwirthschaft am schädlichsten die inländische Getreidespekulation. Wenn es möglich wäre, den Verkauf von Getreidemassen auf dem Papier zu verhindern, wäre es ein großer und unberechenbarer Vortheil für die Landwirthschaft, indem die Spekulation ja nicht allein mit wirklich vorhandenen Massen, sondern vielfach mit unwahren Größen arbeitet und so den Preis des Getreides nicht nach dem wirklichen, sondern nach einem

Saßbender, Bauernvereine.

fingirten Angebot bestimmt. So beweist Dr. Gustav Cohn in einer im Jahre 1868 schon erschienenen Abhandlung über Zeit- und Differenz-Geschäfte, daß damals bereits 80 Firmen an der Getreideterminbörse zu Berlin sich befanden, welche mit Getreide absolut nichts zu thun hatten, sondern für welche das Getreide nur auf dem Papier existirte, sowie daß 1868 die Zufuhr nur 100,000 Wispel und der Umsatz zwei Millionen betrug (Vrgl. Schönberg, Hdbch. d. pol. Oek. II. Bd. S. 730, 2. Aufl.). Der schamlose Schwindel, welcher an der Terminbörse getrieben wird, reizte den sonst sehr börse-freundlich gestimmten nationalliberalen „Samm. Courier“ vor einiger Zeit zu folgender Aeußerung:

„Der Spekulant kauft in dem richtigen Augenblick einen Posten Roggen, — sagen wir 1000 Wispel — ab Riga mit Verschiffung nach 3 oder 4 Monaten. Mit diesem wirklichen Ankauf tritt der Wucherer an der Berliner Börse als Verkäufer auf, aber nicht mit jenen 1000 Wispeln, sondern gleich mit dem zehnfachen Quantum. Das plötzliche Angebot ruft einen Preisdruck hervor. Verstärkt und marktmäßig durchgeführt wird die mit dem Massengebot hervorgerufene Tendenz zum Preisrückgang, aber erst dadurch, daß der Spekulant sich unter der Hand mit anderen Spekulanten vereinigt, die es alle ebenso machen und nun geschlossen auftreten. Der erste Zweck ist erreicht, die Preise sind geworfen. Nun kommt der zweite Zweck, aus dessen Wechselwirkung mit jenem ersteren sich die Differenz, also das Geschäft für sie ergeben soll. Der Rückgang wird benutzt und nun geht es bei den billigen Preisen an's Rückkaufen, die Macher

nennen dies mit ihrem Ausruf „Eindecken“. Wiederum wird geschlossen aufgetreten, der Rückkauf ist besorgt, aber unter diesen plötzlichen Ankäufen wird der Anschein großer Nachfrage hervorgerufen, die Preise steigen an der Börse und nun beginnt die Ernte der Spekulation in Form der Einheimung der Differenz zwischen den höheren und ihren künstlich erzielten niedrigen Preisen. Rechnen wir nur die Bagatelle von 1 *M* pro Wispel, so ergibt dies doch auf 10 000 Wispel schon 10 000 *M*, für ein Geschäft, das vier Wochen Zeit erfordert hat und das mit den wirklichen 1000 Wispeln bei drei- bis viermonatlicher Lieferungsfrist noch 3—4 Mal wiederholt werden kann.“

Es verdient Beachtung, daß die „Lübecker Zeitung“ in einer Einsendung aus kaufmännischen Kreisen mit der Forderung hervortrat, die aus Differenzgeschäften entstehenden Forderungen gleich Spielschulden zu behandeln, also eine Klage auf Zahlung solcher abzuweisen. Dieser Vorschlag ist nicht neu und auch wenig zweckentsprechend, zeigt aber die Stimmung. Auch die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ meinte bei Besprechung der Beschlüsse des deutschen Landwirthschaftsrathes es sei eine Enquete anzustellen, „ob nicht die an den Börsen cirkulirenden gewaltigen Bestände von nur auf dem Papier vorhandenem Getreide den Werth der in Speichern und Scheunen lagernden Produkte der Landwirtschaft sehr zum Nachtheil der letzteren beeinflussen und vielleicht gerade zu diesem Zwecke ihr papiernes Dasein fristen.“ Es ist daher freudig zu begrüßen, wenn der Reichs-Anzeiger im nichtamtlichen Theil einen Erlaß des Handelsministers Bismarck

vom 24. Februar 1888 betr. die an der Getreidebörse bestehenden Zustände veröffentlicht. Er tadelt, daß bei Feststellung der allgemeinen Lieferungsbestimmungen nur die Interessen der an der Börse Betheiligten, nicht der Gesamtheit der Bevölkerung als maßgebend angesehen würden. Bedenken bestehen gegen die jetzt übliche Wahl der Sachverständigen, die lediglich aus den am Getreidehandel betheiligten Mitgliedern der Kaufmannschaft hervorgingen; daher sollen entweder nur solche Personen zu Sachverständigen gewählt werden, die keine Interessenten sind, oder bei der Wahl sollen neben den Getreidehändlern auch andere betheiligte Erwerbszweige mitwirken, nämlich aus der Landwirtschaft und der Mühlen-Industrie.

Wenn nun gegenüber den geschilderten Zuständen verschiedene Schriftsteller, wie z. B. Dr. Franz aus Weimar in seiner Broschüre „die deutsche Landwirtschaft, ihre Nothlage und ihre Hilfsmittel“ die volkswirtschaftliche Seite der Agrarfrage vollständig übersehen und von den volkswirtschaftlichen und durch den Staat zur Anwendung zu bringenden Hilfsmitteln, wie Schutzzöllen, Doppelwährung, Erniedrigung der Steuer, Besserung des Creditwesens u. sich nur wenig versprechen, dagegen den Bauer allein auf den „Trost im eigenen Hause“ verweisen, so ist das ungeheuer billig, zeugt aber von wenig Einsicht in die Verhältnisse. Der einseitige Hinweis auf die Selbsthilfe des Bauernstandes in den schlimmen Zeitverhältnissen kommt mir immer vor, als wenn ich einem Hungrigen, der mich um ein Almosen anpricht, einen schönen Vortrag über die sittlichen Wirkungen des Fastens halte. Daß Drainage, Tiefkultur, Drillsaat, Anwendung

von Kunstdünger und Kraftfuttermittel, Zusammenlegung der Grundstücke und zweckmäßige Fruchtfolgen die Voraussetzungen einer intensiven Wirthschaft, ebenso Meliorirung der besseren und Aufforstung der schlechteren Grundstücke empfehlenswerth sind, hat man schon vor Dr. Franz gehört. Diese Dinge aber als Heilmittel in unserer augenblicklichen wirthschaftlichen Krisis vorzuschlagen, erscheint schon um dessentwillen mißlich, da diese Mittel erst allmählich in einer Reihe von Jahren zur Wirksamkeit gelangen können.

Weiter gilt sodann bei der Anwendung des Franz'schen Rezeptes, was der Marschall Trivulzio einst zu Ludwig XII. auf die Frage: „was ist nothwendig zum Kriege?“ antwortete. Er sagte einfach: „Dazu gehört dreierlei und zwar 1. Geld! 2. Geld! 3. Geld! Bei der schlimmen Lage des Grundbesitzes diesen auf Mittel zur Rettung aufmerksam machen, welche viele Unkosten verursachen, erscheint sehr bedenklich, denn — woher das Geld nehmen?

Sodann ist es eine nicht zu leugnende Thatfache, daß die intensivsten Musterwirthschaften, welche die höchsten Produktionskosten haben, in schlechten Zeiten, wo niedrige Preise der Erzeugnisse die entsprechenden Herstellungskosten nicht decken, in der gefährlichsten Lage sich befinden. Weiter aber muß man fragen: können unsere Landwirthe aus ihrer Haut fahren? Zur Einrichtung einer intensiven Wirthschaft gehört außer guten finanziellen Verhältnissen auch höhere Intelligenz. Wir glauben, daß in dieser Beziehung mit gutem Grunde in einem Artikel des „Westfälischen Bauer“ Nr. 3 pro 1888

über intensive Wirthschaft gesagt ist: „Dem weniger intelligenten Landwirth, dem Empiriker, welcher bei minimalen Elementarkenntnissen und vielleicht auch noch wenig Mutterwitz seine sämtlichen landwirthschaftlichen Kenntnisse aus den eigenen Erfahrungen schöpft, welche sich aber nicht über die Grenzen seines eigenen Gutes hin ausdehnen, der also für den Kampf um's Dasein noch nicht gehörig gewappnet ist, dem ist intensiverer, als sein bisheriger Wirthschaftsbetrieb, mit dem er in gewissem Sinne fest verwachsen ist, absolut nicht anzurathen. In vielen Fällen ist es für ihn aber wohl rathsam, noch etwas extensiver als bisher zu wirthschaften. Er wird bei seiner extensiven Methode freilich niemals bedeutende Vermögensvorthelle erringen, aber er wird auch nicht sehr bald dann an den Bettelstab gerathen, sich vielmehr mit äußerster Sparsamkeit bei angestrengtester körperlicher Arbeit aus einem Tage in den anderen schleppen, ein wenig menschenwürdiges Dasein fristen, sodaß ein halbwegs tüchtiger Tagelöhner, der keinen fußbreit Eigenthum besitzt, noch lange nicht mit ihm tauschen möchte. Wollte man einen solchen Landwirth aber von seinem extensiven Betriebe loslösen und seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten durch die intensivere Gestaltung des Wirthschaftsbetriebes ein ganz fremdes Arbeitsfeld zuweisen, auf welchem stets Denken, Rechnen und Kalkuliren mit körperlichen Anstrengungen gepaart von ihm gefordert wird, wie dieses jede intensive Wirthschaftsführung erfordert, so würde er, der landwirthschaftliches „Wissen und Können“, „Denken und Rechnen“ für Unsinn hält, sehr bald unglücklich werden, von dem für die intensivere

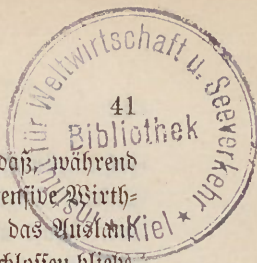
Gestaltung des Betriebes erhöhten Betriebskapitale nicht allein keine erhöhte, nein, gar keine Renten erzielen, das Betriebskapital selber allmählich sogar verlieren, ohne zu wissen, wie dieses zugeht, und schließlich vielleicht gar noch einen Theil oder das ganze Grundkapital — Haus und Hof einbüßen.

Der intensive Wirthschaftsbetrieb erfordert einen mit allen nöthigen Kenntnissen ausgerüsteten, intelligenten Betriebsleiter und zwar dann, wenn eine extensive Wirthschaft mit einem Schlage zu einer intensiveren umgestaltet werden soll, in noch höherem Maße, als wenn eine bereits intensiv eingerichtete Wirthschaft nur in dem bisherigen Intensitätsgrade weiter geführt zu werden braucht. Je mehr fremdes, je weniger eigenes Kapital in der intensiven Wirthschaft zur Verwendung kommt, um so mehr Kenntnisse und Intelligenz fordert sie von dem Betriebsleiter, denn die Schuldenzinsen müssen aus der Betriebsrente zunächst gedeckt werden, und was dann noch verbleibt, gehört dem Wirthschafter oder Eigenthümer. Die Zinsen des eigenen, in der Wirthschaft stehenden Kapitals dagegen, welche ja auch mit in der Betriebsrente erscheinen, sind und bleiben völliges Eigenthum, und wenn sie ein oder das andere Mal etwas niedrig ausfallen, so ist das eben noch kein allzugroßes Unglück.

Von den Kenntnissen und der Tüchtigkeit der Hausfrau oder der Haushälterin hängt sodann in viel höherem Maße, als man allgemein anzunehmen geneigt ist, die Rentabilität des Wirthschaftsbetriebes ab. Beim extensiven Wirthschaftsbetriebe macht sich aber der Mangel an

Kenntnissen der Frau viel weniger sichtbar, als bei dem intensiven.“

Ebenso sagt v. d. Goltz in seinem Handbuche der landwirthschaftlichen Betriebslehre: „Der einzelne Landwirth hat sorgfältig zu erwägen, wie weit seine Kräfte reichen, und darnach seine Wirthschaft zu organisiren. Je weniger er besitzt und über je geringere Kenntnisse und Erfahrungen er verfügt, desto einfacher (d. h. um so extensiver) muß er seinen Betrieb gestalten; jemehr das Entgegengesetzte der Fall ist, auf eine desto complicirtere Organisation darf er sich einlassen. Dabei pflegt eine anfängliche Unterschätzung des eigenen Vermögens — (sowohl des geistigen als des materiellen) weniger zu schaden, als eine Ueberschätzung desselben. Weit mehr Landwirthe haben sich dadurch geschadet, daß sie ihren Kräften zu viel, als daß sie denselben zu wenig zugetraut haben.“ Mit anderen Worten: die einseitigen Empfehlungen der „intensiven Wirthschaft“ sind durchaus bedenklich, denn die richtige Grenze für die Intensität des landwirthschaftlichen Betriebes läßt sich nicht allgemein feststellen, sondern ist für jede Wirthschaft verschieden. Hieraus ergibt sich von selbst, wie es mit der weiteren Schlussfolgerung beschaffen ist, daß durch intensive Wirthschaft eine Massenproduktion an Getreide und dergl. im Inlande bewirkt und somit die Einfuhr, wie auch die Schutzzölle unnöthig gemacht werden könnten, indem das Ausland sich alsdann an unserer Massenproduktion, wie der genannte Dr. Franz meint, „den Kopf zerrennen würde.“ Jawohl, Herr Dr. Franz, oder auch nicht, was aber nicht dasselbe



heißt. Würde der gute Doktor verlangen, daß, während seine oben bezeichneten Vorschriften über intensive Wirtschaftsgestaltung zur Ausführung gelangten, das Ausland durch Schutzzölle von unseren Märkten ausgeschlossen bliebe, dann würde sich die Sache wenigstens nicht so schlecht anhören. Aber Dr. Franz muß sich doch selbst fragen, was die Folge sein würde, wenn das Ausland ohne Zölle und ohne die Unkosten, die uns Franz's Recept zur Herstellung der Produkte verursacht hat, auf unseren Märkten concurrirt. Durch die Massenproduktion in dem Inlande wird in Verbindung mit derjenigen des Auslandes ein noch größeres Angebot und ein noch weiterer Preisrückgang herbeigeführt werden, und wer sich den Kopf einrennt, — das sind unsere deutschen Landwirthe mit dem Recepte des Herrn Dr. Franz in der Hand.

Fern von den Auslassungen des marktschreierischen Liberalismus, welcher gegenüber allen Klagen der Landwirthe nur auf die Selbsthilfe verweist und ebenso fern von den gedanken- und energielosen Lobpreisungen einseitiger Staatshilfe, glauben wir vielmehr, daß gegenüber der schlimmen Lage des Grundbesitzes folgende drei Punkte, nicht einzeln, sondern in einheitlichem Zusammenwirken zu beachten sind:

1. Die Selbsthilfe des Einzelnen.

Der einzelne Landwirth kann vieles zur Besserung seiner Lage selbst thun. Er darf nicht alle Schuld für den wirtschaftlichen Rückgang auf die widerstrebenden Verhältnisse schieben, sich durch dieselben nicht muthlos machen lassen, sondern gerade wegen der schlimmen Lage

sich emporraffen und energisch handeln. „Der Landwirth unserer Tage hat sich,“ um mit Settegast (die Landwirtschaft und ihr Betrieb S. 21) zu reden, „in die neue Zeit hineinzuleben, um ihr gewachsen zu sein. Er soll sie nicht allein verstehen, sondern sich mit ihr befreunden und nicht schleppend, hadernd und widerwillig ihren Anforderungen nachhinken“. — Ja der Landwirth von heute darf nicht alles Heil von der Staatshilfe erwarten, sondern er muß begreifen lernen, daß zum vernünftigen Betriebe des Ackerbaues außer einer schwierigen, arbeitsgewohnten Hand ein denkender Kopf, ein beobachtendes Auge, ein strebsamer Geist ganz unerläßliche Bedingungen sind. Und da möchten wir glauben, daß es zur Besserung der Lage nicht aller der kostspieligen Mittel des Dr. Franz behufs Herbeiführung einer intensiven Wirthschaft bedarf, obwohl es unbestritten sein soll, daß noch recht viele Wirthschaften ohne wesentliche Mehrkosten auch technische Verbesserungen (Meliorationen: c.) in ihrem Betriebe vornehmen könnten — sondern wir möchten nur wünschen, daß die Landwirthe im allgemeinen mit mehr Regsamkeit, richtiger Sparsamkeit und berechnender Ueberlegung ihrem schönen Berufe obliegen. Würden besonders sich die Landwirthe gewöhnen, über ihren Wirthschaftsbetrieb Buch zu führen und vorausschauend einen Voranschlag über die in Zukunft zu erwartenden Einnahmen und die demgemäß erlaubten Ausgaben (nicht umgekehrt!) zu machen, sowie rückblickend auf Grund ihrer geführten Notizen über jeden abgelaufenen Zeitraum eine Ertragsberechnung anzustellen, würde es nicht vielfach besser

stehen? Welchen Werth eine solchergestalt geführte Rechnung für den Landwirth hat, darüber läßt sich der Altvater der Landwirtschaft Koppe am Abende seines Lebens folgendermaßen aus: „Wenn ich jetzt am Ende meiner Laufbahn darüber nachdenke, welchem Umstande ich es vorzugsweise zu danken habe, daß ich in gewerblicher Hinsicht so begünstigt worden bin, so kann ich nicht umhin, anzuerkennen, daß die zweckmäßige Buchführung darauf einen unmittelbaren Einfluß ausgeübt hat, indem sie mich nöthigte, über das innerste Wesen und den Zusammenhang der Gegenstände des landwirthschaftlichen Gewerbes nachzudenken und dadurch die mir fehlende wissenschaftliche Ausbildung zu ersetzen.“ Es ist ganz richtig, was Behrend („die rechneriſche Thätigkeit des Landwirthes“) sagt: „Wer nicht denkt, kann noch so fleißig praktisch arbeiten, er wird es nicht weit bringen, denn der Erfolg ist eine Folge rastloser Thätigkeit, aber auch richtiger Kalkulation,“ und ohne Frage liegt der Schwerpunkt des landwirthschaftlichen Betriebes der Neuzeit darin, wie es in einer anonymen Schrift: „Winke für den deutschen Grundbesitzer zur Erhöhung der Grundrente“ heißt: „daß die Landwirthe kaufmännischer verfahren, nur produciren, was noch rentirt, von anderwärts nur zukaufen, was billiger ist als Selbsterzeugung, vorsichtig und sparsam werden und im Wirthschaftsbetriebe durch richtige Rechnung die Verlust bringenden Wirthschaftszweige ausscheiden; bei Ausgaben daran denken, was unsere Alvorderen sagten: „Was man nicht ausgegeben hat, braucht man nicht zu verdienen“ — und bei den Einnahmen an den alten weisen

Grundsatz sich erinnern: „Mit wenig Mitteln viel leisten“. Wir möchten daher wünschen, daß auf eine gründliche Ausbildung in der landwirthschaftlichen Buchführung in den landwirthschaftlichen Schulen ein höherer Werth gelegt werden möge, als es bisher vielfach geschieht und daß an Stelle der flüchtigen Wandervorträge in landwirthschaftlichen Versammlungen eigentliche Curse zur Ausbildung in der Buchführung für ältere Landwirthe eingeführt werden möchten.

2. Die Selbsthilfe durch Vereinigung.

Der einzelne Landwirth kann sich nur schwer sichern und schützen gegen Betrug und Uebervortheilung, Wucher und die Folgen unvorhergesehener Unglücksfälle. Hier ist ein genossenschaftliches Vorgehen am Platze. Ja, auf dem Boden der genossenschaftlichen Vereinigung ist dem Landwirth auch die Möglichkeit geboten, manchen Ausgabe-posten seines Etats zu erniedrigen und die Einnahmen zu erhöhen. Es ist daher als eine sehr berechtigte Selbsthilfe zu bezeichnen, wenn die Landwirthe:

- a) eine Regelung des Personalkredits durch Gründung von Spar- und Darlehnskassenvereinen erstreben;
- b) wo ein größeres Grundstück drainirt oder ein größerer Wiesencomplex durch Bewässerungsanlage verbessert werden soll, sich zu einer Meliorationsgenossenschaft vereinigen;
- c) wenn sie gute und billige Consumartikel, wie Kunstdünger und Kraftfuttermittel u. durch Consumvereine sich beschaffen;

d) wenn sie die Anschaffung und Benutzung von landwirthschaftlichen Geräthen und Maschinen durch Gründung von Geräthegenossenschaften sich ermöglichen;

e) wenn sie den unberechtigt ausgedehnten Zwischenhandel durch Handelsbureaus, Produktiv- (wie Winzer-, Molkerei-, Obstverwerthungs- u. s. w.) Genossenschaften, sowie Absatz (Viehverkaufs-, Schlächtereiz- u. s. w.) Genossenschaften beseitigen;

f) zum Schutze gegen die Folgen von Unglücksfällen sich der Vieh-, Feuer-, Hagel-Versicherung und zur Erleichterung der Abfindung der Erben bei frühzeitigem Tode sich der Lebensversicherung bedienen. *)

3. Die Staatshilfe.

Wenn es auch nicht zu den Aufgaben des Staates gehört, für die Rentabilität der einzelnen Erwerbszweige schlechtweg einzutreten, so kann man mit Recht vom Staate aber erwarten, daß er durch seine Gesetzgebung den Druck der Verhältnisse mildert und eine gesetzliche Grundlage bietet, auf der die einzelnen Erwerbszweige die Bedingungen einer gedeihlichen Entwicklung finden. Den Landwirthen wird man daher nicht den Vorwurf der Anmaßung machen können, wenn sie vom Staate verlangen:

a) Schutz gegen die auswärtige Concurrenz durch entsprechende Schutzzölle und Ordnung der Währungsfrage einerseits, sowie Einschränkung bezw. Verbot der

*) Man vgl. über das genossenschaftliche Vorgehen der Landwirthe unsere Schrift: „Die Selbsthilfe des Landwirthes“ u. s. w.

Differenz- und Termingeschäfte an der Börse und staatliche Organisation der letzteren andererseits;

b) Gesetze gegen den Wucher und Beschränkung der Wechselfähigkeit auf eingetragene Firmen;

c) Gleichstellung der Landwirthe bezüglich Steuer und Stempel mit Kapital und Börse (progressive Einkommensteuer — Abschaffung der Grundsteuer), Revision des Tarifwesens zu Gunsten der Landwirtschaft;

d) Verbot von Parzellirungen bezw. Vorbeugung einer derartigen Verkleinerung und Zerspitterung der bäuerlichen Besitzungen, daß eine Familie auf denselben sich nicht ausreichend ernähren, der Besitzer seine Arbeitskräfte nicht hinlänglich ausnutzen und eine Landwirtschaft überhaupt nicht zweckentsprechend geführt werden kann;

e) Erlass von passenden nicht aus kapitalistischer Anschauungsweise hervorgehenden, sondern der Natur des Grundbesitzers entsprechenden Gesetzesbestimmungen über den Besitzwechsel von Grund und Boden des Todes- und von Lebenswegen d. h. bei Vererbung und Kauf; in ersterer Beziehung Sicherstellung der Erhaltung der bäuerlichen Besitzungen in der Familie und Wegfall der Schuldenbelastung der Erben des Familienbesitzthums infolge der Uebernahme des letzteren; für den Besitzwechsel unter Lebenden

f) Befreiung der bäuerlichen Besitzthümer von der bisherigen Verschuldung durch allmähliche feste Schuldentilgung in Uebereinstimmung mit der gewöhnlichen Grundrente (durch staatliche Einrichtung von passenden Rentenbanken oder Landchaften) und Möglichkeit einer ferneren Schuldenbelastung

nur bis zur einer bestimmten Grenze unter gänzlicher Abschaffung des gegenwärtigen Hypothekenverschuldungswesens und des Zwangsverkaufs der persönlichen bäuerlichen Besitzthümer und Unmöglichkeit der Austreibung durch Schulden bedrängter Besitzer aus denselben in Folge Zwangsvollstreckung (Subhastation), welche letztere sich nur auf das entbehrliche Wirthschafts-Inventar und die nicht dringend nothdürftigen Haushaltungs- und andere entbehrliche Gegenstände zu beschränken hat (Heimstätten-gesetz, event. Einführung einer Sequestration anstelle von Subhastation,*) Beleihung des Reinertrages an Stelle der Substanz des Gutes.

Vielen werden diese Vorschläge noch nicht radikal genug sein. Man möchte Universalmittel, welche mit allem Bestehenden brechen z. B. Verstaatlichung des gesammten Grund und Bodens; Uebernahme sämmtlicher Hypotheken auf den Staat u. s. w. Diese Vorschläge haben aber das Mißliche, daß sie meistens sich nur in der Theorie gut anhören, daß ihnen aber der praktische Erfolg meistens mangelt. Von den vorstehend unter „Selbsthilfe des Einzelnen“, „Selbsthilfe durch Vereinigung“ und „Staatshilfe“

*) Vgl. zum Vorstehenden: Preiser, Erhaltung des Bauernstandes, Leipzig 1884; Schäffle, Incorporation des Hypothekarkredits, Tübingen 1883; Ruhlmann, Lösung der landw. Kreditfrage, Tübingen 1886; Stoll, Begründung und Erhaltung des Bauernstandes, Berlin 1887; Jäger, Agrarfrage, Berlin 1882 ff.; Nasinger, Volkswirtschaft u. d. Erhaltung des Bauernstandes, Freiburg. Die Berichte vom Verein für Socialpolitik: „Bäuerliche Zustände in Deutschland“ und „der Bauer auf dem Lande.“ Leipzig; Rudolf Meyer, Heimstätten- und andere Wirthschaftsgehalte u., Berlin 1883; Plasmann, Ursachen der landw. Krisis, Dresden 1887 u. a.

aufgeführten Mitteln zur Bekämpfung der landwirthschaftlichen Nothlage kann, wie wir glauben, gelten, was Freiherr von Schorlemer-Mst in seiner Rede am 27. April 1887 im preussischen Abgeordnetenhause sagte: „man soll die Reform und Hülfe immer an das Bestehende anknüpfen und immer die eigentliche That der Formel vorziehen. Ich bin sogar der Meinung: wenn man mit kleinen Thaten vorgeht, eine an die andere reiht, und so den Kreis der Wirksamkeit erweitert, so kommt man auf diesem Wege weiter und wirkt zuletzt besser, als wenn man gleich zu Universalmitteln greift und damit die Uebel heilen will“. Als Warnung vor den sog. „himmelftürmenden Theorien“ hat schon der alte Möser im Jahre 1777 folgende schöne Erzählung geschrieben: Vor einem gewissen westfälischen Dorfe stand eine hohe Säule mit einer eisernen Hand, welche seit vielen Jahren den rechten Weg in die Stadt gewiesen hatte. Neben derselben begegnete ein reisender Seiltänzer dem Dorfschulzen und fragte ihn, was ihn doch in aller Welt bewogen hätte, allen Leuten einerlei Weg zu zeigen? ob nicht jeder seinen eigenen hätte? ob man überhaupt sagen könne, daß es richtige Wege gebe? Er z. B. wolle auf dem Seile über Gräben und Felsen, nicht allein weit geschwinder und kürzer, sondern auch zu aller Menschen Bewunderung dahin kommen. „D!“ antwortete der Schulze, „unser Wegweiser zeigt nun einmal den gemeinsten, sichersten und ebensten Weg, und wenn derselbe nicht gewiesen würde, so wüßte man ja nicht einmal, wie viel kürzer und geschwinder ein anderer wäre“. Zu dem kam ein Jüngling auf einem schnellen Pferde und

setzte während der Zeit, daß der Seiltänzer seine Reinen spannte, über Sträucher und Gräben weg. Hier sagte der Schulze zum Seiltänzer: „Seht, guter Freund, der kommt noch geschwinder und kürzer weg, als Ihr, und ich bewundere ihn ebenso sehr. Was dünkt Euch, wenn wir den Wegweiser so stellten, daß alle, die in die Stadt wollen, diesem folgen müßten?“ „Ihr seid ein einfältiger Mann“, versetzte jener, „wie viele würden nicht den Hals brechen oder in den tiefen Gräben stecken bleiben, wenn Ihr dieses thätet?“ „Das meine ich auch“, schloß der Schulze „und so ist es wohl am besten, daß wir jedem einen ebenen, richtigen und sicheren Weg zeigen und uns um diejenigen, die auf dem Seile tanzen oder mit ihren Pferden über Hecken und Gräben setzen können, nicht bekümmern“. — Einen sicheren Weg zum Heile des Bauernstandes zeigen uns zweifellos die Bauernvereine. Sie sind aus der Anschauung entstanden, daß der Bauer zur Bekämpfung der widerwärtigen Zeitverhältnisse sich mit seinen Standesgenossenschaften zusammenthun muß. „Die große Bedeutung, das Gewicht, welches der Bauernstand“, sagte Frhr. von Schorlemer bereits im Jahre 1864, „als Stand in der Gesellschaft, in der Gemeinde und im Staate haben würde, kann nur dann sich geltend machen, wenn er sich vereinigt; dann liegt es in seiner Hand, in der Gesellschaft die ihm als Nährstand gebührende Stellung einzunehmen, in der Gemeinde und deren Vertretung einen hervorragenden Einfluß zu üben, der nicht nur seine Interessen, sondern die wahren Interessen der ganzen Gemeinde schützt; endlich im Staate das Gewicht zu erhalten, welches gerade dem mittleren Grundbesitz als dem-

Fassender, Bauernvereine.

4

jenigen gebührt, der zu den Steuern so viel und auch dann noch beiträgt, wenn die Industrie und andere Quellen versagen, der zum Kriegsheere die zahlreichsten und kräftigsten Arme stellt.

Das Alles ist aber nur möglich unter zwei Bedingungen, nämlich:

1. Durch rege Vereinigung als Stand in der Gemeinde, im Kreise, in der Provinz und im Staate. Dann kann er berathen, prüfen, feststellen und durchführen, was er für nöthig und nützlich erkannt, während er jetzt einzeln den politischen Parteien zum Opfer fällt, und es erleben muß, daß der bäuerliche Grundbesitz, auf dessen Schultern der Staat so wesentlich ruht, in mancher Beziehung so gut wie gar nicht vertreten ist.

2. Durch Erhaltung des Besitzes, welche Erhaltung wieder mit der Vereinigung zusammenfällt.“

Die anderen Stände haben ihre gesetzlichen Vertretungen, Gewerbekammern, Handelsgerichte u. s. w. Man mißgönne ihnen dieses nicht! Aber man sage: was dem einen recht, ist dem anderen billig und mache daraus den Schluß: Da der Schwerpunkt der Agrarfrage, wie wir gesehen, auf volkswirtschaftlichem Gebiete liegt, müssen die Bauern als das von ihnen anzustrebende Ziel eines standesmäßigen Interessenvertretung bei der Gesetzgebung hinstellen. So lange diese noch nicht als staatlich berechtigtes Sonder-Organ vorhanden, ist auf dem Wege der Massenpetition und durch richtige Wahl der Volksvertreter zu den gesetzgebenden Körperschaften dafür Sorge zu tragen, daß die staatliche Fürsorge für den Bauernstand in die richtigen Bahnen gelenkt wird.

Dies ist aber nur möglich, wenn vorher der Bauernstand in seiner Gesamtheit als Ganzes zusammengefaßt ist, also mit anderen Worten es müssen zuerst Bauernvereinigungen gebildet sein. Am besten werden dieselben nach Provinzen gegründet, indem die Verhältnisse in den einzelnen Provinzen manche Verschiedenheiten aufweisen (man vergleiche z. B. die östlichen und westlichen Provinzen der preussischen Monarchie zusammen!), daher die Landwirthse einer Provinz am ehesten die Bedürfnisse des Standes in ihrer Heimath durchschauen und über Mittel und Wege zu Verbesserungen und Umgestaltungen im engeren Kreise einer Provinz leichter Einigung zu erzielen ist, als wenn ein „allgemeiner deutscher Bauernverein“ die Berathung der Wohlfahrt des Bauernstandes in die Hand nehmen wollte. Es wird uns dieses alles später bei der Darlegung der Geschichte und Ziele der einzelnen bestehenden Bauernvereine noch klarer werden.

Solche Vereinigungen, einmal gebildet, dürfen sich aber nicht auf Berathungen, Vorschläge und Petitionen inbetreff der Gesetzgebung beschränken, sondern müssen sich bestreben, alles dasjenige, was die Selbsthilfe des Bauernstandes in der Vereinigung auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu erreichen imstande ist, thatkräftig in die Wirklichkeit zu übersetzen. Wird so das Gebiet der Thätigkeit der Bauernvereine abgegrenzt, so wird auch unmittelbar die Berechtigung ihrer Existenz neben den landwirtschaftlichen Vereinen klar. Wenn letztere sich die Vervollkommenung der Technik des landwirthschaftlichen Betriebes auf den verschiedenen

Gebieten des Pflanzenbaues und der Thierzucht zur Aufgabe stellen, die Bauernvereine dagegen die Pflege der volkswirtschaftlichen und socialpolitischen Seite des landwirthschaftlichen Gewerbes oder wenn man will der sog. Betriebslehre im weiteren Sinne angelegen sein lassen, so können beide Vereinigungen neben einander eine höchst segensreiche Wirksamkeit entfalten, indem sie sich gegenseitig ergänzen und der vernünftige und strebsame Landwirth muß sich die ihm durch beiderlei Vereine gebotenen Vorthelle zu nütze machen. Die beiden Gebiete sind sicher groß genug, um eine Arbeitstheilung zum Segen der guten Sache eintreten zu lassen. Für die gedeihliche Wirksamkeit der Bauernvereine scheinen sodann auch heute noch die Worte des Freiherrn von Schorlemer-Mst aus dem Jahre 1864 von der größten Bedeutung: „Wiederholt muß ich nach den gemachten Erfahrungen die Form der freien Vereinigung als die zweckmäßigste bezeichnen und dabei auf die Unabhängigkeit nach allen Seiten großen Werth legen. Sorge man dafür, daß in den Generalversammlungen eine lebhafte Erörterung aller, den Grundbesitz berührenden Fragen statthabe, um damit eine rege Theilnahme, eifriges Interesse, klare Erkenntniß, ein festes Zusammenhalten und gemeinsame Thätigkeit zu bewirken; wie es denn auch wieder von großer Wichtigkeit ist, daß die Mitglieder gemeindeweise öfter zusammen kommen und ihre Angelegenheiten verhandeln.“

C. Die Bauernvereine.

1. Der westfälische Bauernverein.

Die Geschichte der Bauernvereine in Deutschland führt sich zurück auf die im Jahre 1862 im Kreise Steinfurt in Westfalen durch Freiherrn von Schorlemer-Mst gegründete erste Bauernvereinigung. Nach einer Vorbesprechung von 12 Landwirthen am 20. Mai 1862 in Borghorst fand die Gründung und Genehmigung der Statuten genannter Vereinigung durch Protokoll *de dato* Wettringen den 10. Juni 1862 mit 37 Mitgliedern statt, deren Zahl bis zur Generalversammlung in Steinfurt am 10. November desselben Jahres bereits auf 215 gestiegen war.

Der Verein stellte sich gemäß § 1 seiner Statuten, wie sie nach mehrfachen Verbesserungen in der Generalversammlung am 16. November 1863 genehmigt wurden, die Aufgabe, „den mittleren und kleineren, kurzweg bäuerlichen Grundbesitz zu einer, aus freier Selbstbestimmung hervorgegangenen und eine durchdringende Gegenseitigkeit bezweckenden Genossenschaft zusammenzufassen und in dieser sowohl die religiöse, intellektuelle und sociale Haltung der Mitglieder zu fördern, als auch deren materielle Interessen wahrzunehmen“, welcher Zweck in den §§ 3–6 der Statuten näher in

folgender Weise bestimmt wird: „um die in § 1 allgemein angedeuteten Zwecke zu erreichen, werden die Mitglieder unter einander, auf kirchliches und moralisches Leben, auf anständiges äußeres Verhalten durch Beispiel und gutes Wort hinwirken, sowie die Förderung ihrer materiellen Interessen mit Eifer verfolgen. Unter Anerkennung, wie wichtig die Erhaltung des ungetheilten Besitzstandes der Familien in denselben ist, verpflichtet sich jedes Mitglied in Anwendung der bestehenden Gesetze seinen Grundbesitz in seiner Familie zu erhalten und zu vererben, dieses namentlich bei Zeiten durch Uebertragung sicher zu stellen. Der äußeren Vereinigung auch die innere Einigkeit zuzugesellen, verpflichten sich die Mitglieder, die etwa unter ihnen entstehenden Injurienfachen, Grenzen- und kleinere Besitz- und sonstige Rechtsstreitigkeiten möglichst durch schiedsmännischen Ausspruch beendigen zu wollen. Als weitere Zielpunkte werden in Aussicht genommen: gegenseitige Unterstützung durch Darlehen und eine zu bildende Hülfskasse zu verzinlichen Darlehen an deren benötigte Vereinsgenossen; gegenseitige Versicherung des Besitzthumes aus festen jährlichen Beiträgen; Ankauf bäuerlicher Güter, welche im Zwangsverkaufe oder aus Veranlassung von Erbtheilung ausgetrieben werden, überhaupt Verhinderung der Zerstückelung bäuerlicher Güter. --“

Zur Entfaltung einer gedeihlichen Wirksamkeit des Vereins glaubte man anfänglich auf die staatliche Verleihung der Corporationsrechte für den Verein den größten Werth legen zu müssen, indem man von der Ansicht ausging, „daß nur durch Verleihung dieser

die Genossenschaft eine dauernde, feste, dem Wechsel der Verhältnisse und der politischen Strömungen widerstehende Grundlage erhalte und nur auf Grund derselben es möglich sein werde, die für das Wohl des grundbesitzenden Standes in Aussicht genommenen Ziel-
punkte zu erreichen.“ Ein entsprechendes Gesuch des Vereins wurde indessen seitens der preussischen Staats-
Regierung abgelehnt. Der Verein ließ sich dies jedoch nicht verdrießen, sondern nahm sofort seine praktische
Thätigkeit in Angriff, indem er zuerst die gemeinsame
Versicherung der Mitglieder gegen Brandschaden zur
Verwirklichung brachte.

Im Laufe der nächsten Jahre bildeten sich auf die
Anregung der im November 1864 erschienenen, aber auch
heute noch in ihren Ausführungen sehr lezenswerthen
Schrift des Freiherrn von Schorlemer-Alst: „Die Lage
des Bauernstandes in Westfalen und was ihm noththut“
(Münster, Aschendorff'sche Buchhandlung) eine Reihe
Vereine nach dem Muster des Steinfurter. Unter diesen
ist besonders der am 19. November 1868 zu Westerholt
im Kreise Becklinghausen durch den späteren Redakteur
des „Westfälischen Bauer“ Johannes Breiter aus Kirch-
hellen bei Dorsten († am 15. Juni 1885) gegründete
Bauernverein in weiteren Kreisen bekannt geworden, wie
denn auch die im November 1869 erschienene Schrift
von Breiter: „Buer, et is Tied! Rechte und Pflichten
des Bauernstandes oder Bauer muß Bauer sein und
bleiben“ (Dülmen, Baumann'sche Buchhandlung) zur Auf-
rüttelung und Selbstbestimmung des Bauernstandes nicht
unwesentlich beitrug.

Durch Erlaß vom 10. August 1871 wurden die in Westfalen bestehenden Bauernvereine seitens der königlichen Regierung in Münster für politische Vereine erklärt und wurden die Landrätthe angewiesen, die Bauernvereine und ihre Wirksamkeit sorgfältig zu überwachen und den § 8 des Vereinsgesetzes -- wonach politische Vereine nicht unter einander in Verbindung stehen dürfen, weder durch Schriftwechsel noch durch gemeinsame Vorstände und dgl. -- gegen die Bauernvereine anzuwenden und der Verbindung der einzelnen Vereine unter einander entschieden entgegenzutreten, obgleich die Vereine sich strenge von jeder politischen Thätigkeit fern hielten und bereits auf der Generalversammlung am 22. Juni 1871 alles aus den Statuten gestrichen hatten, was nur im entferntesten auf politische Bestrebungen hätte gedeutet werden können. Die Vereine selbst hatten stets an der Auffassung festgehalten, daß sie keine politischen Vereine seien und sein wollten und nichts anderes erstrebten, als die Interessen des Grundbesitzes fördern, den Bauernstand und seinen Besitz erhalten, von politischen Umtrieben, religiösen Streitigkeiten, Wahlen u. s. w. jedoch ferne bleiben. Sie wußten aber auch, daß, wenn die Regierung gleichwohl an einer entgegengesetzten Auffassung festhielt, die Bethuerungen der Unschuld und ihr korrektes Verhalten nutzlos, und die Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung zeitraubend seien. Indem man sich andererseits vergegenwärtigte, daß, wenn die Verbindung der einzelnen Vereine unter einander durch gemeinsame Berathungen unmöglich, die beste Lebenskraft und gedeihliche Wirksamkeit denselben

geraubt sei, da nur durch einheitliches Vorgehen und einiges Zusammenstehen der Grundbesitzer die großen Gefahren, die der Landwirthschaft drohten, abgewandt werden könnten und um der möglichen, bei der abgeneigten Haltung des damaligen Oberpräsidenten von Kückwetter zu befürchtenden Maßregelung vorzubeugen, regte Freiherr von Schorlemer-Alst die sofortige freiwillige Auflösung aller bestehenden einzelnen Bauernvereine an, welche binnen acht Tagen sich pünktlich vollzog. Er berief sodann auf den 30. November 1871 eine große Bauern-Versammlung nach Münster in Westf., in welcher auf Grund eines neuen Statuts für die ganze Provinz Westfalen ein und zwar der noch jetzt bestehende „Westfälische Bauernverein“ von den zweitausend anwesenden Grundbesitzern und Landwirthen gegründet und in's Leben gerufen wurde. Damit war allen Versuchen gegen die frühere Organisation die Spitze abgebrochen.

Was die Wahl des Namens „Bauernverein“ angeht, so sprach sich darüber Freiherr von Schorlemer-Alst auf dem Congresse deutscher Landwirthe am 8. Februar 1883 aus: „als die ersten Bauernvereine in's Leben traten, fanden sie überall Gegner. Ja sogar das Wort „Bauern“ und „Bauernvereine“ bereitete in vielen Kreisen eine Gegnerschaft. Man wünschte damals alle möglichen anderen Arten von Bezeichnung, z. B. „Grundbesitzerverein“, oder „Oekonomenverein“ und hielt solche für mehr zulässig. Bauer wollte damals keiner sein und es ist kein geringes Verdienst, daß die Bauernvereine das ehrliche deutsche Wort „Bauer“ wieder zu Ehren gebracht

haben, denn ich meine, vom Fürsten bis zum letzten Tagelöhner ziert uns nichts mehr als der Name „Bauer“ und wenn wir als redliche Bauern für das Wohl des Vaterlandes mitarbeiten, so tragen wir diesen Namen mit Ehren.“ — In Wahrheit ein herrliches Wort!

Nach der letzten auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauern-Vereins am 7. Juni 1887 vorgenommenen Redaktion der Statuten haben dieselben folgende Fassung:

§ 1. Sitz des Vereins.

Der Westfälische Bauernverein hat seinen Sitz in Münster (Westfalen).

§ 2. Zweck des Vereins.

Der Verein will die bäuerlichen Grundbesitzer zu einer Genossenschaft verbinden und in dieser:

- a) seine Mitglieder in sittlicher, geistiger und wirthschaftlicher Hinsicht heben,
- b) sie zu einem kräftigen Bauernstande vereinigen, welcher sich bestrebt:
- c) den bäuerlichen Grundbesitz zu erhalten.

§ 3. Mittel zur Erreichung der Vereinszwecke:

- a) Besprechung und Beschlüsse der Mitglieder in Versammlungen zur Wahrnehmung ihrer Interessen, zur Abwendung der Schäden für den Grundbesitz, zur Beseitigung schädlicher Gewohnheiten, Mißbräuche und Verschwendungen.
- b) Förderung der den Interessen des Bauernstandes entsprechenden Bildung und Kenntnisse.

- c) Versöhnung sich widerstreitender Interessen, Beilegung von Streitigkeiten und Prozessen auf gutlichem Wege, insbesondere durch die vom Verein errichteten Vergleichsämter und Schiedsgerichte.
- d) Gründung gemeinsamer wohlthätiger Anstalten im Interesse des Grundbesitzes und der Landwirthschaft, insbesondere von Credit-Instituten, gemeinsamen Versicherungen, Consumgenossenschaften u. dergl.
- e) Zur Verhinderung der Verschuldung, Zersplitterung und des Verkaufs bäuerlicher Güter: Vorsorge für Eintragung aller eintragungsfähigen Landgüter in die Landgüterrolle und rechtzeitige Errichtung letztwilliger Verfügungen oder Verträge unter Lebenden, wodurch die bäuerlichen Landgüter ungetheilt, ohne zu schwere Belastung mit Abfindungen auf ein Kind oder einen Verwandten übertragen werden.

§ 4. Mitgliedschaft.

- a) Der als Mitglied Aufzunehmende muß:
 - 1. einer der beiden Christlichen ConfeSSIONen angehören, deren Vorschriften erfüllen, einen sittlichen und nüchternen Lebenswandel führen.
 - 2. Großjährig und im Vollgenuß der bürgerlichen Ehrenrechte sein.

3. Einen selbstständigen Grundbesitz haben und Landwirthschaft betreiben.

b) In gleicher Weise wie a 1. sollen Pächter, Nießbraucher und Verwalter eines ländlichen Besitzthums, sowie Brüder und Söhne von Grundbesitzern auf dem Erbe, die sich der Landwirthschaft widmen und von denen zu erwarten ist, daß sie die Interessen des Vereins fördern, Mitglieder werden können.

c) Das Stimmrecht der Mitglieder beginnt mit deren Großjährigkeit. Eine Aufnahme ohne Stimmrecht kann unter den Bedingungen a 1, a 3 und b mit dem 18. Lebensjahre erfolgen, wenn der Aufzunehmende nicht mehr Schüler oder Lehrling ist. Wittwen verstorbener Mitglieder können die Vortheile der Mitglieder in Betreff des Vereinsblattes, der gemeinsamen Versicherungen und Genossenschaftsbezüge genießen, sofern kein Anderer auf dem Hofe sich gemäß b als Mitglied aufnehmen lassen kann und ein Beitrag von einer Mark jährlich an die Vereinskasse gezahlt wird.

d) Ueber das Vorhandensein der Befähigung zur Mitgliedschaft entscheidet der Ausschuß (§. 5) ebenso über das Nichtvorhandensein bei den bereits aufgenommenen Mitgliedern.

e) Als Ehrenmitglieder können auf Vorschlag des Ausschusses (§. 5) durch Beschluß der Generalversammlung (§. 6) solche Männer aufgenommen werden, die sich um die Interessen des Grundbesitzes besonders verdient gemacht haben.

§ 5. Leitung des Vereins.

Die Leitung des Vereins besorgt ein alle 3 Jahre zu erneuernder Vorstand. Derselbe besteht aus dem Vorsitzenden, zwei bis drei Stellvertretern desselben, von denen einer die Geschäfte des Vereins nach Auftrag des Vorsitzenden führt, und einer Anzahl Vorstandsmitglieder. Zu letzteren sollen in der Regel aus jedem landrätthlichen Kreise ein, höchstens drei Mitglieder gewählt werden.

Neben dem Vorstand besteht ein Ausschuß. Derselbe bildet sich aus jenen Vereinsmitgliedern, welche in der Generalversammlung als solche gewählt werden.

Auf je 25 Mitglieder kommt durchschnittlich ein Mitglied in den Ausschuß, wobei auf möglichst gleichmäßige Vertheilung der Ausschußmitglieder auf die einzelnen Gemeinden Rücksicht zu nehmen ist. Die Mitglieder des Vorstandes sind zugleich Mitglieder des Ausschusses. Sowohl die Vorstands- als Ausschuß-Mitglieder werden in der Generalversammlung auf 3 Jahre gewählt bez. wiedergewählt; Ergänzungswahlen können in jeder Generalversammlung stattfinden.

§ 6. Geschäftsordnung des Vereins.

- a) Der Vorsitzende beruft den Vorstand, Ausschuß und die Versammlungen, die er zu leiten hat. Er vertritt den Verein nach Außen und ertheilt dem Rendanten Zahlungsanweisungen. In seiner Abwesenheit oder Verhinderung vertritt ihn einer seiner Stellvertreter oder in dem Fall, daß auch diese verhindert sind, ein von ihm zu bestimmendes Mitglied.

- b) Der Vorstand und der Ausschuß üben ihre Thätigkeit nach Maßgabe dieser Statuten. Der Vorstand stellt insbesondere die Tagesordnung für die Generalversammlungen fest, verwaltet das Vereinsvermögen, stellt den Rentanten, Schriftführer und sonstige Beamte des Vereins an und setzt deren Geschäftsinstruktionen und Gehalt fest.
- c) Der Ausschuß beräth und beschließt über alle Vereinsangelegenheiten, die nicht ausdrücklich dem Vorstand oder der Generalversammlung überwiesen sind, insbesondere wählt derselbe für besondere Zwecke Commissionen und hat über die dem Rentanten bez. der Vereinsrechnung zu ertheilende Decharge zu befinden und neue Vereinsmitglieder aufzunehmen.
- d) Der Vorstand und der Ausschuß versammeln sich jährlich wenigstens einmal, können jedoch jederzeit und müssen auf Antrag von $\frac{1}{3}$ ihrer Mitglieder binnen 14 Tagen nach Eingang des Antrages durch den Vorsitzenden berufen werden. Jedes Mitglied ist verpflichtet, wenn es nicht besonders verhindert ist, den Sitzungen beizuwohnen.
- e) Die Generalversammlung tritt jährlich wenigstens einmal zusammen, kann aber jederzeit nach Bedürfniß und muß auf Antrag von 100 Mitgliedern binnen 3 Wochen nach Eingang des Antrags berufen werden.
- f) Die Vorstands- und Ausschuß-Mitglieder können nach vorheriger Anzeige an den Vorstand jederzeit Lokalversammlungen innerhalb ihres Bezirks anberaumen. Dieselben erheben die Vereinsbeiträge, führen dieselben an den Rentanten ab, nehmen Anmeldungen neuer

Mitglieder entgegen, tragen für rechtzeitige Zustellung des Vereinsblattes an die Mitglieder Sorge und berichten dem Vereinsvorstand über alle in den Lokalversammlungen gefaßten Beschlüsse.

- g) Politik und Religion dürfen in den Versammlungen nicht besprochen werden.
- h) Der Vorstand, Ausschuß, die General- und Lokalversammlungen fassen, wo diese Statuten nicht anders bestimmen, ihre Beschlüsse durch Stimmenmehrheit. Die Beschlüsse der Lokalversammlungen erlangen allgemeine Gültigkeit, wenn sie in einer Generalversammlung die Stimmenmehrheit erhalten.
- i) Jede Versammlung wird mit Angabe des Ortes, Datums und der Tageszeit in der Regel durch das Vereinsblatt oder andere vom Vorstand zu bestimmende Zeitungen bekannt gemacht.
- k) Alle Aemter des Vereins sind Ehren-Aemter. Baare Auslagen werden auf Verlangen nach Beschluß des Ausschusses erstattet.

§ 7. Beitrag.

Der Vereinsbeitrag beträgt jährlich eine Mark, welche sogleich beim Eintritt für das laufende Jahr und alsdann jedes Jahr im Januar an das dazu bestimmte Ausschußmitglied zu entrichten ist. Extra-Beiträge müssen durch Beschluß der Generalversammlung festgesetzt werden.

§ 8. Abänderung der Statuten.

Eine Abänderung der Statuten kann mit Ausnahme des unabänderlichen § 4 zu a 1 u. 2 in einer General-

versammlung mit $\frac{2}{3}$ Majorität der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

§ 9. Austritt aus dem Verein.

Wer aus dem Verein austritt oder statutengemäß (§. 4 d) ausgeschlossen wird, verliert mit dem Tage des Austritts bez. der Ausschließung sein Antheilsrecht an dem Vermögen des Vereins zu Gunsten der übrigen Mitglieder.

Kein Mitglied hat das Recht auf Theilung des gemeinschaftlichen Vermögens anzutragen.

§ 10. Auflösung des Vereins.

Die Auflösung des Vereins kann nur erfolgen durch einen in zwei Generalversammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von 4 Wochen liegt, mit $\frac{2}{3}$ Majorität der anwesenden Mitglieder gefaßten Beschluß. Dieser Beschluß bestimmt dann zugleich über den etwa angesammelten Vermögensbestand des Vereins.

Was nun die Leistungen des Westfälischen Bauernvereins angeht, so hat derselbe in Befolgung seiner Statuten (§ 3) sich bemüht um die Feststellung eines bürgerlichen Erbfolgerechtes für den Fall, daß der Erblasser von dem ihm gesetzlich zustehenden freien Verfügungsrechte keinen Gebrauch macht und ist der Anregung des Bauernvereins in erster Linie die Herausgabe der „Landgüterordnung für die Provinz Westfalen und die Kreise Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr“ vom 30. April 1882 zu verdanken. Bietet dieses Gesetz auch kein allgemeines (Interstat)

Erbrecht für den Grundbesitz, so gibt es doch jedem Hofbesitzer die Möglichkeit, auf eine leichte Weise, nämlich durch Eintragung in die Güterrolle für seinen Grundbesitz die Vererbung in der Familie, wie solche in Westfalen seit Alters beliebt wird, unter solchen Bedingungen zu sichern, welche den Nachkommen die Erhaltung des Grundbesitzes möglich machen. Das Gesetz lautet, wie folgt:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für die Provinz Westfalen und die Kreise Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr, was folgt:

§. 1. Landgut im Sinne dieses Gesetzes ist eine in der Landgüterrolle des zuständigen Amtsgerichts eingetragene Besitzung.

In der Rolle kann jede in der Provinz Westfalen oder in einem der Kreise Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr belegene Besitzung eingetragen werden, welche zum Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft bestimmt und bei dem Grundsteuerkataster mit einem Reinertrage von mindestens fünfundsiebzig Mark angesetzt ist.

§. 2. Zur Eintragung des Landgutes in der Landgüterrolle ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke die Grundstücke belegen sind, welche das Landgut bilden.

Liegen die Grundstücke in den Bezirken verschiedener Amtsgerichte, so hat das Oberlandesgericht zu bestimmen, bei welchem Amtsgericht das Landgut in der Rolle einzutragen ist.

§. 3. In der Rolle erhält jedes Landgut ein eigenes Blatt.

*) Vgl. über die einzelnen Bestimmungen des Näheren die vom Vorstande des Westfälischen Bauernvereins herausgegebene Broschüre: „Die Landgüterordnung“ etc. (Münster i. W. Theissing's Verlagsbuchhandlung.)

Fakbender, Bauernvereine.

Das Landgut besteht aus denjenigen Grundstücken, welche auf dem Rollenblatte eingetragen sind. Dieselben müssen nach Blatt, Artikel und Nummer des Grundbuchs oder nach dem Grundsteuerkataster bezeichnet werden.

Auf dem Blatte oder Artikel des Grundbuchs ist die Nummer des Rollenblattes kostenfrei zu vermerken.

§. 4. Ein Landgut soll in der Rolle nur dann eingetragen werden, wenn die Voraussetzungen des §. 1, Absatz 2 zur Zeit der Eintragung vorhanden sind.

Die Eintragung kann nicht aus dem Grunde angefochten werden, weil diese Voraussetzungen zur Zeit der Eintragung nicht vorhanden gewesen seien.

§. 5. Die Eintragung und die Löschung in der Rolle erfolgt auf Antrag Derjenigen, welche über das Landgut letztwillig verfügen können.

§. 6. Die Anträge auf Eintragung und auf Löschung in der Rolle werden bei dem Amtsgerichte unter Anwendung der §§. 32 bis 34 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 446) mündlich angebracht oder schriftlich eingereicht.

Das Amtsgericht hat dem Antragsteller mitzutheilen, daß die Eintragung und die Löschung erfolgt sei.

§. 7. Die Eintragung verliert ihre Wirksamkeit durch die Löschung.

Die Eintragung ist auch für jeden nachfolgenden Eigenthümer wirksam, sofern derselbe Eigenthümer des ganzen Landgutes oder eines der Voraussetzungen des §. 1 Absatz 2 entsprechenden Theiles desselben ist.

§. 8. Bei Grundstückserwerbungen zu einem in der Rolle eingetragenen Landgute ist gleichzeitig mit der Zuschreibung in dem Grundbuche die Zuschreibung auch in der Rolle zu bewirken, wenn der Erwerber seine entgegengesetzte Absicht nicht ausdrücklich erklärt.

Bei Veräußerungen eines Theiles von einem in der Rolle eingetragenen Landgute ist gleichzeitig mit der Abschreibung im Grundbuche auch die Löschung des veräußerten Theiles in der

Rolle zu bewirken, wenn bei demselben die Voraussetzungen des §. 1 Absatz 2. nicht zutreffen.

Zu den Fällen dieses Paragraphen erfolgen die Zuschreibungen und Pöschungen in der Rolle von Amtswegen und kostenfrei.

§. 9. Die Einsicht der Rolle ist Jedem gestattet, welcher nach dem Ermessen des Amtsgerichts ein rechtliches Interesse dabei hat.

Die Einsicht der Rolle erfolgt kostenfrei.

§. 10. Haben Ehegatten in allgemeiner Gütergemeinschaft gelebt, so finden hinsichtlich der Uebernahme der zu dem gemeinschaftlichen Vermögen gehörenden Landgüter die in den §§. 11 bis 22 enthaltenen Bestimmungen Anwendung.

§. 11. Bei der Auseinandersetzung und bei der Schlichtung kann der überlebende Ehegatte, sofern ihm nach den bestehenden Vorschriften die Befugniß zur Uebernahme des gemeinschaftlichen Vermögens zusteht, das Landgut für eine nach Maßgabe der §§. 17 und 18 festzustellende Taxe mit billigen Zahlungsfristen übernehmen.

Ist das Landgut während fortgesetzter allgemeiner Gütergemeinschaft auf Antrag des überlebenden Ehegatten in der Rolle eingetragen, so findet zu dessen Gunsten die vorstehende Bestimmung keine Anwendung.

§. 12. Sofern nach den bestehenden Vorschriften den Kindern die Befugniß zur Uebernahme des gemeinschaftlichen Vermögens zusteht, kann eines derselben die Uebernahme des Landguts für eine nach Maßgabe der §§. 17 und 18 festzustellende Taxe mit billigen Zahlungsfristen beanspruchen. Dasselbe gilt, wenn der überlebende Ehegatte bei der Auseinandersetzung oder bei der Schlichtung das Landgut nicht übernimmt, oder nach dem Tode des lebenden Ehegatten nur unter den Kindern eine Auseinandersetzung erfolgt.

§. 13. Die Befugniß der Kinder zur Uebernahme des Landgutes wird nach folgenden Grundsätzen geregelt.

Leibliche Kinder gehen Adoptivkindern, eheliche den unehelichen vor. Durch nachfolgende Ehe legitimirte Kinder stehen den ehelichen gleich.

Ferner geht vor der ältere Sohn, und in Ermangelung von Söhnen die ältere Tochter.

Kinder, welche zur Zeit des Erbanfalles für geisteskrank oder für Verschwender erklärt sind, stehen bis zur Wiederaufhebung der Entmündigung, Kinder, welche eine Verurtheilung zu Zuchthausstrafe und zugleich zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten haben, für immer den übrigen Miterben nach.

An die Stelle eines verstorbenen Kindes treten dessen Abkömmlinge nach den für die Kinder geltenden Grundsätzen.

§. 14. Für Landgüter in den Bezirken der Landgerichte Bielefeld und Paderborn, sowie der Amtsgerichte Tecklenburg und Abbenbüren kann mittelst Eintragung in der Landgüterrolle bestimmt werden, daß der jüngere Sohn, und in Ermangelung von Söhnen die jüngere Tochter vorgeht.

§. 15. Wird ein Ehegatte von Geschwistern oder deren Abkömmlingen beerbt, so ist eines derselben, falls der überlebende Ehegatte bei der Auseinandersetzung das Landgut nicht übernimmt, beauftragt, das Letztere für eine nach Maßgabe der §§. 17 und 18 festzusetzende Taxe mit billigen Zahlungsfristen zu übernehmen. Das gilt auch dann, wenn Geschwister oder deren Abkömmlinge mit Verwandten in aufsteigender Linie gemeinschaftlich erben.

Die §§. 13 und 14 finden entsprechende Anwendung. Das Nießbrauchsrecht des überlebenden Ehegatten bleibt unberührt.

§. 16. Sind mehrere Landgüter vorhanden, so finden die §§. 11 bis 15 mit folgenden Maßgaben Anwendung:

Der zur Uebernahme berechtigte Ehegatte kann die sämtlichen Landgüter übernehmen.

Steht die Befugniß zur Uebernahme den Kindern oder den Geschwistern, beziehungsweise deren Abkömmlingen zu, so kann der nach den §§. 12 bis 15 Berechtigte die sämtlichen Landgüter übernehmen, wenn die Bewirthschaftung von einem derselben aus erfolgt. Anderenfalls kann jeder Berechtigte in der Reihenfolge seiner Berufung nach den §§. 13 und 14 ein Landgut übernehmen.

§. 17. Die Feststellung der Taxe erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

- 1) Der zwanzigfache Betrag

- a) des beim Grundsteuerkataster angeetzten Reinertrages der Liegenschaften,
- b) des bei der Veranlagung der Gebäuesteuer eingeschätzten Nutzungswerthes derjenigen Gebäude, welche weder zur Wohnung des Eigenthümers, seiner Familie, seiner Diensten und Arbeiter bestimmt, noch zur Bewirthschaftung erforderlich sind,
- wird als Werth des Landgutes angenommen.
- 2) Nicht besonders geschätzt werden und bleiben außer Berechnung:
- a) die zur Wohnung des Eigenthümers, seiner Familie, seiner Diensten und Arbeiter bestimmten, sowie die zur Bewirthschaftung erforderlichen Gebäude;
- b) Bäume und Holzungen, letztere mit Ausnahme des nach forswirtschaftlichen Grundsätzen überständigen Holzes;
- c) das Gutsinventarium und alle sonstigen beweglichen Pertinenzstücke (§§. 48 und folgende, §§. 75 und folgende, Titel 2 Theil I des Allgemeinen Landrechts).
- 3) Nach allgemeinen Regeln werden besonders abgeschätzt und dem Gutswerthe hinzugerechnet:
- a) der zwanzigfache Betrag des jährlichen Nutzungswerthes der zum Landgute gehörigen nutzbaren Gerechtigkeiten;
- b) der Werth des nach forswirtschaftlichen Grundsätzen überständigen Holzes;
- c) der Werth der auf dem Landgute vorhandenen gewerblichen Anlagen.

§. 18. Streitigkeiten über die Feststellung der Taxe sind durch Schiedsrichter zu entscheiden.

Der schiedsrichterlichen Entscheidung unterliegen ferner Streitigkeiten über die Feststellung der Zahlungsfristen, über die Verzinsung der Abfindungen, über die Gewährung des Unterhaltes auf dem Landgute (§. 19.) Bei der Entscheidung über diese Streitigkeiten sind, nach billigem Ermessen, einerseits die Leistungsfähigkeit des Gutsübernehmers, andererseits das Bedürfnis der Abzufindenden zu berücksichtigen.

Die Schiedsrichter müssen mit einer zum Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft bestimmten Besetzung, welche mindestens den im §. 1 angegebenen Reinertrag hat, in dem Regierungsbezirke, in welchem das Nachlassgut liegt, angelesen sein.

Auf das schiedsrichterliche Verfahren finden die Bestimmungen des zehnten Buches der Civilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

§. 19. In den Fällen des §. 12 können die miterbenden Geschwister des Gutsübernehmers standesgemäßen Unterhalt auf dem Landgute gegen standesgemäße, ihren Kräften entsprechende Mitarbeit beanspruchen.

Diese Befugniß hört auf, sobald die Abfindungen oder Zinsen derselben auf Verlangen der Geschwister gezahlt werden.

Der Anspruch auf die Abfindung erlischt, wenn der Abzufindende bis zu seinem Tode den Unterhalt auf dem Landgute gehabt hat und einen Ehegatten oder Kinder nicht hinterläßt.

§. 20. Die Betheiligten können verlangen, daß ihre Abfindungen, beziehungsweise der Anspruch auf Unterhalt (§. 19) durch Eintragung im Grundbuche sichergestellt werden.

§. 21. Diejenigen, welche über das Landgut letztwillig verfügen können, sind berechtigt, in einem Testamente oder in einer gerichtlich oder notariell beglaubigten Urkunde oder in einer eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen stempelfreien Urkunde die Anwendung der §§. 11 bis 20 auszuschließen oder unter den bei der Schlichtung oder Auseinandersetzung Betheiligten diejenige Person zu bestimmen, welche zur Uebernahme des Landgutes oder der mehreren Landgüter befugt sein soll.

In gleicher Weise kann vorbehaltlich des Pflichttheilsrechtes der Betheiligten bestimmt werden, daß die Bevorzugung des Gutsübernehmers in einer anderen, als in der §§. 11 bis 20 bezeichneten Weise stattfinden, zu welchem Betrage der Werth des Landgutes bei der Schlichtung oder Auseinandersetzung angerechnet werden, in welchem Fristen die Zahlung der Abfindungen erfolgen soll.

Kann eine letztwillige Verfügung über das Landgut nur von beiden Eheleuten gemeinschaftlich getroffen werden, so genügt es, daß die Urkunde von einem der Ehegatten eigenhändig geschrieben und von beiden Eheleuten unterschrieben wird.

Während fortgesetzter allgemeiner Gütergemeinschaft kann der überlebende Ehegatte zu seinen Gunsten die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Verfügungen nicht treffen.

§. 22. Behufs Ermittlung des Pflichttheiles der Betheiligten, welche das Landgut nicht übernehmen, erfolgt in allen Fällen die Abschätzung des letzteren nach Maßgabe der §§. 17 und 18.

Dasselbe gilt bei Ermittlung des Antheils der Kinder in den Fällen des §. 10 Absatz 4 des Gesetzes vom 16. April 1860 (Gesetz-Samm. S. 165).

§. 23. Wird der Eigenthümer eines Landgutes, welcher nicht in allgemeiner ehelicher Gütergemeinschaft gelebt hat, von mehreren Personen beerbt, so steht einem miterbenden Abkömmlinge oder in Ermangelung eines solchen einem der miterbenden Geschwister oder Abkömmlinge derselben die Befugniß zu, das Landgut für eine nach Maßgabe der §§. 17 und 18 festzusetzende Daxe mit billigen Zahlungsfristen zu übernehmen.

Dasselbe gilt, wenn der Eigenthümer zwar in allgemeiner ehelicher Gütergemeinschaft gelebt hat, das Landgut aber von dieser Gütergemeinschaft ausgeschlossen war.

Die §§. 13 bis 15, §. 16 Absätze 1 und 3, §§. 17 bis 22 finden entsprechende Anwendung.

Die nach den §§. 570, 571, 581 und 582 Titel 1 Theil II des Allgemeinen Landrechts den überlebenden Ehegatten zustehenden Befugnisse bleiben unberührt.

§. 24. Für jede Eintragung und für jede Löschung in der Rolle, einschließlich der darüber dem Eigenthümer zu machenden Mittheilung, wird außer in den Fällen des §. 8 eine Gerichtsgebühr von drei Mark erhoben.

Die Anträge zur Rolle sind einer Stempelabgabe nicht unterworfen.

Schichtungen, Auseinandersetzungen und Erbtheilungen, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgen, sind frei vom Kaufstempel.

§. 25. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden nicht Anwendung, wenn

- 1) die bei der Auseinanderetzung, Schichtung oder Erbtheilung betheiligten Personen nicht allein Eigenthümer des Landgutes sind;
- 2) das Landgut in den Fällen der Auseinanderetzung beziehungsweise Schichtung (§§. 11, 12, 15) zur Zeit des Todes des betreffenden Ehegatten, beziehungsweise zur Zeit der Schichtung und in den Fällen der Erbtheilung (§. 23) zur Zeit des Todes des Erblassers in Folge von Veränderungen, welche nach der Eintragung des Landgutes in der Rolle stattgefunden haben, nach §. 1. Absatz 2 nicht eintragungsfähig gewesen wäre.

§. 26. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1882 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Wiesbaden, den 30. April 1882.

(L. S.)

Wilhelm.

Fürst v. Bismarck. v. Puttkamer. v. Kamecke. Maybach.
Bitter. Lucius. Friedberg. v. Boetticher. v. Götter.

Der Gedanke der Landgüterordnung richtet sich gegen die zu weitgehende Zersplitterung und Zerstückelung von Grund und Boden, indem durch die Eintragung in die Güterrolle die Erhaltung der Höfe von über 75 Mark Reinertrag gewährleistet wird. Und dieser Gedanke ist in seiner Allgemeinheit jedenfalls sehr annehmbar und kann auch von den Bewohnern der Gegenden, wo freie Theilbarkeit gebräuchlich, in seiner Richtigkeit nicht bestritten werden. Die volkswirtschaftlichen Bedenken gegen die zu weit getriebene Parzellirung sind u. a. folgende:

a) Ist ein Grundstück auch zur Ernährung der Familie noch hinreichend, so kann es doch bereits zur Ausnutzung der Arbeitskräfte der Familie zu klein sein und es tritt die Nothwendigkeit ein, Nebenbeschäftigung zu

suchen, welche die Gefahr in sich schließt, den Ackerbau zu schädigen; ist das Grundstück selbst zur Ernährung der Familie zu klein, so wird der Ackerbau ganz neben-
sächlich betrieben.

b) Die Gebundenheit einer Familie an die an sich ungenügende Ackerparzelle kann zur Erniedrigung der Löhne für die anderen Berufs- oder Beschäftigungs-
zweige führen.

c) Die Viehhaltung muß bei ausgebildeter Parzellen-
wirthschaft schlecht werden, indem die entsprechenden Futter-
flächen fehlen.

d) Die Wege von und zum Acker, Wechsel der Werk-
zeuge u. s. w. bedingen bei Parzellenwirthschaft Zeit-
verlust, die zahlreichen Grenzfurchen — Flächenverlust;
die Schwierigkeit der Reinhaltung von Ungeziefer und
Unkräutern ist größer.

e) Fruchtwechsel ist bei Parzellenwirthschaft meistens
unmöglich, weil der Besitzer auf den Naturalertrag ge-
wisser Früchte rechnen muß.

Durch die Eintragung der Höfe in die Güterrolle
wird die Freiheit der Besitzer nicht beschränkt; sie können
jederzeit sowohl Föschung, wie auch Zu- und Abschreibungen
in der Güterrolle beantragen. Der Nutzen des Gesetzes
liegt aber kurz darin: will der Hofbesitzer ein Testament
machen, so wird ihm dieses nach Eintragung in die
Höferolle erleichtert und er erspart Kosten; stirbt der
Besitzer ohne ein Testament gemacht zu haben und ist der
Hof eingetragen, so wird selbiger nach den Bestimmungen
der Landgüterordnung vererbt, bleibt in jedem Falle aber
der Familie erhalten und vor Zerspitterung bewahrt,

und es wird das erreicht, worauf das Streben der Westfälischen Landwirthe im allgemeinen gerichtet ist und was durch die Landgüterordnung nur gesetzliche Sanction erhält.

Es könnte nun noch die Frage aufgeworfen werden, ob in dem Auerbenrecht nicht etwa eine Unbilligkeit gegen die übrigen Kinder liege. Faßt man dasselbe aber in dem richtigen Sinne auf, so liegt eine solche nicht vor. Nach richtiger Anschauung ist nämlich das Gut als Erbe oder als Eigenthum der Familie anzusehen, während der Inhaber nur eigentlich als Nießnutzer gilt und dasselbe nach der Erbregel, nach der er es erhalten, auch wieder zu vererben hat. Das kann aber der Inhaber nur, wenn er nicht theilt; unter dieser Bedingung hat er es auch im Erbganze erhalten und daher liegt auch keine Unbilligkeit gegen die übrigen Kinder vor, wenn sie nicht gleich berücksichtigt werden. Aber ganz abgesehen von dieser Auffassung liegt in dem Auerbenrecht auch deshalb kein etwaiges Unrecht gegen die übrigen Kinder, weil das Erbrecht sich nur den allgemeinen Bedürfnissen der Landwirthschaft und der Existenzbedingung der Familie unterzuordnen hat, beide aber keine Theilung zulassen, wenn nicht der Ruin über kurz oder lang mit zwingender Nothwendigkeit herbeigeführt werden soll.

Der Westf. Bauern-Verein hat auf dem Wege der **Petition** noch verschiedene andere gesetzliche Maßnahmen erstrebt, die für den Bauernstand Westfalens von großer Bedeutung sind. Ein Erfolg auf dem Wege der **Petition** war aber nur durch den Zusammenhalt des Vereins erreichbar, den Landwirthen in der Vereinzelung unmöglich.

Wir erwähnen von den verschiedenen Vereins-Petitionen folgende: bezüglich Aenderung der Steuergesetzgebung, Einführung bezw. Erhöhung der Schutzzölle, Prüfung der Währungsfrage, Aufhebung der Wechselfreiheit, Einführung strengerer Wuchergesetze (sämmtlich wiederholt eingebracht); weiter bezüglich Höfenamen (vgl. „Westf. Bauer“ 1884, Seite 209—213 und 1885 S. 14, 50) in der Strontianitfrage zur Vertretung der Besitzrechte der Landwirths gegenüber dem Muthungsrecht (vgl. „W. Bauer“ 1882 Seite 110 und 175 und 1884 S. 7), bezüglich Aenderung der Polizeiverordnung über Geländer an Bodenlufen und derjenigen betr. Verhütung von Unglücksfällen durch stößiges Vieh auf den Weiden (vgl. „Westf. Bauer“ 1885 Seite 88 und 1886 Seite 186, sowie 1886 Seite 296) bezüglich Heranziehung der Industrien zu Präcipualleistungen für den Wegebau (vgl. „Westf. Bauer“ 1887 S. 216), bezüglich Radfelgenbreite auf Chausseen (vgl. „Westf. Bauer“ 1884 Seite 96 und 1887 Seite 134), bezüglich Sonntagsheiligung und Verlegung der Montagsmärkte, Gleichstellung der Sparkassenbücher der Spar- und Darlehnskassen e. G. mit denen der öffentlichen Sparkassen bezüglich Stempelfreiheit (vgl. „W. Bauer“ 1886 Seite 178 und 249) und andere. Auch ist vom Westfälischen Bauernverein die erste Anregung zur Gründung der Arbeitercolonie bei Groß-Merken gegeben worden und wiederholt hat der Verein thatkräftig zur Rettung von Bauernhöfen mit geeigneten Maßregeln eingegriffen.

Um die Mitglieder vor den Folgen unvorhergesehener Unglücksfälle zu bewahren, sind Verträge mit Feuer-

Hagel- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaften abgeschlossen. Natürlich erhalten die Mitglieder in Folge solcher Specialverträge günstigere Versicherungsbedingungen, besonders auch niedrigere Prämienätze, als es den einzelnen möglich wäre. Der wichtigste Vortheil besteht aber darin, daß die Unerfahrenen einen Fingerzeig bekommen, bei welcher Gesellschaft sie gut aufgehoben sind und vor Schwindelgesellschaften bewahrt bleiben, sowie daß bei einer etwa eintretenden Regelung der Versicherung der Verein als solcher die Interessen für seine Mitglieder wahrnimmt und vertritt. Die Betheiligung bei der **Feuerversicherung** ist in den bäuerlichen Kreisen im allgemeinen ziemlich befriedigend. Der Verein besitzt einen Vertrag mit der Gladbacher Feuerversicherungsgesellschaft, welcher den Vereinsmitgliedern bedeutende Vortheile und für die Vereinskasse Abschlußprovision gewährt, aus welcher letzterer der Verein zum großen Theil sein Vereinsvermögen erworben hat.

Mehr Betheiligung wäre bei der **Hagelversicherung** zu wünschen. Im Jahre 1887 waren für Mitglieder des Westf. Bauernvereins bei der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft (auf Gegenseitigkeit), mit welcher Vertrag abgeschlossen, 2516 Policen mit einer Versicherungssumme von 10 606 538 *M* perfekt. Es ist freudig zu begrüßen, daß die Norddeutsche Hagelversicherungsgesellschaft neuerdings, um den kleineren Besitzern die Versicherung leichter zugänglich zu machen, die Einrichtung von sogenannten Gemeinde-Versicherungen getroffen hat. Hierbei werden durch Vermittelung eines Vertrauensmannes die Versicherungsanträge der Theil-

nehmer aus einer Gemeinde gemeinschaftlich aufgenommen und von der Gesellschaft als eine einheitliche Versicherung behandelt, wodurch für den Einzelnen sowohl die Versicherungsnahme erleichtert, als auch eine Ersparniß an den Nebenkosten der Versicherung erreicht wird. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Einrichtung der Hagelversicherung für die Zukunft größere Betheiligung zuführen wird.

Die **Lebensversicherung** hat für die westfälischen Landwirthe besondere Bedeutung in Verbindung mit der Eintragung in die Höferolle, indem die rechtzeitige Lebensversicherung es ermöglicht, den Hof ungetheilt auf einen Auerben übergehen zu lassen, ohne letzteren durch zu hohe Abfindung seiner Geschwister in Ueberschuldung zu stürzen und ohne die letzteren durch zu geringe Abfindung zu benachtheiligen. Auch die Lebensversicherung wird aber leider noch nicht hinreichend gewürdigt. Bis Ende 1887 waren auf Grund des Vertrages mit der Stuttgarter Lebens-Versicherungs- und Ersparniß-Bank von den Mitgliedern des Westfälischen Bauernvereins erst 229 Mitglieder mit 2 087 000 *M* versichert.

Wenn auch der Hauptzweck der Lebensversicherung ist, für das materielle Wohl der Hinterbleibenden zu sorgen, auf daß bei etwaigem frühzeitigem Tode des Versorgers die Fortsetzung der beabsichtigten Erziehung und Ausbildung gesichert und die dereinstige Erbtheilung erleichtert oder besser für den Altentheil gesorgt wird, so ist außerdem auch zu beachten, daß die rechtzeitige Benützung der Lebensversicherung die sicherste und vortheilhafteste Geldanlage ist, welche durch kleine Beiträge verhältnißmäßig große Summen garantirt. Die Lebensversicherung ist

zugleich ein mächtiger Hebel der Volkswohlfahrt und ein Begründer des Familienglücks; sie erfüllt nicht blos wirtschaftliche Zwecke, vielmehr ist sie in sittlicher Hinsicht beachtenswerth. Sie hebt die Moralität in der Familie, erzieht zur Ordnung und Sparsamkeit, stärkt den Personalkredit und wirkt wohlthätig auf den einzelnen Versicherten selbst, auf dessen Familie, die Gemeinde und den Staat.

Die Lebensversicherung entspringt der Moralität; denn wer sich selbst die Verpflichtung der Prämienzahlung freiwillig auflegt, damit dereinst über sein Grab hinaus für das Wohl der Hinterbleibenden gesorgt ist, hat sicher etwas mehr für sich, als derjenige, der solches nicht thut. Thatsächlich versichern Genuß- und Lebemenschen, sowie Selbstsüchtige ihr Leben nicht, sondern sagen: „die Hinterbleibenden mögen sehen, wie sie durchkommen“. Die Kinder des Versicherten wissen, daß der Vater für sie gesorgt hat, indem er vielleicht Opfer an vermehrter Mühe oder Entsagung bringt, um die Prämie zu erübrigen; in Folge dessen werden es auch die Kinder an Pietät gegen den Vater nicht fehlen lassen. Es herrscht Friede und Einigkeit in der Familie. Der Altentheil (die Leibzucht), die Abfindung der Geschwister wird nie zu Unlieblichkeiten und Zwietracht führen. Die Lebensversicherung wird dadurch zum Grundpfeiler des häuslichen Glückes und das erste Glied einer Reihe von Tugenden, welche ohne sie vielleicht in manche Familie keinen Eingang gefunden hätte. Die Versicherung bringt dem Versicherten selbst Veruhigung gegen die bange Sorge für die Zukunft der Seinigen, welche Sorge sicher nicht die kleinste ist. Der Familie gewährt die Versicherung

eine gesicherte Zukunft. Für die Gemeinde ist es wichtig, ob 100 Gestorbene je 1000 *M*, zusammen 100 000 *M* hinterlassen, oder ob 100 Gestorbene unverförgte Wittwen und Waisen hinterlassen und möglicherweise Almoſenempfänger werden. Ebenſo leuchtet ein, daß für den Staat es weſentlich iſt, ob die Steuerkraft durch Auszahlung von 655 $\frac{1}{2}$ Mill. *M* Verſicherungsſumme von 1829 bis 1886*) geſtärkt worden oder nicht, welche ohne die Lebensverſicherung ſchwerlich den Wittwen und Waiſen zuſtatten gekommen wäre. Zuverſichtlich werden in den nächſten 30 bis 40 Jahren die zur Zeit verſicherten ca. 3 Milliarden *M* weiter zur Auszahlung gelangen.

Die Lebensverſicherung hat in ihren bewährten Sterblichkeittabellen eine weit ſicherere Statiſtik, als jede andere Verſicherung. Hierdurch ſind die Beiträge bei der Lebensverſicherung im Voraus feſt beſtimmt, dabei zugleich vorausgeſetzt, daß ſolche pünktlich innerhalb der 4wöchentlichen Reſpektzeit eingehen und ſofort zinsbringend angelegt werden. Dem Verſicherten ſteht es daher nicht frei, wie bei anderen Geldanlagen willkürlich zu verfahren, ſondern er muß die Prämie pünktlich leiſten; er weiß auch, daß jeder Prämie die 30 – 40fach höhere Verſicherungssumme gegenüberſteht; er wird ſo gezwungen, pünktlich in der Prämienzahlung zu ſein. Iſt aber Jemand erſt in einer Sache pünktlich und ordentlich, ſo wird er es auch leicht in anderen Dingen. Der Verſicherte gewöhnt ſich an geordnete Buchführung, Statmachen d. h. Eintheilung ſeiner Einnahmen und Aus-

*) (Vgl. darüber Conrad's Jahrbücher für National-Oekonomie und Statiſtik. Supplement XIII).

gaben. Er kommt weit leichter über den Berg, die Prämie aufzubringen, als wenn solches in sein Verliehen und seine Willkür gestellt ist, wobei es nie an mehr- oder minderwerthigen Entschuldigungen, menschlichen Schwächen aller Art fehlt. Er wird nicht dringend nöthige Ausgaben unterlassen und seine Einnahmen thunlichst vermehren, weil die Lebensversicherung Ordnung und Sparbarkeit bedingt. Wer Ordnung hält und Sparbarkeit übt, pflegt solid, geregelt, enthalten und mäßig zu leben, wodurch die Gesundheit gefördert wird. Ein gesunder und solider Mensch ist weit glücklicher und zufriedener, als ein ungesunder und unsolider Mensch. Die Lebensversicherung hebt und stärkt endlich den persönlichen Kredit, weil der Kreditgeber weiß, daß der Schuldner nicht bloß bei gewöhnlichen Verhältnissen seinen Verpflichtungen pünktlich nachkommt, sondern daß auch bei frühzeitigem Tode durch die fällige Versicherungssumme Deckung für die Schuldverbindlichkeit vorhanden ist. Ueberhaupt ist die vollständige Tilgung einer Schuld nur dann gesichert, wenn eine entsprechende Lebensversicherung vorhanden ist. In jedem anderen Falle wird dem Auerben die Verpflichtung zur Zahlung von dauernden und schweren Hypothekenzinsen aufgewälzt. Selten erlebt Je- mand eine Amortisationsperiode von 40–50 Jahren und zahlt unter $3\frac{1}{2}$ % Zins. Die durchschnittliche Versicherungsdauer beträgt nur ca. 14 Jahre 9 Monate 1 Tag — und zahlt ein 30-jähriger netto nur 1,43 % abzüglich Dividende.

Schon Abraham a Santa Klara sagt: „Der Tod ist ein Fische, welcher auch große Wallfische zieht, ein

Mäher, der mit seiner Sense nicht bloß den niedrigen Klee, sondern auch das hochwachsende Getreide abschneidet, ein Gärtner, der nicht bloß Beilschen abpflückt, sondern auch Rittersporn“. Möge daher ein Jeder rechtzeitig bedenken, daß er sterben muß und Stellung zur Lebensversicherung nehmen!

Der Westfälische Bauernverein bildet seit dem Jahre 1883 auch einen großen Consumverein für den gemeinsamen Bezug landwirthschaftlicher Rohstoffe, wie Kunstdünger, Kraftfuttermittel und Sämereien, sowie auch neuestens landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen. Die Mitglieder in den einzelnen Gemeinden geben ihre Bestellungen auf genannte Gegenstände bei ihrem bezüglichen Ausschußmitglied auf. Letzteres theilt die Bestellungen, in Waggonladungen abgerundet, dem Bureau des Bauernvereins mit. In jeder Frühjahrs- und Herbstsaison schreibt der Vorstand des Bauernvereins eine beschränkte Submission unter den Fabrikanten von Dünger- und Futterstoffen aus und eine eigens zu diesem Zwecke gewählte und zusammengesetzte Commission vergibt auf Grund der eingegangenen Offerten die Lieferung. Bei dem Zuschlag wird in erster Linie auf die Güte und in zweiter auf die Billigkeit der Waare gesehen. Die Lieferung geschieht in Waggonladungen direkt nach den einzelnen Gemeinden, woselbst vor der Vertheilung an die einzelnen Besteller Durchschnittsproben entnommen und der chemischen Versuchstation in Münster eingesandt werden. Je nach der Entscheidung letzterer über den Gehalt und die Beschaffenheit der Waare findet entweder Auszahlung des geforderten Preises oder Abzug für Mindergehalt

Fäßbender, Bauernvereine.

statt. Daß die Mitglieder des Bauernvereins durch den Bezug im Großen billigere und durch die Controlle bessere Waare erhalten, als es dem einzelnen allein möglich, ist klar. Wer weiß, wie oft früher der Bauer schamlosen Wucherern bei dem Ankauf der bezeichneten Gegenstände in die Hände fiel und übervorteilt wurde, wie weiter die Lieferung von schlechtem Dünger zc. nicht nur eine direkte Schädigung des Landwirths in sich schließt, sondern in noch höherem Maße durch Verringerung der Ernteerträge zc. Schaden bringt und wie endlich der Guanohandel sehr häufig den Anknüpfungspunkt für Geldwucher bildete — ist doch bereits ein ganzer Bauernhof im Anschluß an den Ankauf eines Sackes Guano zu Grunde gerichtet worden — der wird das Vorgehen des Bauernvereins durch Gründung des Consumverbandes zu schätzen wissen. Die Bezüge weisen denn auch eine stete Zunahme auf. Es wurden bezogen:

a) an Düngemitteln

im Herbst 1883 für	82 320 <i>M</i>
im Frühjahr 1884 für	69 733 <i>M</i>
im Herbst 1884 für	110 233 <i>M</i>
im Frühjahr 1885 für	106 485 <i>M</i>
im Herbst 1885 für	140 807 <i>M</i>
im Frühjahr 1886 für	164 000 <i>M</i>
im Herbst 1886 für	128 400 <i>M</i>
im Frühjahr 1887 für	187 543 <i>M</i>
im Herbst 1887 für	144 700 <i>M</i> ;

b) an Kraftfuttermitteln

im Winter 1884/85 für	75 040 <i>M</i>
im Winter 1885/86 für	127 500 <i>M</i>

im Winter 1886/87 für 155 386 *M*

im Winter 1887/88 für 183 000 *M*.

Das zunächst anzustrebende Ziel ist die Gründung einer Prüfungsstation für landw. Geräthe und Maschinen.

Zur Regelung des landwirthschaftlichen Creditwesens und um den Bauer vor den Folgen der Ueberschuldung und in Verbindung hiermit vor der Ausbeutung durch den Wucher*) zu bewahren, hat sich der Westfälische Bauernverein wie bei der Gründung, so auch durch stete Förderung „der Landschaft der Provinz Westfalen“ große Verdienste erworben. Die Landschaft ist zur Befriedigung des Realkredits bestimmt. Die Landschaft gewährt nach ihrem Statut Darlehen in Höhe des 22 fachen und gegen Taxe bis zum 30 fachen Catastralreinertrage auf Grundbesitz im Bereich der Provinz Westfalen, der Kreise Rees, Mülheim a. d. Ruhr, Stadt- und Landkreis Essen und Stadtkreis Duisburg und der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont. Der Grundsteuer-Reinertrag des Darlehnsuchers muß aber mindestens 75 *M* nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Mai 1861 betreffend anderweite Regulirung der Grundsteuer betragen. Die Darlehen sind unkündbar, so lange die Zinsen gezahlt werden. Der Darlehnsnehmer hat zu zahlen: $3\frac{1}{2}\%$ Zins, $\frac{1}{2}\%$ Amortisationsquote und $\frac{1}{4}\%$ für Verwaltung, im Ganzen also $4\frac{1}{4}\%$. Dieser Satz kann bis zur Tilgung der Schuld nicht erhöht werden und letztere erfolgt ohne weitere Abzahlungen in 40—50

*) Ueber die Verbreitung und die Arten des Wuchers in Westfalen vgl. des Verfassers Abhandlung im 35. Bande der „Schriften des Vereins für Socialpolitik“: „Der Wucherer auf dem Lande“ Seite 227—244!

Jahren; außerdem sind aber auch höhere Abtragungen gestattet, in welchem Falle die Lösung der Schuld schneller erfolgt. Die Interessen des bis zum gewissen Grade verschuldeten Landwirthes werden bei der Landschaft ohne Zweifel am besten vertreten, denn dieselbe bietet nach dem Gesagten folgende Vortheile:

1. Geldbeschaffung innerhalb der erwähnten Grenzen der Sicherheit zu jeder Zeit und ohne weitere Kosten;
2. Unkündbarkeit der so beschafften Darlehen, so lange die Zinsen bezahlt werden;
3. möglichst billigen Zinssatz, welcher nicht erhöht werden kann;
4. allmähliche Tilgung der Schuld;
5. die Möglichkeit, zu jeder Zeit, wenn es paßt, größere oder kleinere Beträge der Schuld abstoßen zu können.

Die Landschaft der Provinz Westfalen besteht seit dem Jahre 1877: das Statut erhielt durch landesherrliches Patent, datirt Insel Mainau den 15. Juli 1877 die allerhöchste Bestätigung. Es sind für rund 25½ Millionen \mathcal{M} Pfandbriefe bis zum 31. Dezember 1887 ausgegeben und betrug der Zuwachs im Jahre 1887 annähernd 4 Millionen.

Für den Personalkredit hat der Verein lokale, auf die einzelnen Gemeinden (Pfarren oder Civilgemeinden) begrenzte Spar- und Darlehnskassenvereine, auf der Grundlage des Genossenschafts-Gesetzes als „eingetragene Genossenschaften“ funktionirend, in's Leben gerufen. Dieselben beobachten die bekannten Raiffeisen'schen Grundsätze, - nämlich:

1. In den Statuten wird der Vereinsbezirk festgestellt, aus dem Mitglieder in den Verein aufgenommen werden dürfen. Derselbe wird nur soweit ausgedehnt, als die persönliche Bekanntschaft der Mitglieder möglich ist; also in der Regel nicht über den Bereich einer Pfarrei oder Civilgemeinde hinaus.

2. Bezüglich des Ausleihens der Gelder ist statutenmäßig zu beachten:

- a) Nur Vereinsmitglieder können Darlehen erhalten.
- b) Die Generalversammlung der Mitglieder hat den Höchstbetrag, über den hinaus kein Darlehen bewilligt werden darf, festzustellen.
- c) Bei der Bewilligung der Darlehen soll nicht nur die finanzielle Sicherheit, sondern auch die moralische und wirtschaftliche Verwendung in Betracht gezogen werden.
- d) Es werden die Darlehen nicht nur auf kürzere Zeit bis zu einem Vierteljahr, sondern auch nach Bedürfnis auf mehrere Jahre, aber mit der Verpflichtung allmählicher Rückzahlung (Amortisation) bewilligt.

3. Die Verwaltung wird unentgeltlich geführt; alle Ämter im Verein sind Ehrenämter mit Ausnahme desjenigen des Rendanten, welcher letzterer aber nicht Mitglied des Vorstandes ist.

4. Der Ueberschuß, welcher durch die Differenz zwischen Anleihe- und Ausleihezinsfuß sich ergibt, wird nicht als Dividende unter die Mitglieder vertheilt, sondern als gemeinschaftliches Vereinsvermögen angesammelt.

Buchführung, Statuten etc. sind übereinstimmend nach der in den Schriften des Verfassers dieser Abhandlung niedergelegten Anleitung: „Rettung des Bauernstandes aus den Händen der Wucherer“ und „die ländlichen Spar- und Darlehnskassenvereine“ (Theissings Verlag in Münster i./W.) geordnet. Die Lokalvereine bilden unter sich einen Verband mit dem Mittelpunkt in der „ländlichen Centralkasse“ in Münster. Die letztere wurde als Aktiengesellschaft am 11. Juli 1884 gegründet und die Aktionäre sind die einzelnen theilhabenden Genossenschaften. Der Verband bezw. die Centralkasse hat die doppelte Aufgabe, einmal eine Controлле über die sichere und zuverlässige Geschäftsführung der einzelnen Vereine durch besondere Kassenrevisoren auszuüben, zum anderen einen zeitlichen und örtlichen Ausgleich des Geldmangels und Geldüberflusses der einzelnen Vereine herbeizuführen. In außerordentlicher Weise hat zur Verbreitung der Genossenschaften beigetragen, daß sowohl der Provinziallandtag, wie auch das Ministerium für Landwirthschaft etc. in hochherziger Weise Zuschüsse zu den Verwaltungskosten der „Centralkasse“ bewilligten, wie auch Se. Majestät der deutsche Kaiser Wilhelm I. ein Gnadengeschenk von 30 000 M aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds als Beitrag zum Reservefonds der Centralkasse im Frühjahr 1887 huldvollst gewährt hat. Die stetige Entwicklung der einzelnen Lokalvereine sowohl, wie auch der „Centralkasse“ ergibt sich aus folgender Uebersicht:

1. Es bestanden lokale Spar- und Darlehnskassenvereine:

(ult. 1885)	(ult. 1886)	(ult. 1887)
75,	102,	145.

2. die gesammte Mitgliederzahl betrug:

(ult. 1884)	(ult. 1885)	(ult. 1886)
4470,	6612,	9167.

3. der Geldumsatz betrug pro Jahr:

(1884)	(1885)	(1886)
<i>M</i> 1 345 102,98,	<i>M</i> 2 850 322,10,	<i>M</i> 4 363 169,96,
(1887)		
<i>M</i> 6 464 903,57.		

4. das Betriebskapital war:

(ult. 1884)	(ult. 1885)	(ult. 1886)
<i>M</i> 1 139 657,77,	<i>M</i> 2 308 167,92,	<i>M</i> 3 917 612,73.

Der Umsatz der ländlichen Centralkasse in Münster i/W.
pro 1887 betrug:

Nr.	Gegenstand der Einnahme	Einnahme	
		<i>M</i>	<i>g</i>
1	Kassenbestand vom 31. December 1886	3 038	54
2	Einzahlungen in (a) von theilhaftigen Vereinen lauf. Rechnung (b) von Banken zc. (W. Prov. = Hpt.-Kasse)	1 379 764	90
3	Umsatz von Werthpapieren zc.	805 606	30
4	Geschenk Sr. Majestät des Kaisers	139 400	—
5	Zinsen und Provisionen	30 000	—
6	Agio der Werthpapiere	33 135	55
7	Agio der Werthpapiere	3 733	60
8	Zuschüsse des Staates, der Provinz, und Beiträge der Vereine zu den Kosten der Revisionen	5 422	50
9	Zusammen	883	09
		2 400 984	48

N ^o . Nr.	Gegenstand der Ausgabe	Ausgabe	
		M	δ
1	Auszahlungen in { a) an betheiligte Vereine . lauf. Rechnung { b) an Banken (W. Prov.- Hpt.-Kasse)	1 569 757	40
2	Anlage in Werthpapieren u.	582 262	85
3	Zinsen, Dividenden (3%) u. Provisionen	188 425	—
4	Agio der Werthpapiere	25 708	72
5	Verwaltungskosten und Kosten der Revisionen	3 679	90
6	Zugemein	9 112	05
7	Kassenbestand am 31. December 1887	129	—
		21 909	56
		2 400 984	48

Die Bilanz der ländlichen Centralkasse in Münster
gestaltete sich am 31. December 1887:

N ^o . Nr.	Gegenstand der Activa	Activa	
		M	δ
1	Kassenbestand am 31. December 1887	21 909	56
2	Vorschüsse in laufender Rechnung an 56 betheiligte Vereine	456 081	65
3	Bestand in Effekten nom.	326 925	—
4	Coursdifferenz der Effekten und Stichtzinsen derselben u.	10 754	92
5	Werth des Inventars	555	—
		816 226	13

N ^o . Nr.	Gegenstand der Passiva	Passiva	
		M	δ
1	10% Einzahlung auf Grundkapital	10 000	—
2	Depositen in { a) von 74 betheiligten Vereinen lauf. Rechnung { b) von der Bank (W. Prov.- Hpt.-Kasse)	542 132	60
3	Ausgaberefte	221 700	—
4	Reservefond Ende 1886	55	—
5	Gewinn pro 1887	6 001	51
		36 337	02
		816 226	13

In Nr. 2 des „Westfälischen Bauer“ pro 1888 ist eine genaue zahlenmäßige Statistik über Datum der Gründung, Vereinsbezirk, Mitgliederzahl, Umschlag u. s. w. der einzelnen Vereine enthalten, auf die wegen Raum-mangel hier nicht näher eingegangen werden kann. Nachdem so ein Netz von Creditgenossenschaften zur Beseitigung des Geldwuchers geschaffen, wird es die weitere Aufgabe des Vereins demnächst sein den Zwischenhandel in Vieh etc. durch eine Reihe von Absatzgenossenschaften zu beseitigen bezw. in die richtigen Grenzen zurückzuweisen.

Zur Vermeidung von Prozessen und Reichsstreitigkeiten sind besondere Schiedsgerichte und Vergleichsämter innerhalb des Vereins eingerichtet. Die ersteren haben den Zweck, das Laufen zum Gericht mit den jetzt so hohen Kosten, Gebühren für Advokaten und mit ihrem traurigen Gefolge von Feindschaften und Hader möglichst zu verhindern und ohne dies von einer aus erfahrenen und geeigneten Mitgliedern des Vereins gebildeten Gerichtskommission die endgiltige Entscheidung herbeizuführen. Auf Grundlage der Landesgesetze eingerichtet und gebildet, ist das Urtheil solcher Schiedsgerichte gerade so giltig, wie das eines staatlichen Gerichtshofes, aber mit weniger Kosten verbunden, und weil die Mitglieder bauerliche Standesgenossen, mit den praktischen Verhältnissen vertraut sind, für die den Grundbesitz betreffenden Streitfachen zu einer richtigen Entscheidung besonders geeignet. Die Vergleichsämter haben die schöne Aufgabe, Streitigkeiten rechtzeitig durch ihre Vermittelung abzuschneiden, durch ihren Zuspruch, auch ungerufen, eine

Verföhnung und einen Ausgleich in mündlicher Rücksprache herbeizuführen, oder, wenn die Streitenden auf einem gerichtlichen Anstrag der Streitfrage bestehen, sie zu veranlassen, die gerichtliche Entscheidung vor dem Schiedsgerichte des Bauernvereins nachzusuchen. Was der christliche Glaube lehrt: Friede, Nächstenliebe, Eintracht in der Familie; was der Bauernverein nach seinen schon erwähnten Statuten bezweckt: die Mitglieder in sittlicher und materieller Hinsicht zu heben, sie zu einem kräftigen Bauernstande zu vereinigen; was das Interesse jedes Einzelnen erfordert: Kosten zu ersparen, einen guten und gerechten Spruch zu erlangen, das Kaufen zum Gericht mit allen seinen schlimmen Folgen zu vermeiden, — das Alles wird gefördert und erreicht durch diese Schiedsgerichte und Vergleichsämter.

Die Formulare für die Geschäftsführung der Schiedsgerichte und Vergleichsämter sammt Anleitung zur Ausföhrung zc. sind von dem Bureau des Westfälischen Bauernvereins in Münster i./W. zu beziehen. Zur Orientirung über das Verfahren, wie es bei den beiden Institutionen gebräuchlich, lassen wir nachstehend die Grundzüge der bezüglichlichen Instruktionen folgen:

a) Instruktion für das Verfahren der Vergleichsämter.

§. 1. Ein Vereinsmitglied, welches einen Anspruch bei dem Vergleichsamte geltend machen will, hat dem hierzu bestimmten Delegirten oder einem Vorstands- oder Ausschussmitglied des Westfälischen Bauern-Vereins solches anzumelden und zugleich den Gegenstand des Streites und seinen Gegner genau zu bezeichnen.

Geht die Anmeldung mündlich, so hat der Delegirte über die Parteien und den Streitgegenstand kurze Notiz zu machen.

Sind beide Streittheile Vereinsmitglieder, so kann auch ohne Antrag einer Partei das Vergleichsverfahren von dem Delegirten eingeleitet werden.

§. 2. Der Delegirte ernannt ein oder drei Mitglieder des Westfälischen Bauern-Vereins zu Mitgliedern des Vergleichsamtes und bezeichnet den Vorsitzenden. Der Vorsitzende ladet die Mitglieder des Vergleichsamtes und die Parteien zu einem Vergleichstermin; dieser Termin ist, falls die Dertlichkeit wichtig ist (insbesondere bei nachbarlichen, Grenz-, Bau-, Wasser- und Wege-Streitigkeiten),*) am Streitorte anzuberaumen; die Ladungen müssen den Zweck des Termins bezeichnen und sind (durch eingeschriebene Briefe oder gegen Empfangsbescheinigung) so zeitig zuzustellen, daß die Ladung möglichst einen ganzen Tag vor dem Termin in den Händen des Geladenen ist.

§. 3. Jeder Partei steht es frei, Beweismittel zu dem Vergleichstermin mitzubringen.

Das Vergleichsamt hört die erschienenen Parteien über das Sachverhältniß, informirt sich aus den von den Parteien gestellten Beweismitteln (Lokalbesichtigung, Einsicht der Urkunden, uneidliches Verhören der Zeugen) und macht dann Vorschläge zur gütlichen Beilegung des Streites.

§. 4. Kommt über den ganzen Streitgegenstand oder auch nur über einen Theil desselben ein Vergleich zu Stande, so wird derselbe in drei Exemplaren niedergeschrieben, von den Parteien unterzeichnet und von den Vergleichsmännern als Zeugen mitunterschieden; jede Partei erhält ein Vergleichsexemplar; das dritte verbleibt dem Vergleichsamte.

In wichtigen Fällen kann es auch angebracht erscheinen, die zum Vergleich bereiten Parteien zu dem staatlich angestellten Schiedsmann zu führen und den Vergleich vor dem Schiedsmann abzuschließen zu lassen. Ist der Vergleich vor dem Vergleichsamte

*) Falls Reisekosten entstehen, hat das Vergleichsamt vorher die Zustimmung des Vorsitzenden der Schiedsgerichtscommission einzuholen.

schon vollzogen, so ist in wichtigen Fällen den Parteien anzurathen, daß sie den Vergleich demnächst gerichtlich oder notariell anerkennen.*)

§. 5. Wollen die Parteien auf den vorgeschlagenen Vergleich sich nicht unbedingt einlassen, so hat das Vergleichsamte die Parteien möglichst zu einer Erklärung dahin zu bestimmen:

„daß die Parteien an den vorgeschlagenen Vergleich gebunden sein wollen, falls nicht eine von ihnen der anderen binnen vier Wochen (oder einer anderen zu vereinbarenden Frist) gerichtliche Klage stellt.“

Die Parteien können auch vereinbaren, daß an die Stelle der staatlichen Gerichte das Vereinschiedsgericht tritt (vergleiche §. 6.).

Ueber die Unterzeichnung und Anerkennung eines solchen bedingten Vergleichs gilt das im §. 4 Gesagte.

§. 6. Wenn ein Vergleich über den Streitgegenstand selbst nicht erzielt wird, so ist vom Vergleichsamte dahin zu wirken, daß die Parteien vereinbaren, den Streit durch das Vereinschiedsgericht entscheiden zu lassen. Diese Vereinbarung ist unter Benützung eines der vom Verein gestellten Formulare von den

*) Die auf Grund der Preussischen Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 eingesetzten Schiedsmänner sind verpflichtet, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche (mit Ausnahme derjenigen, deren Entscheidung den Auseinandersetzungsbehörden zusteht,) auf Antrag einen Vergleich schriftlich anzunehmen. Der Vortheil solcher vor einem Schiedsmanne geschlossenen Vergleiche liegt darin, daß dieselben öffentlichen Glauben besitzen und daraus die gerichtliche Zwangsvollstreckung zulässig ist. Die Verhandlungen und Ausfertigungen des nach dem Gesetz von 1879 eingesetzten Schiedsmannes sind kosten- und stempelfrei. Ausgenommen von der Stempelfreiheit sind die Verhandlungen:

1. über Rechtsgechäfte, welche an sich stempelsichtig sind und als ein Bestandtheil des Vergleichs in letzteren aufgenommen werden;
2. über Vergleiche, durch welche ein unter Parteien bisher nicht zu Stande gekommenes Rechtsgechäft anerkannt oder im Wesentlichen aufrecht erhalten wird.

Parteien und den Vergleichsmännern zu unterzeichnen, wie im §. 4 gesagt ist. *)

*) Die Vereinbarung, einen obwaltenden oder künftigen Rechtsstreit nicht durch die staatlichen Gerichte, sondern durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, nennt man Schiedsvertrag. Die Schiedsverträge können mit rechtlicher Wirkung über alle diejenigen Streitgegenstände geschlossen werden, worüber Parteien sich im Wege des Vergleichs einigen können. Ein Schiedsvertrag über künftige Rechtsstreitigkeiten hat nur dann rechtliche Wirkung, wenn er sich auf ein bestimmtes Rechtsverhältniß und auf die aus demselben entspringenden Rechtsstreitigkeiten bezieht. Zur Erleichterung der Abschließung hat der Vorstand des Westfälischen Bauern-Vereins mehrere Entwürfe für derartige Verträge fertig stellen lassen. Den zum Abschlusse eines Schiedsvertrages bereiten Parteien ist der Inhalt dieser Entwürfe mitzutheilen und in Betreff des Passus dieser Entwürfe, wonach eine Aufhebung des erlassenen Schiedsspruchs nicht aus den unter Nr. 4 und 5 des §. 867 der Civilprozeßordnung aufgeführten Gründen, Folgendes zu erklären:

Der Schiedsspruch hat unter den Parteien die Wirkung des rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils, und kann nur in einigen im §. 867 der Civilprozeßordnung bezeichneten Fällen auf Aufhebung desselben beim ordentlichen Gerichte geklagt werden. Der in Nr. 4 des §. 867 angegebene Aufhebungsgrund betrifft den Fall, wenn einer Partei im schiedsgerichtlichen Verfahren das rechtliche Gehör nicht gewährt worden; Nr. 5 den, wenn der Schiedsspruch nicht mit Gründen versehen ist.

Auf diese beiden Aufhebungsgründe können Parteien rechtsgültig verzichten, und bezieht sich hierauf der entsprechende Satz der Schiedsvertragsentwürfe.

Durch die Ausschließung dieser Aufhebungsgründe soll nicht bewirkt werden, daß die Parteien vor Erlass des Schiedsspruchs nicht gehört werden, oder der Schiedsspruch ohne Gründe erlassen wird, vielmehr macht die für die Schiedsrichter vom Vorstande des Westfälischen Bauern-Vereins erlassene Instruktion diesen die Anhörung der Parteien und die Hinzufügung von Gründen zu dem Schiedsspruche zur strengen Pflicht. Wohl aber soll durch den Ausschluß dieser Aufhebungsgründe den Parteien der Anhalt für leichtfertige und chicanöse Berufungen auf etwa nicht genügend gewährtes Gehör oder angeblich mangelhafte Begründung des Urtheils genommen werden, denn sonst würde praktisch vielfach der Zweck des Schiedsgerichts, nämlich die Abwendung der mit der Anrufung der staatlichen Gerichtshöfe verbundenen Nachteile vereitelt.

§. 7. Kommt eine Einigung überhaupt nicht zu Stande, so hat das Vergleichsamt darüber eine kurze Notiz aufzunehmen.

§. 8. Nach Beendigung der Sache — sei es daß ein Vergleich zu Stande kommt oder nicht — sind alle entstandenen Verhandlungen dem Vorsitzenden der Schiedsgerichtskommission einzusenden.

b) Instruktion für das Verfahren der Schiedsgerichte.

§ 1. Wenn zwei Vereinsmitglieder oder ein Vereinsmitglied und ein Nichtmitglied darüber einig sind, daß ein zwischen ihnen obwaltender Rechtsstreit nicht durch die ordentlichen Staatsgerichte, sondern durch das Vereinschiedsgericht entschieden werden soll, so müssen sie zunächst einen schriftlichen Schiedsvertrag abschließen und zwar entweder dahin:

- a) daß Eine von den Parteien bestimmt bezeichnete Person das Schiedsgericht bilden solle, oder
- b) daß das Schiedsgericht aus Drei Richtern bestehen soll, von welchen jede Partei einen Schiedsrichter und der Vorsitzende der Schiedsgerichtskommission des Westfälischen Bauern-Vereins den Vorsitzenden ernennt, oder
- c) daß das Schiedsgericht aus Drei Schiedsrichtern bestehen soll, welche sämtlich vom Vorsitzenden der Schiedsgerichtskommission des Westfälischen Bauern-Vereins ernannt werden.

In dem Schiedsvertrage ist der Gegenstand des Rechtsstreites klar zu bezeichnen; insbesondere ist in dem Vertrage möglichst wörtlich anzugeben, welche Entscheidung der Kläger, und welche Entscheidung der Beklagte verlangt. Auch ist in dem Schiedsvertrage dasjenige Amtsgericht zu bezeichnen, welches als zuständiges Gericht im Sinne des § 871 D.-P.-O. fungiren soll.

Der Schiedsvertrag ist dreifach anzufertigen, und jedes Exemplar von beiden Parteien zu unterzeichnen; jeder Partei ist ein Exemplar auszuhändigen, während das dritte Exemplar dem Schiedsgerichte verbleibt.

Formulare zum Abschluß des Schiedsvertrages sind bei den Vorstands- und Ausschussmitgliedern des Vereins zu erhalten, und

werden diese Herren den Parteien bei Abschluß des Schiedsvertrages behilflich sein.

§ 2. Der angerufene Vereinsvertreter sendet das dritte Exemplar des Schiedsvertrages dem Vorsitzenden der Schiedsgerichtscommission ein; dieser ernannt, insoweit solches nach § 1 erforderlich ist, die Schiedsrichter, ordnet die Uebernahme der Kosten auf die Vereinskasse an und sendet die Akten dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts — geeigneten Falls unter Beifügung rechtlicher Winke.

§ 3. Falls das Schiedsgericht nur aus einem Richter besteht, hat selbstverständlich dieser Richter allein alle Funktionen des Schiedsgerichts wahrzunehmen.

Falls aber das Schiedsgericht aus mehreren Richtern besteht, so bilden nur die sämtlichen Richter zusammen das Schiedsgericht. Es müssen deshalb die Beschlüsse und Urtheile stets von den sämtlichen vereinigten Richtern beraten und beschlossen, auch alle Vorladungen, Beschlüsse und Urtheile von sämtlichen Richtern unterschrieben werden.

Der Vorsitzende des Schiedsgerichts sorgt für den Betrieb des Rechtstretes; insbesondere setzt er die Termine an (die Vorladung muß aber von allen Richtern unterschrieben werden!) und leitet die Verhandlung im Termin; auch bewirkt der Vorsitzende die Anlegung und Aufbewahrung der Akten, sowie die Correspondenz mit den Organen des Westfälischen Bauern-Vereins.

§ 4. Das Schiedsgericht hat nun einen Termin zur Verhandlung der Sache anzuberaumen und zwar — falls die Vertiklichkeit in Betracht kommt, insbesondere bei Bau-, Grenz-, Servitut- oder Wasser-Streitigkeiten — an Ort und Stelle. Parteien sind zu diesem Termine so frühzeitig vorherzuladen, daß möglichst vier Tage zwischen Empfang der Ladung und dem Termin frei bleiben. In der Ladung ist den Parteien aufzugeben, daß sie im Termin alle zur Rechtfertigung ihrer Anträge dienenden Ausführungen vortragen und die Beweismittel, insbesondere Urkunden und Zeugen soweit möglich zum Termine mitbringen, event. sich dahin vorbereiten, daß sie im Termine die Zeugen bestimmt benennen und Anträge wegen Herbeischaffung der Urkunden stellen können.

Die Ladungen sind entweder kurzer Hand gegen Empfangsbescheinigungen oder durch Posteinschreibebrief oder durch Gerichtsvollzieher zuzustellen.

§ 5. In dem Termin sind die erschienenen Parteien mit der Sachdarstellung zu hören, d. h. es haben zunächst der Kläger und dann der Beklagte alles dasjenige vorzutragen, was sie zur Begründung der von ihnen gestellten Anträge (§ 1) vorzubringen haben; sodann sind die vorgelegten Urkunden zu prüfen und die erschienenen Zeugen und Sachverständigen ohne Vertheidigung über die Sache zu hören.

Wenn beide Parteien auf die Vertheidigung der Zeugen und Sachverständigen verzichten, und wenn das Schiedsgericht die ganze Sache für hinreichend klargestellt hält, so kann das Schiedsgericht schon im ersten Termine das Urtheil — den Schiedsspruch — fällen.

Wird das Urtheil im ersten Termine noch nicht gefällt, so ist über das Resultat dieser ersten Verhandlung, insbesondere über das Beweisresultat und über etwaige Auerkennnisse der Parteien eine kurze Notiz zu den Akten zu machen und von den Schiedsrichtern zu unterzeichnen. Auch ist über die streitige Dertlichkeit eine Handzeichnung zu den Akten zu nehmen.

§ 6. Falls die Parteien nicht beide auf die Vertheidigung der Zeugen und Sachverständigen verzichten, oder falls aus anderem Grunde weitere Ermittlungen erforderlich scheinen, hat das Schiedsgericht durch Beschluß die Beweiserhebung anzuordnen.

Das Schiedsgericht ist befugt, zu dem weiteren Termin einen Sachverständigen (ohne Stimmrecht!) zur Klarstellung rechtlicher oder technischer Fragen zuzuziehen, auch die Aufnahme von Nivellements, Vermessungen und Kartirungen anzuordnen, die Vorlegung von Urkunden, die eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu beschließen und von den Parteien Eide zu fordern.

Ueber alle diese Maßregeln ist der Beschluß schriftlich abzufassen und von sämtlichen Schiedsrichtern zu unterzeichnen.

§ 7. Zur zwangsweisen Vernehmung von Zeugen, zur Vertheidigung von Zeugen und Sachverständigen, zum direkten Einfordern amtlicher Akten und Dokumente von Staats-, Communal- und

anderen öffentlichen Behörden ist das Schiedsgericht nicht befugt. Hält aber das Schiedsgericht solche Maßregeln zur Klarstellung der Sache für erforderlich, so ist das in einem Beschlusse auszusprechen, dessen Ausführung alsdann durch die Vermittelung der staatlichen Gerichte erfolgt.

Zuständig ist für alle Verhandlungen mit dem Schiedsgericht dasjenige Amtsgericht, welches in dem Schiedsvertrage als solches bezeichnet worden ist.

Der Beweisbeschluß des Schiedsgerichts muß enthalten:

- a) Bezeichnung der Parteien nach Name und Wohnort;
- b) kurze Bezeichnung des Gegenstandes des Rechtsstreits;
- c) die bestimmte Bezeichnung der etwa zu vernehmenden Zeugen oder Sachverständigen und genaue Formulierung der Fragen, über welche die Vernehmung erfolgen soll;
- d) oder die genaue Angabe derjenigen Aktenstücke oder Dokumente, welche herbeigeschafft oder aus denen Feststellungen gemacht werden sollen, mit genauer Bezeichnung derjenigen Behörde, von welcher die Einforderung geschehen soll.

Auch ist diejenige Streitfrage zu formuliren, welche durch die vorbesprochenen Aktenstücke resp. Urkunden erwiesen werden soll, und ist zu beschließen, daß — falls die Herausgabe der Aktenstücke an das Schiedsgericht unzulässig sein sollte, z. B. bei Hypotheken- und Criminalakten — das angerufene Amtsgericht dasjenige festzustellen habe, was über die Beweisfrage in den besprochenen Akten enthalten ist.

- e) Falls das Schiedsgericht von einer der Parteien einen Eid erfordern will, so ist in dem Beschlusse der Wortlaut des Eides aufzunehmen.

Ueber die Wortfassung des Eides ist im folgenden Paragraphen das Erforderliche gesagt.

Dieser Beschluß (a. b. c. d. e.) ist dreifach anzufertigen, jedes Exemplar von sämtlichen Schiedsrichtern zu unterzeichnen und jeder der Parteien ein Exemplar zu behändigen.

Jede Partei ist berechtigt, die Erledigung dieses Beschlusses bei dem zuständigen Amtsgericht zu beantragen. Diesem Gericht

Falschender, Bauernvereine.

ist der Beischluß des Schiedsgerichts einzufenden und dabei kurz zu beantragen:

- a) das Amtsgericht wolle den Beweisbeischluß erledigen,
- b) das Amtsgericht wolle demnächst dem Antragsteller beglaubigte Abschrift der entstandenen Beweisverhandlung erteilen.

Die Partei hat dann diese beglaubigte Abschrift der Beweisverhandlungen dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts vorzulegen und weiteren Verhandlungstermin zu beantragen.

§ 8. Jede Partei hat das Recht zum Beweise für die von ihr behaupteten Thatfachen der anderen Partei einen Eid zuzuschieben; die andere Partei muß sich darüber erklären, ob sie den Eid entweder annehmen oder zurückschieben wolle. Gibt sie dem Schiedsgericht auf Befragen keine Erklärung ab, so gilt die unter Eideszuschiebung behauptete Thatfache als erwiesen. Nimmt sie den Eid zwar an, leistet ihn aber (vor dem Amts-Gericht) nicht ab, so gilt ebenfalls die behauptete Thatfache als erwiesen; schiebt sie den Eid zurück, so hat der Gegner den Eid anzunehmen und abzuleisten; weigert er die Annahme oder leistet er den Eid (vor dem Amtsgericht) nicht ab, so gilt das Gegentheil von der behaupteten Thatfache als erwiesen; leistet er aber den Eid, so gilt die behauptete Thatfache als erwiesen.

Wenn die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer Thatfache durch andere Beweismittel zwar nicht erwiesen aber doch wahrscheinlich gemacht ist, so kann das Schiedsgericht auch dann, wenn Seitens der Parteien ein Eid nicht zugeschoben worden ist, einer der Parteien einen Eid über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Thatfache auflegen, von dessen Verweigerung, Ableistung oder Nichtableistung die Feststellung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der behaupteten Thatfache nach denselben Grundsätzen abhängt, wie solche bezüglich der zugeschobenen Eide soeben dargelegt sind.

Wenn die schwurpflichtige Partei nach der Natur der Dinge über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der zu beschwörenden Thatfache mit Gewißheit unterrichtet sein kann, so ist der Eid folgendermaßen zu formuliren:

„Ich . . . (Vor- und Zuname) schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden:

Es ist wahr . . . (oder es ist nicht wahr), daß . . . (folgt der Gegenstand des Eides).

So wahr mir Gott helfe.“

Wenn aber die schwurpflichtige Partei über die zu beschwörenden Thatfachen sichtlich mit Gewißheit nicht unterrichtet sein kann (z. B. wegen Länge der Zeit oder weil sie nur durch Mittheilungen anderer Personen die Sache kennt), so ist der Eid folgendermaßen zu formuliren:

„Ich . . . (Vor- und Zuname) schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden nach sorgfältiger Prüfung, daß, soviel ich weiß und glaube, es wahr ist . . . (oder es nicht wahr ist), daß . . . (folgt der Gegenstand des Eides).

So wahr mir Gott helfe.“

§ 9. Wenn beide Parteien geschehener Vorladung ungeachtet in einem von dem Schiedsgerichte anberaumten Termine ausbleiben, so ruht das Streitverfahren bis auf einen neuen Antrag einer der Parteien. Wenn aber nur eine Partei in einem solchen Termine ausbleibt, so wird angenommen, daß die ausgebliebene Partei bei ihren früheren Erklärungen verbleibt, im Uebrigen alle Ausführungen des Gegners bestritten und die zugeschobenen Eide annimmt.

§ 10. Nach Erhebung des Beweises setzt das Schiedsgericht einen neuen Termin zur Verhandlung der Sache an und ladet zu demselben die Parteien. Machen die Parteien alsdann noch neue Ausführungen oder stellen sie neue Beweisangebote, so ist das Schiedsgericht befugt, neue Beweiserhebung zu beschließen.

Hält das Schiedsgericht die Sache für hinreichend klargestellt, so hat es das Urtheil (den Schiedsspruch) zu fällen.)*

*) Der Schiedsspruch darf nicht eher erlassen werden, als bis den Parteien das genügende rechtliche Gehör gewährt worden, d. h. demselben Gelegenheit gegeben ist, ihre Behauptungen und Beweismittel anzubringen und resp. auf die nach Ansicht des Schiedsgerichts erheblichen Behauptungen des Gegners sich zu erklären.

Die Gewährung des rechtlichen Gehörs ist vor Erlass des Schiedsspruchs möglichst durch schriftliches Anerkennung Seitens der Parteien selbst festzustellen.

Wenn das Schiedsgericht aus mehreren Richtern besteht, so entscheidet die einfache Mehrheit der Stimmen; der jüngste Richter stimmt zuerst, jedenfalls der Vorsitzende zuletzt.

Der niederzuschreibende Schiedsspruch muß enthalten:

- a) Die Bezeichnung der Parteien nach Stand, Vor- und Nachnamen und Wohnort;
- b) die Bezeichnung des Streitgegenstandes, so bestimmt, daß er auch in Zukunft erkennbar ist;
- c) die Entscheidungsgründe, d. h. eine kurze Darlegung des Sach- und Streitverhältnisses, des Resultates einer etwaigen Beweisaufnahme und der rechtlichen Gesichtspunkte, auf denen die Entscheidung beruht;
- d) die getroffene Entscheidung; falls es sich um Feststellungen in der Vertiktheit handelt (Grenz-, Bau-, Wasser-, Wege-Streit) empfiehlt es sich, der Entscheidung eine Karte beizufügen und in der Entscheidung auf diese Karte Bezug zu nehmen.

Auch darüber ist zu entscheiden, welche der Parteien die Kosten*) des Streitverfahrens ganz oder zu welchem Antheil zu tragen hat.

- e) Das Datum des Schiedsspruchs;
- f) die Unterschriften sämtlicher Schiedsrichter.

§ 11. Eine mündliche Verkündigung des Schiedsspruchs ist nicht erforderlich; geschieht sie doch, so hat das keinerlei rechtliche Wirkung.

Der Schiedsspruch ist für jede Partei auszufertigen, die Ausfertigungen sind von sämtlichen Schiedsrichtern zu unterschreiben und den Parteien zuzustellen; nur die Zustellung durch Gerichtsvollzieher hat rechtliche Wirkung. Zu diesem Zwecke haben sämtliche Schiedsrichter einen Auftrag an einen Gerichtsvollzieher zu unterschreiben, in welchem Auftrag gesagt ist, der Gerichtsvollzieher solle den beigelegten Schiedsspruch jeder (bestimmt zu bezeichnenden) Partei zustellen; dieser Auftrag ist mit der

*) Soweit solche nicht vom Westfälischen Bauern-Verein getragen werden.

Urschrift des Schiedspruchs an den Gerichtsvollzieher abzugeben; nachdem dann der Gerichtsvollzieher die Urschrift mit den Zustellungs-urkunden zurückgereicht hat, ist diese Urschrift mit der Zustellungs-urkunde dem zuständigen Amtsgericht zur Aufbewahrung zu übergeben. Diese Ueberendung geschieht durch das Schiedsgericht mit einem kurzen Begleitschreiben und zwar am besten mittelst Einschreibebriefes.

§ 12. Das Schiedsgericht hat für jede Streitsache besondere Akten anzulegen, in welchen die einzelnen eingehenden Schriftstücke und Beschlüsse zusammenzufassen sind; auch ist eine Abschrift des Schiedspruchs zu den Akten zu nehmen.

Mit der Abgabe des Schiedspruchs und der Zustellungs-urkunden (vergleiche den vorigen Paragraphen) an das Amtsgericht ist die Thätigkeit des Schiedsgerichts beendigt. Es ist deshalb der Tag, an welchem die Abendung des Schiedspruchs an das Amtsgericht erfolgt ist, in die Akten — und zwar am besten auf die darin befindliche Abschrift des Schiedspruchs — zu notiren. Die Akten sind dann dem Vorsitzenden der Schiedsgerichtscommission einzufügen, und ist eine Berechnung der entstandenen Kosten beizufügen.

Zur Verbreitung einer gesunden Bildung unterstützt der Verein eine Reihe landwirthschaftlicher **Winterschulen**, welche den aus der Elementarschule entlassenen Knaben eine einfache, aber gediegene Unterweisung in den Elementen der Land- und Volkswirthschaft, Buchführung u. s. w. vermitteln. Ebenso ist mit Mai d. J. eine **Haushaltungsschule** in's Leben getreten, welche den heranwachsenden Bauernmädchen eine einfache und gediegene Ausbildung in allen für eine Hausfrau auf dem Lande wichtigen Gegenständen, wie Kochen, Nähen, Krankenpflege, Wollereivwesen u. s. w. bietet und die Bauerntöchter vor der Verbildung und Entfremdung des Berufes bewahrt, wie sie durch die Pensionatsbildung vielfach herbeigeführt wird. Auch besitzt der Verein ein eigenes **Vereins-**

organ (den „Westfälischen Bauer“), welches monatlich in Stärke von 16—24—32 Oktavseiten erscheint und agrarpolitische Abhandlungen, Artikel über Technik des landwirthschaftlichen Betriebes, eine landwirthschaftliche Rundschau, einen Fragekasten u. s. w. enthält. In allen möglichen Fragen von allgemeinem Interesse können sich die Mitglieder von der Redaktion des „Westfälischen Bauer“ Auskunft erbitten und erhalten durch den Fragekasten des Vereinsorgans unentgeltlichen Aufschluß. In besonderen Angelegenheiten wenden sich die Mitglieder an das Vereinsbureau resp. den Vereinsvorstand, welcher Gutachten von Sachverständigen herbeiführt. Auch hat der Verein die Herausgabe von verschiedenen volksthümlichen Schriften veranlaßt, welche die Mitglieder zu ermäßigten Preisen erhalten, aber auch Nichtmitgliedern zu empfehlen sind. Solche sind: Amtsrichter Roeren, Praktischer Handweiser über alle Gesetze und Verwaltungseinrichtungen, welche für den Landwirth hauptsächlich von Interesse sind; Rechtsanwalt Schulz, Der Viehhandel im Gebiete des preussischen Landrechts; Dr. Faßbender, Die Rettung des Bauernstandes aus den Händen der Wucherer, soweit solche durch Landschaften und ländliche Spar- und Darlehnskassen möglich ist; Beilmann, Anhaltspunkte zur Werthschätzung des Bodens; über Landgüterordnung; kurze Anleitung zur landwirthschaftlichen Buchführung, und andere. Endlich bieten die in verschiedenen Theilen des Vereinsbezirks im Laufe des Jahres abgehaltenen Versammlungen, wie auch die allgemeinen Generalversammlungen und Ausschüßsitzungen mancherlei Anregung und Belehrung.

Nicht unerwähnt wollen wir endlich lassen, daß der Bauernverein behufs Beseitigung des sog. Viehwuchers in Wort und That auf eine Umgestaltung des Viehhandels hinarbeitet. Ein besonderer Uebelstand bei dem Viehhandel ist, wie wir bereits in unserer oben citirten Abhandlung über „den Wucher in Westfalen“ dargelegt haben, daß es dem Landwirth, wenn er Vieh verkauft, meistens an einem sicheren Maßstab für seine Preisforderung fehlt, weil Viehwagen leider nicht in dem Umfange bis jetzt vorhanden sind, wie es im Interesse der Landwirths wünschenswerth erscheint und bei dem Handeln nach Schätzung der gewandte Handelsmann gegenüber dem weniger gewandten Bauer im Vortheil ist. Manche Schädigungen erfahren die Landwirths sodann dadurch, daß die Viehhändler über den Abholungstermin hinaus das gekaufte Thier bei dem Bauer stehen lassen, ohne letzterem eine Entschädigung für Futtergeld zu geben. Allerdings könnte der Bauer ja dieserhalb den Rechtsweg beschreiten, aber meistens ist er nicht ganz sicher, ob er das Vieh nun wieder als sein eigen behalten darf, und in dieser Ungewißheit verkneift sich der Bauer lieber den Schaden, der durch die längere Fütterung entstanden. Anlaß zu manchen keineswegs unbedeutenden finanziellen Verlusten, nicht selten sogar zu kostspieligen Prozessen gibt endlich der Umstand, daß der Bauer in den seltensten Fällen sich ausdrücklich beim Verkaufe des Viehes ausbedingt, daß er für etwaige ihm unbekannte Fehler nicht hafte. Es verkauft z. B. ein Landwirth ein Stück Vieh, was er für ganz gesund hält. Das Vieh geht schnell in dritte und vierte Hand und wenige Wochen später nach

dem ersten Verkauf wird das Vieh krank und stirbt. Die Untersuchung ergibt, daß das Thier schon seit einiger Zeit den Keim der Krankheit in sich getragen. Der letzte Eigenthümer verlangt nun Schadenersatz von seinem Verkäufer, dieser von seinem Vormann und so kommt die Ersatzpflicht auf den ersten Verkäufer zurück. Wird die Sache nicht gütlich ausgeglichen, sondern durch mehrere Prozesse erzwungen, so kann, wenn die Kuh für 200 *M* verkauft ist, der erste Verkäufer schließlich für Prozeßkosten, Futterkosten, Arztkosten u. leicht 1000 *M* zu zahlen haben. Es ist klar, wie schwierig es ist, bei der kolossalen Ausdehnung des jetzigen Zwischenhandels, wo der Umschlag des Viehes innerhalb einer ganzen Reihe von Zwischenmännern sich in kurzer Zeit vollzieht, etwaige Krankheitsangaben zu konstatiren, und wie der Presserei reiche Gelegenheit geboten ist, gegenüber einem ängstlichen und geschäftlich ungewandten Bauern mit fingirten Krankheitsfällen aufzutreten, um nachträglich Nachlaß an der Kaufsumme zu erzwingen.

Der Bauernverein wirkt erstens mit allen Kräften auf Anwendung und Verbreitung der Viehwage hin. Um sodann seine Mitglieder vor den weitläufigen und kostspieligen Prozessen zu bewahren, die sich vielfach an die Viehverkäufe anschließen, hat der Verein besondere Büchlein drucken lassen zur Eintragung der Kaufabschlüsse, um den Beweis für die Kaufbedingungen zu sichern. Es werden darin als besondere Kaufbedingungen vereinbart, deren Unterlassung erfahrungsmäßig sehr häufig den Anlaß zu unangenehmen Weiterungen für den Landwirth bietet, folgende:

a) Verkäufer haftet nicht für die ihm beim Verkaufe unbekannten etwaigen Fehler des Viehes;

b) Verkäufer haftet nicht für irgend welche besonderen Eigenschaften des Viehes, insbesondere nicht für das Trächtigkeit der Kühe und Stuten;

c) Verzögert der Käufer die Abnahme des Viehes über den vereinbarten Abnahmetermin hinaus, so ist der Verkäufer an das Kaufgeschäft nicht mehr gebunden, wohl aber berechtigt Schadenersatz zu verlangen.

Die Büchlein sind gegen eine geringe Vergütung vom Bureau des Westf. Bauernvereins für den praktischen Gebrauch zu beziehen. Man vergleiche über die Einrichtung derselben „Westf. Bauer“ Jahrgang 1885, Seite 154 ff.

Die Mitgliederzahl des Westfäl. Bauernvereins betrug Ende 1887 rund 20 000 Mitglieder, das Vereinsvermögen 137 194 *M.* Die Mitglieder haben gemäß § 7 der Statuten jährlich eine Mark Beitrag zu zahlen, wofür sie nicht nur das Vereinsorgan erhalten (dessen Abonnementspreis für Nichtmitglieder 3 Mark jährlich beträgt), sondern können sich auch an allen Einrichtungen des Vereins betheiligen, wodurch finanziell für sie so viele Vortheile sich ergeben, daß dadurch der Mitgliederbeitrag mehrfach aufgewogen wird.

Vorsitzender des Vereins ist seit der Gründung bis heute Dr. Freiherr von Schorlemer-Mst, der mit vieler Umsicht die Geschäfte des Vereins leitende Stellvertreter des Vorsitzenden Oekonomierath Winkelman-Röbbing; als weitere Stellvertreter sind gewählt: Landtagsabgeordneter Eikenscheidt-Weithe und Freiherr von der Neef-Obernfeld.

Es erübrigt uns noch einen Blick auf das Leben des hochverdienten Vereins-Gründers zu werfen. Burghardt Freiherr von Schorlemer-Alst ist geboren am 21. October 1825 zu Schloß Herringhausen bei Lippstadt, als jüngster Sohn des Wirklichen Geheimen Regierungsrathes Friedrich Wilhelm Freiherr von Schorlemer und Louise geb. Reichsfreiin von Cloudt zu Lauersforth. Nachdem er seine Ausbildung für die militärische Laufbahn im kgl. sächsischen Cadettenkorps zu Dresden vollendet, wurde er Offizier im 8. Ulanenregiment und stand in Trier, Düsseldorf und Bonn in Garnison. Den Aufstand im Jahre 1848 bekämpfte er unter dem Kommando des hochseligen Kaisers, damaligen Prinzen Wilhelm und erhielt persönlich von diesem als junger Offizier den rothen Adlerorden 4. Klasse für einen schweren und lebensgefährlichen Recognoscirungsritt mitten durch den Feind.

Im Jahre 1852 vermählte er sich mit Anna geb. Reichsfreiin von Zmben, verwittweten Gräfin Droste zu Vischering, quittirte den Militärdienst und widmete sich nach Erwerbung des Rittergutes Alst im Kreise Burgsteinfurt — neunundzwanzig Jahre alt — der praktischen Landwirthschaft und dem socialen Vereinsleben. Er wurde in der Folge als Kreisdeputirter, Direktor des landwirthschaftl. Kreisvereins Burgsteinfurt, Vorsitzender des Hauptvereins Münster, Ehrendirektor des landw. Provinzialvereins, sowie als Abgeordneter für den Wahlkreis Alhaus-Burgsteinfurt gewählt und vertrat in der schweren Zeit des Culturfampfes im Abgeordnetenhaus und Reichstage die religiöse und politische Freiheit mit einer

Offenheit und einem Heroismus, daß auch die Gegner seines politischen Standpunktes ihm ihre Hochachtung niemals versagen konnten und versagt haben. Gegenwärtig ist er seit Einführung der neuen Provinzialordnung Mitglied des Provinzialausschusses für die Provinz Westfalen. Er ist weiter Ehrendoktor der Universität Löwen, Mitglied des Staatsrathes, Inhaber des Kronenordens II. Klasse, Commandeur des päpstlichen St. Gregorius-Ordens und päpstlicher Kammerherr.

Wie wollen uns nicht versagen, nachstehend ein Gedicht zum Abdruck zu bringen, welches der Schriftsteller Heinrich Reiter aus Münster zum 60. Geburtstage des Präsidenten des Westf. Bauernvereins (am 21. October 1885) verfaßt hat und welches in ernst-launiger Weise verschiedene Lebens- und Charakterzüge des verehrten Bauernkönigs, — wie man in weiten Kreisen Freiherrn von Schorlemer-Alst genannt hat — zur Darstellung bringt:

(Met.: Prinz Eugen der edle Ritter.)

Viele Jahre sind vergangen,
 Seit mit kerngesunden Wangen
 Trat ein Knäblein in die Welt.
 In der Wiege schrie er mächtig,
 Und manch' Base sprach bedächtig:
 „Das wird noch ein großer Held.“

Hoch und kräftig aufgewachsen,
 Ist als echter Sproß der Sachsen
 Er noch heute anzuschau'n.
 Von dem Scheitel zu den Sohlen,
 Unser Stolz sagt's unverhohlen,
 Ist er ein Westfalensohn.

Einst in Baden trieb vor Jahren
 Insurgenten er zu Paaren
 Als ein schneid'ger Reitersmann;
 Schneidig ist er stets geblieben,
 Mancher stimmt von seinen Sieben
 Heut' ein traurig Lied noch an.

Gegen Jene kämpft er heute,
 Die als hochwillkomm'ne Beute
 Unfre Bauern sehen an.
 Wichtig trifft mit That und Worten
 Er die Räuber hier und dorten
 Und er schlägt sie in die Flucht.

Mögen sie mit krummen Näsen
 Auf des Bauern Weide grasen
 Und ihn langsam schlachten ab,
 Oder auch als Wucherchristen
 Ein auf seinem Hof sich nisten —
 Unerbittlich trifft sein Schwert.

Und sein Wort, — wie Donner dröhnt es,
 Durch die deutschen Gaue tönt es,
 Echo wekend überall;
 Wo es gilt dem Ganzen nützen
 Und das Recht, die Schwachen schützen
 Ist er Damm und fester Wall.

Wo es gilt den Bauer heben
 Und für sein Gedeihen streben,
 Da steht an der Spitze er;
 Mögen heut' wir unterliegen —
 Endlich werden wir doch siegen
 Wenn ein solcher Held uns führt.

Nun er kämpft schon viele Jahre —
 Auf mit jubelnder Fanfare
 Laßt uns alle feiern ihn;

Laßt uns huld'gen unterthänig
Ihm, Westfalens Bauernkönig —
Herr von Aft — Er lebe hoch.

Man hat dem Bauernverein einen Vorwurf daraus gemacht, daß er einen Adeligen an seiner Spitze habe, der die Bauern ja nur den Zwecken des Adels mit Hintersetzung der Freiheit des Bauernstandes dienstbar machen wolle. Freiherr von Schorlemer ist indessen nicht allein Gründer des Bauernvereins, sondern auch statutenmäßig freigewählter Vorsitzender desselben und jeder, der unsere Bauern kennt, muß die Ueberzeugung haben, daß, würde Freiherr von Schorlemer nicht das Vertrauen voll und ganz verdienen, welches man ihm entgegenbringt, er es nicht besitzen würde. Und zum anderen: Würde der Bauernverein unter Leitung eines Bürgerlichen vielleicht mehr habe leisten können zum Wohle des Bauernstandes, als er geleistet hat? Und wo liegt denn die Gefährdung der Freiheit des Bauernstandes? Die Einrichtungen des Bauernvereins dienen, wie jeder leicht sehen muß, den Interessen des mittleren und kleineren Bauernstandes in viel höherem Maße, wie denen des größeren Grundbesitzers. Ist es endlich vernünftig, jemanden von der Leitung eines Vereins zur Vertretung landwirthschaftlicher Interessen auszuschließen, wenn er auch alle Eigenschaften eines Vorsitzenden in höchstem Maße in sich vereint, nur deshalb, weil er ein Adeltiger ist? Das aber scheinen gewisse Kreise mit ihren Hekereien über den Gegensatz zwischen Adel und Bürgerthum nur zu bezwecken, indem sie nicht bedenken, daß nach unserer heutigen wirthschaftlichen Entwicklung die Interessen der Großgrundbesitzer und

der Bauern solidarische sind. Es ist daher erfreulich, daß sich der Bauernstand von solcher Einseitigkeit frei gehalten hat und mit Recht sagen die Bauern: wir wählen niemanden als Vorsitzenden, weil er ein Adeligter ist, sondern für unsere Wahl sind nur die persönlichen Eigenschaften maßgebend; wer die richtigen Eigenschaften eines Vorsitzenden besitzt, wird aber gewählt ohne Rücksicht, ob er Bürgerlicher oder Adeligter sein mag. Alle Eigenschaften, die der Westfale indessen als Ideal seines Charakters hochhält: die Geradheit, Biederkeit und Festigkeit sind ein glänzendes, weithin strahlendes Diadem des Schorlemer'schen Charakters. Seine unermüdlische Arbeitskraft und seine unerschütterliche Berufstreue sagen jedem, der mit ihm in Verkehr zu treten das Glück hat, welche Auffassung er von diesem Leben theilt, daß dasselbe nur als eine Vorbereitungszeit für ein besseres und schöneres Jenseits zu betrachten ist, und die Zeit gut benutzt sein will: „Den Preis des Weltlaufs zu gewinnen, darfst du nicht stehen und dich besinnen.“ Das ganze Wirken dieses Mannes ist eine harte Strafpredigt für den herz- und gemüthlosen Egoismus unserer Tage, denn in seiner gesammten Thätigkeit sehen wir eine lebendige Erfüllung des christlichen Gebotes: „Du sollst deinen Nächsten lieben, wie dich selbst!“ Weil er erfüllt ist von der wahren, in der Gottesliebe wurzelnden Nächstenliebe, und von der richtigen, in der Nächstenliebe sich bethätigenden Gottesliebe und weil er mit scharfem Blick und warmem Herzen die Worte des Heilandes erfasst: „alles, was Ihr einem der Geringsten meiner Brüder gethan habt, das habt ihr mir gethan,“ darin und nur darin allein können

wir eine Erklärung für seine aufopfernde Thätigkeit im Interesse der Schwachen und Bedrängten, des armen Arbeiters und des kleinen Bauersmannes finden. Wir wünschen daher recht herzlich, daß der Westfälische Bauernverein diesen Mann, den er als seinen Begründer verehrt, noch recht lange als Führer an seiner Spitze behalten und unter seiner bewährten Leitung noch manchen Sieg zum Heile des Bauernstandes erfechten möge! —

Als weitere Bauernvereine, welche nach dem Muster des Westfälischen und mit wesentlich denselben Zielen, wie dieser in's Leben gerufen sind, haben wir in Erfahrung gebracht und sind zu nennen:

2. Der rheinische Bauernverein,

wurde am 8. Nov. 1882 zu Kempen am Rhein gegründet.

Seine Entstehung ist das Ergebnis wiederholter eingehender Verathung gewesen, gegründet auf die Erkenntnis der heutigen Nothlage des Landwirthschaft und des Grundbesitzes; die Macht der Verhältnisse hat sein Inslebentreten beschleunigt.

Mit dem Sinken der Fruchtpreise und dem Aufhören der Rentabilität des Flachsbaues trat am Niederrhein Ende der 70er Jahre die Viehzucht immer mehr in den Vordergrund des landwirthschaftlichen Betriebes, weil darin die einzige Quelle erkannt wurde, aus der bei den hohen Anforderungen an Steuern und Gesindelöhnen, sowie an Zinsen und Pächten, der Landwirth seine Mittel zur Deckung der Verpflichtungen aufzubringen im Stande war. Während früher in einer Deconomie von etwa

50 Morgen 6—8 Milchkühe gehalten wurden, steigerte man für eine solche Wirthschaft die Stückzahl auf 10 bis 12 ja 15 Köpfe. Die Folge davon war, daß die Preise des Fettviehs, die sich bisher hoch gehalten hatten, bei der bedeutenden Mehrproduktion — (man pflegte trüchtige oder frischmeltige Kühe einzukaufen und sie nach dem Abmelken, etwa 7 Monate später fett zu verkaufen) — immer mehr, den Getreidepreisen entsprechend, sanken und damit auch selbstredend die Rentabilität der Viehhaltung nachließ. Während bis Mitte der 70er Jahre das Angebot von fettem Vieh die Nachfrage nicht erreichte, trat das umgekehrte Verhältniß allmählich, namentlich aber seit dem Beginne der 80er Jahre ein. Es verlohnte sich sogar am Niederrhein der Viehexport, während früher von Auswärts dem Bedürfnisse an Fettvieh Deckung verschafft wurde. In Folge des stärkeren Verkaufs an Magervieh entwickelte sich allmählich in stets zunehmender Progression ein Zwischenhandel, welcher erst durch Absperrung der holländischen Grenze gegen die Einfuhr des Magerviehs künstlich gehoben wurde. Der ganze Umsatz von Fettvieh ging in die Hände der Zwischenhändler über, die das Magervieh nach dem Niederrhein lieferten; 80 Prozent der Umsätze waren Tauschgeschäfte. Eine eigenthümliche Erscheinung war die bedeutende Vermehrung der Geltendmachung sogen. rückgängiger Fehler beim Schlachtvieh, seitdem der Zwischenhandel (namentlich des Zudenthums) an Umfang zugenommen. Das rhein. Civilrecht räumt dem Käufer eines Thieres, welches an einem verborgenen Mangel leidet, bis 6 Wochen nach der Ueberlieferung die Klage auf Rückgängigmachung des

Geschäfts oder Preisminderung ein. Die geringsten vorbehaltenen, nach dem Schlachten beim Fettevieh erst entdeckten Fehler wurden nun dazu benutzt, von den verkauften Landwirthen besondere Vortheile einzustreichen: dieselbe Manipulation, die wir bereits in der Abhandlung über den westfälischen Bauernverein dargelegt haben. Namentlich wenn die Thiere nach auswärts verkauft waren, wurde durch Drohung mit Klagen manchem Verkäufer von dem ohnehin geringen Verdienst noch Etwas abgezogen, indem der letztere häufig eine geringere Zahlung der Reise zum Schlachtort zur Vergewisserung über das Vorhandensein und über die Größe des Fehlers vorzog. Nachdem aber vielfach die höchst chicanöse, in frühern Jahren kaum gekannte Geldendmachung rückgängiger Fehler bei Schlachtvieh so häufig in Betrug ausartete, that sich eine Anzahl Landwirthe der Kreise Kempen und Geldern zusammen, um die Verabredung zu treffen, daß Schlachtvieh von ihnen nur unter Ausschluß der Garantie verkauft werden sollte. Diese zu Kempen getroffene Vereinbarung hatte die Coalition einer Anzahl von Händlern zur Folge, welche unter sich verabredeten, nicht mit Ausschluß der Garantie zu kaufen. Während die Landwirthe mit bedeutendem Viehbestande an der Verabredung festhielten und dennoch auf die Dauer ihr Fettevieh eben so gut verkauften wie die kleineren Bauern, wurden viele der letzteren von den Händlern und zum Theil auch von direct einkaufenden Metzgern in Angst versetzt, daß sie ihr Fettevieh nicht los werden würden. Es fanden deshalb mehrere Versammlungen der Landwirthe statt, um geeigneten Falles einen Mittelweg ein-

Fassbender, Bauernverein.

zuschlagen, gemäß welchem der Regreß bei Verkauf von Schlachtvieh bestehen bleiben, die Hikanöse und namentlich aber die betrügerische Ausbeutung geringer redhibitorischer Fehler unmöglich gemacht werden sollte. Die Versammlungen der Landwirthe hatten eine gewaltige Abnahme der Fälle versuchter Uebervorthellung bei Geltendmachung redhibitorischer Fehler zur Folge, zumal in den Versammlungen Belehrungen in rechtlicher Beziehung und Verhaltensmaßregeln gegeben wurden. Das führte zu dem Gedanken, auch in anderen Punkten gemeinschaftlich einzelnen Fragen von weitgehender Bedeutung gegenüber Stellung zu nehmen. Namentlich war die Unzufriedenheit der Landwirthe über die Sperrung der holländischen Grenze gegen Einfuhr von Magervieh ebenso wie die Steuerfrage Anlaß zu weiteren gemeinschaftlichen Schritten. Die schon mehrfach gegebene Anregung einen dem westfälischen Bauernverein ähnlichen Verein zur besseren Vertretung der volkswirthschaftlichen Interessen des Bauernstandes auch für den Niederrhein zu gründen fand daher bald, besonders auch in den beiden Vorversammlungen am 21. Juni 1882 in Kempen und 4. Sept. desselben Jahres zu Düsseldorf sehr großen Anhang.

Hierbei war es natürlich, daß sich die Blicke der Landwirthe der Provinz auf einen ihnen bereits aus früherer Thätigkeit rühmlichst bekannten, und auch jetzt wieder vor allen Andern kräftigst eingreifenden Mann wandten und denselben zum Vorsitzenden des Vereins erkoren. Dieser, Felix Freiherr von Loe-Repporten wies denn auch nach der Gründung des Vereins in zündender und treffender Rede darauf hin, daß zwar Andere von

schönen Worten strotzende Programme hinausendeten, Worte jedoch nicht des „Bauern“ Sache seien. Der Rhein. Bauern-Verein verzichte deshalb auch darauf, viele Worte zu machen; was er wolle, sei: in ruhiger, zielbewußter Arbeit, offen und wahr, aber auch frei und unabhängig, im Sinne der Ziele, die er sich gestellt habe, nämlich dem Bauernstande, wozu Alle, groß und klein gehören, die Stellung wieder zu gewinnen, die derselbe verloren, die ihm aber in der Gesellschaft und im Staate gebühre. Der Verein wolle keines anderen Standes Rechte und Interessen kreuzen; was Andern naturgemäß gebühre, solle ihnen werden, dem Bauernstande aber auch, damit Alles in eine harmonische Ordnung sich einfüge und dem „Kriege Aller gegen Alle“ ein Ende gemacht werde. Auf den Boden des Christenthums sei der Verein gestellt, vom christlichen Geiste solle sein Handeln geleitet sein. Als jüngster wolle er sich bescheiden an die Seite seiner älteren Brüder stellen, aus ihrem Beispiele und ihren Erfahrungen Nutzen ziehen, neben ihnen dieselben großen Ziele verfolgen; aber in dem Rheinland und für dasselbe gegründet, wolle er es thun im Anschluß an die Sitte und die Verhältnisse der lieben rheinischen Heimath, für das Wohl und die Erhaltung der rheinischen Bauern. — Die Familie müsse wieder der Unterboden des Bauernstandes werden; das christliche Familienleben müsse jedes einzelne Mitglied des Bauernstandes voll und ganz durchbringen. Der berühmte Schilderer deutscher Cultur, Prof. Niehl, sagte, wenn die Männer schon verdorben sind, dann halten die Frauen noch fest. Das sei wahr und gut, das müsse

den Frauen gesagt werden. Schützen und erneuern müßten wir den Bauernstand in jeglicher Beziehung, dann werde derselbe wieder groß und stark werden, dann werde man wieder mit Stolz sich Bauer nennen. So der Herr Redner und seitherige Leiter des Vereins unter allgemeinem Beifallsturm in der von 800 Männern von Nah und Fern besuchten constituirenden Versammlung und der Erfolg war: nahe an 3000 Beitrittserklärungen, welche vor Ablauf des Jahres 1882 sich schon auf mehr als 5000 vermehrten und sich fortwährend überraschend schnell vermehrten, so daß Ende 1883 = 12 757, 1884 = 18 172, 1885 = 22 687, 1886 = 24 890, 1887 = 28 500 Mitglieder dem Verein sich angeschlossen, deren Zahl bis April 1888 über 29 000 betrug.

Bezüglich der Bestrebungen des Vereins folgendes: Zunächst suchte man eine Verminderung der dem Grundbesitz obliegenden Lasten zu erstreben, durch eine offene Darlegung derselben, Beantragung geeigneter Enquêtes sowie durch Petitionen und richtete der Vorstand des Vereins bereits am 27. Febr. 1883 eine Petition an das Herren- und Abgeordnetenhaus, um Ueberweisung der Grundsteuer an die Gemeinde, worin die traurige Lage des Rhein. Bauernstandes gegenüber dem Manchesterthum und dem Kapitalismus mit gleichzeitigem Hinweis auf die der Landwirthschaft durch die unbeschränkte Freizügigkeit und schrankenlose Gewerbefreiheit erwachsenden Nachtheile geschildert und die Ueberbürdung des Grundbesitzes nachgewiesen wurde, belegt mit vergleichenden Berechnungen über die Rentabilität und Steuerlast des

ländlichen Grundbesitzes unter mittleren Verhältnissen in verschiedenen Kreisen der Rheinprovinz, sowie über das Beitragsverhältniß der bäuerlichen Bevölkerung zu den Staats- und Gemeindesteuern im Vergleich zu anderen Berufsclassen. Wiederholt und zuletzt noch im Jahre 1887 wurde diese Petition erneuert. Ob nun einfache Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern an die Gemeinden erfolgen oder solche nur den allein berechtigten Grundbesitzern zu Gute kommen wird, ist abzuwarten. Jedenfalls ist aber eine Steuerreform ein unabweisbares Bedürfniß.

Bei der bedängten Lage der Landwirthschaft ist es selbstverständlich, daß die Creditfrage und das Grundschuldwesen ganz besonders vom Vereine ins Auge gefaßt wurden. Schon in der Vorstandssitzung vom 27. Febr. 1883 fand hierüber eine eingehende Besprechung statt und folgender Beschluß einstimmige Annahme:

„Das Personal-Creditbedürfniß ist zu befriedigen durch Errichtung lokaler Creditinstitute, wie solche bereits an manchen Orten mit guter Wirkung bestehen. Insbesondere sind die Raiffeisen'schen Spar- und Darlehnskassenvereine für die bäuerlichen Verhältnisse dringend zu empfehlen, indem sie nicht allein den bäuerlichen Kleinwirth den Beschaffung der nöthigen Kapitalien vermitteln und dieselben vor wucherischer Ausbeutung schützen, sondern auch durch Förderung der Sparbarkeit und Moralität, wie durch Belebung der genossenschaftlichen Thätigkeit, auf die Hebung des Bauernstandes mit Erfolg hinwirken.“

Bezüglich des Realcredits wurde am 26. Sept. desselben Jahres folgender Beschluß gefaßt:

„Es ist der Theorie nach unfeugbar, daß der richtige Werthmesser für den Grundbesitz die aus demselben erzielte Rente ist und daß daher bei Rechtsgechäften, welche sich auf den Grundbesitz beziehen, seine Werthbestimmung nur in der Rente und nicht in einer

auf schwankendem Zinsfuß basirenden Capitalisirung eines Jahresertrages ihren Ausdruck finden kann! Daraus folgt, daß eine Grundschuld nicht die Verpfändung des Grundbesitzes, sondern nur der Grundrente herbeiführen darf. Es liegt auf der Hand, daß die allgemeine Anerkennung und Handhabung dieses Prinzips die durchgreifendste Verbesserung in den Creditverhältnissen des ländlichen Grundbesitzes und in der ganzen wirtschaftlichen Situation des ländlichen Besitzes herbeiführen würde. Darum wird die Etablierung des Rentenprinzips als ein mit Eifer zu erstrebendes Ziel des Rhein. Bauern-Vereins hinzustellen sein. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß abgesehen von der nicht gering anzuschlagenden Schwierigkeit der Umwandlung der Kapitalschuld in Rentenschuld, schon mit Rücksicht auf die zur Zeit noch in hohem Maße vorhandene Abhängigkeit des Landbesitzes vom Kapital und auf die den Lehren der Manchester Schule entstammenden Anschauungen mancher maßgebenden Kreise vorderhand an eine derartig einschneidende legislative Änderung in dem Einflusse des Kapitals auf den ländlichen Credit noch nicht zu denken ist. Für jetzt werden daher andere Mittel aufzusuchen sein, die geeignet sind, der Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes abzuwehren. Es würde sich am ehesten die Bildung eines genossenschaftlichen Creditvereins für die Rheinprovinz empfehlen, wenn nicht die anerkannte große Unsicherheit der für die Bedürfnisse des Realcredits ganz ungenügenden rhein. Hypothekenordnung in diesem Augenblicke noch der Verwirklichung eines solchen Projectes im Wege stünde. Sobald jedoch die vom Justizminister gelegentlich der letzten Landtagsverhandlungen schon für die nächste Zeit zugesagte wenigstens theilweise Aenderung des rhein. Hypothekenwesens erfolgt sein wird, kann für den Bauernverein der Anlaß gegeben sein, die Errichtung eines provinziellen Credit-Instituts gedachter Art in Anregung zu bringen. Bis dahin aber wird nur übrig bleiben, die Mitglieder des Vereins auf die Benützung der Provinzialhilfskasse hinzuweisen, welche nach ihrem jüngst verbesserten Statute für die Erhaltung des Grundbesitzes in der Familie ländlichen Besitzern unklindbare Darlehn mit Amortisationsbefugniß gewährt. Ferner wird von Seiten des Vereins darauf hinzuwirken sein, daß der Zinsfuß für diese Darlehn von $4\frac{1}{4}\%$ zunächst auf

4%, später aber, wenn thunlich, noch weiter herabgesetzt und daß der Betriebsfonds der Kasse aus provinziellen oder aus staatlichen Fonds um ein Erhebliches verstärkt werde, damit den Grundbesitzern eine rege Zuanpruchnahme dieser Einrichtung in höherem Maße als bisher ermöglicht werde. — Im Uebrigen darf der Bauern-Verein nicht unterlassen, unablässig auf die Beseitigung der einer günstigen Entwicklung unseres Creditwesens entgegenstehenden Hemmnisse und zwar in erster Linie auf die gründliche Reform des rhein. Hypothekensystems hinzuwirken.“

Eine ausführliche Darlegung der in Vorstehendem gegebenen Gesichtspunkte wurde zudem in mehreren größeren Aufsätzen gegeben, in welchen nicht allein das rheinische Hypothekenswesen, sondern auch die Belastung des Grundbesitzes, wie auch ferner die Errichtung eines Grundcredit-Instituts in der Rheinprovinz an Stelle der Provinzial-Hülfskasse, Zinsherabsetzung und Erhebungen über Grundverschuldung in eingehendster Weise behandelt wurden, dann auch namentlich die Grundschuld selbst in der General-Versammlung vom 26. Nov. 1885 von dem in der Agrarfrage als Autorität geltenden Dr. C. Jäger in längerer Rede klargelegt wurde. Diese sämtlichen Ausführungen sind äußerst interessant und lezenswerth. Insoweit es möglich, nahm der Verein in dieser äußerst wichtigen Frage Stellung und ließ es nicht an Belehrung mangeln bezüglich der Errichtung von Spar- und Darlehnskassen, Anleitung zu deren Gründung, deren Nutzen, Ort der Errichtung, deren Verhalten gegenüber den Behörden, Resultate neu eingerichteter Kassen u. s. w. zugleich anknüpfend Aufsätze über Wucher und das für den Landwirth sehr bedenkliche Wechselwesen.

Bezüglich der bestehenden Spar- und Darlehnskassen-Vereine sei noch bemerkt, daß nach den eingegangenen

Berichten solche im Jahre 1886 in 30 Verbänden mit 2672 Mitgliedern eingerichtet sind, deren Einnahmen 1 079 643 *M*, Ausgaben 1 028 630 *M*., Activa 984 002 *M*, Passiva 975 101 *M*, Gewinn 8800 *M* und Reservekapital 46 358 *M* in runder Summe betrug.

Neben der Steuer- und Creditfrage wandte der Verein sich ganz besonders auch der Zollfrage zu und faßte die Schutzzölle ganz besonders ins Auge, um soweit als möglich die durch Einfuhr aus dem Auslande gedrückten Preise der landwirthschaftlichen Erzeugnisse wieder zu heben, sowie um aus den Ueberschüssen eine theilweise Entlastung des Grundbesitzes zu erzielen. Hierbei möge noch der Absendung einer Resolution der General-Versammlung vom 22. Novbr. 1887 betr. Nothwendigkeit einer erheblichen Erhöhung der Eingangszölle und Beibehaltung des Identitätsnachweises bei wiederausgeführten Getreide an Reichstag und Reichskanzler Erwähnung geschehen.

Von den weiteren Petitionen seien folgende genannt: um Erhöhung der Zölle auf Obst und Gemüse; auf Käse; auf Wein sowie in letzterer Beziehung auch um Maßregeln zur Vorbeugung von Fälschungen; Einführung eines Schutzzolles auf fremden importirten Glase und auf amerikanischen Nothklee; um das Festhalten an dem bisherigen System der Besteuerung der Zuckerrüben, sowie die Rübensteuer entweder gar nicht oder nicht über den Satz von 1,65—1,70 *M* pro Doppelzentner zu erhöhen und eine Besteuerung der Melasse und ihrer Entzuckerung nicht eintreten zu lassen; weiter bezüglich des Tabakbaues auf Aenderung des Reichsgesetzes vom

16. Juli 1879, wobei dargelegt wurde, daß bei Hagelschäden die Besteuerung der Tabaksblätter ohne Rücksicht auf Beschädigung derselben stattfinden, obschon die Blätter als Deckblatt unbrauchbar geworden, oder höchstens nur als Einlage oder Rauchtabak verwendbar seien und da auch der Zoll für eingehenden ausländischen Tabak nicht im richtigen Verhältniß zur Tabaksteuer für inländischen Tabak steht (letzterer 45 *M* gegen ausländ. zu 85 *M* pro 100 Kgr.) also nicht ganz 1:2, während früher das Verhältniß 1:5 gewesen, ferner der inländ. Tabakbau eines besseren Schutzes bedürfe, daher entweder der Eingangszoll zu erhöhen oder die Steuer zu ermäßigen sei; auf Einführung eines Schutzzolles auf ausländische Wolle; wegen der durch Errichtung von Maltosefabriken eingetretenen Verschlechterung des Bieres um eine Milderung der Gesetzgebung dahin, daß die Verwendung aller Surrogate bei der Bierbereitung verboten werde, um jede Schädigung des deutschen Gersten- und Hopfenbaues zu verhindern; um Beseitigung der Ausdehnung der Schulpflicht für die Kinder der ländlichen Bevölkerung auf das vollendete 14. Lebensjahr; um wiederholte eingehende Prüfung der Nahrungsfrage; bezüglich Entschädigung für an Milzbrand fallende Thiere (im Königreich Württemberg besteht bereits eine Einrichtung, wonach für an Milzbrand gefallene Thiere, welche ohne polizeiliche Anordnung getödtet wurden, Entschädigung bis zu $\frac{4}{5}$ gewährt wird. Die erforderlichen Geldmittel werden aus den Beiträgen der Besitzer der Thiere genannter Art aufgebracht); zur Verhinderung der Verschleuderung von Fäkalien beim Ablassen derselben

in öffentliche Wasserläufe durch gesetzgeberische Maßnahmen und die Erleichterung des Transports derselben auf den Staatsbahnen durch Herabsetzung der Tarife; um zweckmäßige Festsetzung der Termine zur Pferdemonsterung, sowie Herabsetzung des Jahrgeldtarifs für Fahren auf dem Rhein und dessen Nebenflüssen. Auch zu der Kunstbutterfrage nahm der Verein in bezüglichen Petitionen Stellung. Die Nothlage der Zuckerrüben-Produzenten wurde unterm 31. Oct. 1884 dem Reichstanzler in motivirter Eingabe dargelegt, nachdem vom Verein durch eine Commission an Ort und Stelle über die Manipulationen der Zuckerfabriken Erhebungen veranlaßt worden. Zudem wurden die Produzenten über das Lieferungsgeßäft durch Belehrungen über die Art und Weise des Vorgehens der Zuckerfabriken aufgeklärt und zu diesem Zwecke auch ein Normalvertrag entworfen. Die Heilighaltung der Sonntage scheint an maßgebender Stelle noch nicht die gehörige Würdigung finden zu sollen und wenigleich man glauben sollte, ein Gottesgebot bedürfe keiner weiteren Erörterung oder unsangreicher Enquete, so haben doch alle bisherigen darauf gerichteten Anträge in der Rheinprovinz keinen Erfolg zu verzeichnen. Im engsten Zusammenhange damit steht die Verlegung der Montags-Viehmärkte und das Verbot des Viehtreibens an Sonn- und Feiertagen. Auf jüdische Feiertage wird alle mögliche Rücksicht genommen, ja es werden sogar die Montagsmärkte in solchen Fällen stets verlegt; es möchte also auch im Interesse der christlichen Sonn- und Feiertage die Verlegung möglich und geboten sein, wie denn in Westfalen diese Angelegenheit bereits auch

viel besser geordnet ist, wie in der Rheinprovinz. Da für die Landwirthschaft namentlich in der Eifel die Entnahme von Waldstreu und Gras von wesentlichem Interesse, beschloß der Vorstand eine Eingabe an das Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten und wurde auf die dahin am 19. Febr. 1885 gerichtete Eingabe am 5. Juni 1885 der Bescheid ertheilt, daß die Forstverwaltung darauf Bedacht nehme, sowohl in den Staatsforsten wie in den Gemeindewaldungen Streu und Gras, soweit deren Entnehmen forstwirtschaftlich irgend zulässig sei, zu minimalen Preisen an bedürftige Gemeinden und Einzelpersonen abzugeben. Die verschiedenen Anträge des rheinischen Bauernvereins haben bislang nur zum Theil in den gesetzgebenden Körperschaften Beachtung gefunden. Der Ausdauer kann der Erfolg aber nicht mangeln.

Von weiteren Leistungen des Vereins erwähnen wir der Fürsorge für den Gemüse- und Obstbau. Zu diesem Zwecke wurde die Anstellung eines Gemüse- und Obstbau-Commissars beschlossen und bei der Provinzial-Verwaltung die Gewährung eines Zuschusses erbeten, welcher auch zur Höhe von 1200 *M* für 2 Jahre bewilligt wurde. Die Anstellung eines Commissars in der Person des auf diesem Gebiete bewährten Dr. Kälender zu Lindenthal erfolgte mit einem Jahresgehalt von 2400 *M*. und erstattet der Verein auch die Reise-Auslagen. Seine Aufgabe besteht in der prakt. Unterweisung im rationellen Gemüsebau. An Ort und Stelle hat derselbe die nöthigen Culturarbeiten zu instruiren, vorkommende Fehler aufzudecken und in volksthümlicher Weise die an ihn heran-

tretenden Fragen zu beantworten. Insbesondere erstreckt sich seine Wirksamkeit auf a) richtige und bewährte Cultur-Methoden der div. Gartengewächse, b) maßgebende Handhabungen bei deren Pflanzung und Pflege, c) auf eine rationelle Fruchtfolge derselben und d) eine pract. und zweckentsprechende Bodenbearbeitung. Ferner gehören zu seinen Functionen: Ausbildung leistungsfähiger Baumpfleger; deren Unterweisung im Baumschnitt, in der Heilung von Baumkrankheiten und Vertilgung von Obstfeinden; Anweisung bei Anlagen von Baumschulen, insbesondere mit Auswahl der für die betr. Gegend passenden Sorten; Einführung geeigneter Conservirungs-Methoden und Einführung geeigneter Verkaufsstellen behufs höherer Verwerthung der Gartenproducte. Zur Erledigung der bezeichneten Aufgaben begibt sich der Commissar in die einzelnen Ortsverbände und hat seine Aufgaben im engsten Anschluß der Beschlüsse der Commission für Gartenbau auszuführen. Außerdem wird der Commissar seine Kräfte für allgemeine Vereinszwecke widmen und desfallsige Aufträge des Vereinspräsidenten zur Ausführung bringen. Seine Thätigkeit war bislang eine sehr große und wurde in größtem Umfange seitens der Ortsverbände in Anspruch genommen. Zunächst nahm er Moorkulturen im Holländischen und bei Velen in Westfalen in Augenschein, um sich eine richtige Vorstellung von dem Gemüsebau im Moorlande zu verschaffen. Sodann galt eine Reise der Betrachtung des großartigen Gemüsebaues um Lüttich und des dortigen Marktes, sowie an anderen Orten.

Bei der Unterweisung der Ortsverbände fanden sich namentlich bei der bekannten Anhänglichkeit an altent-

Hergebrachten viele Schwierigkeiten, jedoch lösten sich solche in zweckmäßiger Weise durch richtige Belehrung und gelang es immer, durch Verträge und Unterweisungen die Vorurtheile zu beseitigen. Es würde zu weit führen, alles im Einzelnen anzuführen und sei nur erwähnt, daß 26 Pflanzcurse und 57 Vorträge über Gemüsebau, Obstbau, Pflanzenernährung und Düngung, Futtertränker, Kunstbutter u. abgehalten wurden. Von zahlreichen Seiten wurde die Herüberkunft des Commissars verlangt, ja die Anmeldungen waren so stark, daß ein großer Theil der Vorträge auf das Jahr 1888 verschoben werden mußte.

Ein sehr wichtiges Gebiet der Vereinsthätigkeit bildet der den Mitgliedern gewährte Rechtsschutz, umso mehr als dieser die Veranlassung zur Gründung des Vereins geboten, wie bereits im Eingange dargethan worden ist. Man bildete eine aus 8 Personen bestehende Commission, wobei 2 Juristen, welchen später im Jahre 1887 wegen der überhäuftten Geschäfte noch ein Rechtsanwalt zugesellt wurde. Die Rechtsschutz-Commission wurde anfänglich nur als Schiedsgerichts-Commission gegründet; erst die Erfahrung durch den ersten im Kreise Rees gewonnenen Prozeß führte zum „Rechtsschutz“. Die Commission begann ihre Thätigkeit zunächst mit Belehrungen über Schiedsgerichtswesen, die Garantiefrage, Vieh- und Tauschhandel, Zwischenhandel u. s. w. Während im Jahre 1884 die Commission sich mit 36 Rechtsfällen (11 Vieh-, 8 Rüben-, 3 Versicherungs-, 14 sonstige Streitfälle) zu befassen hatte, wurden im Jahre 1885 schon 212 Fälle (111 Vieh-, 10 Zuckerrüben-, 13 Versicherungs-, 78

verschiedene Rechtsfälle), im Jahre 1886 435 Rechtsfälle (194 Vieh-, 5 Rüben-, 31 Versicherungs-, 205 verschiedene) und im Jahre 1887 bis zum Jahreschlusse 557 Fälle (249 Vieh-, 5 Rüben-, 40 Versicherungs-, 263 div. Rechtsstreitsachen), der Commission zur Prüfung und Begutachtung überwiesen (mithin in den Jahren 1884/88=1240 Rechtsfachen, in welchen vielfach mehrere Gutachten zu ertheilen, je nachdem inzwischen der Standpunkt ein anderer geworden, die näheren Aufklärungen eine andere Behandlung erforderten oder auch der Gang des Prozesses eine neue Belehrung erforderlich machte). Insoweit ein bäuerliches Interesse vorliegend oder eine prinzipielle Entscheidung dem allgemeinen Interesse entsprach, trat der Verein auch für die Kosten (sei es für sämtliche oder nur Vertretungskosten) ein. Im Allgemeinen können die Resultate als befriedigende bezeichnet werden; wenn auch nicht in allen Fällen obliegende Urtheile ergingen, so doch in den meisten Fällen. Die meisten Streitsachen wurden schon im Vergleichswege zu Gunsten der Mitglieder entschieden, namentlich wenn die Gegner erfuhr, daß der Verein eingetreten war. In den Jahren 1884/87 wurden an Gerichtskosten incl. Vorschüssen vom Verein gezahlt *M* 6280, 11, worauf erstattet wurden *M* 529,59, weitere Erstattungen sind zu erwarten für inzwischen ergangene günstige Entscheidungen in solchen Prozessen, wo der Verein Vorschüsse geleistet.

Von weiterem Interesse für andere Kreise dürfte die landwirthschaftliche chemische Versuchstation zu Kempen sein. Sie wurde im Jahre 1883 gegründet zu dem Zwecke, um 1. durch Ueberwachung des Handels mit

Dünger, Futtermitteln und Sämereien die Landwirthschaft vor Uebervortheilung zu schützen; 2. durch Untersuchung von landwirthschaftlichen Producten und Verbrauchsgegenständen sowie durch Beantwortung landwirthschaftl. technischer Fragen den Landwirthen rathend zur Seite zu stehen; 3. wissenschaftliche Untersuchungen und Versuche im Interesse der Landwirthschaft und deren Nebengewerben anzustellen. Die Anstalt begann ihre Thätigkeit am 15. Aug. 1883 und steht unter Leitung des Chemikers Dr. Faßbender in Kempen; außerdem sind an derselben ein Assistent, ein Hilfsarbeiter sowie ein Diener noch angestellt. Das Laboratorium der Versuchstation befindet sich in einem gemietheten Hause und ist mit den zu den vorkommenden Untersuchungen erforderlichen chemischen Apparaten, sowie einer Bibliothek von etwa 150 Bänden ausgestattet. Seit der Gründung der Anstalt in einem Zeitraume von etwas über 4 Jahren wurden an derselben 3480 Untersuchungen ausgeführt. Gegenstand dieser Untersuchungen waren vorwiegend Verbrauchsartikel und Producte des landwirthschaftlichen Betriebes und seiner Nebengewerbe: Dünger, Futtermittel, Sämereien, Bodenarten, Brunnen- und Flußwässer, Milch, Butter, Wein, Bier, Mehlsorten, Kartoffel, Zuckerrüben und dgl. Die Untersuchung von Kunstdünger, von denen die Landwirthe zur Steigerung ihrer Erträge ganz enorme Quantitäten kaufen und verwenden, nahm die Thätigkeit der Versuchstation am meisten in Anspruch und wurden 1970 Proben derselben untersucht. In 63 Fällen war der durch Analyse festgestellte Mindergehalt von geliefertem Kunstdünger so bedeutend, daß den Lieferanten sehr be-

trächtliche Abzüge am Kaufpreise gemacht werden mußten. Noch wichtiger als die Düngercontrole ist, besonders für die Viehhaltung am Niederrhein, die Ueberwachung des Handels mit Kraftfuttermitteln, von denen viele Tausende von Centnern in den Gegenden, welche den Schwerpunkt des landwirthschaftlichen Betriebes in die Viehhaltung gelegt haben, verfüttert werden. 1182 Proben von Weizen, Gerst, Erdnußkuchen, Baumwollsaamenmehl, Rübkuchen, Mohnkuchen, Weizen und Roggentkleien, Reismehl u. s. w. wurden von der Versuchsstation auf ihren Gehalt an Eiweißstoffen und Fett untersucht, theilweise auch auf schädliche oder minderwerthige Beimengungen geprüft.

Die Anzahl der an der Versuchsstation untersuchten Samenproben war 167. Die Versuchsstation ertheilte ferner auf 230 von Landwirthen an sie gestellte Fragen brieflich Auskunft und Rath. In neuerer Zeit sind sodann verschiedene Arbeiten von allgemeinem landwirthschaftlichen Interesse in Angriff genommen worden. Zu dem Ende ist von Seiten des Vereins die Bereitstellung von Versuchsfeldern ins Auge gefaßt und zugleich sind die Mittel für Versuche zur Feststellung der Werthigkeit der Phosphorsäure in verschiedenen Düngerarten bewilligt worden. Mehrere Dünger-, Futtermittel- und Samenfirmen haben sich unter Controle der Station gestellt und zwar 1884=21, 1885=23, 1886=28 und 1887=28 Firmen.

Im Zusammenhange mit der Versuchsstation steht das Consumwesen. Im Unterschiede vom westfälischen Bauernverein, welcher, wie wir gesehen haben, in der Gesamtheit einen großen Consumverein bildet, richtet der rheinische Bauernverein lokal-begrenzte Consumvereine

ein. Es sind Normalstatuten für Consumvereine zur gemeinschaftlichen Beschaffung landwirthschaftlicher Artikel bereits im Jahre 1883 entworfen worden, welche je nach den Ort- und Zeitverhältnissen passend, so ziemlich allgemein zum Anhalte dienen. Die Consum-Vereine erstrecken sich theils über ganze Kreise, theils nur auf einzelne oder mehrere benachbarte Gemeinden. Ihre Wirkung ist überall eine wohlthätige und sind in Folge dessen auch die Dünger- und Futtermittelpreise zu Gunsten der Mitglieder bedeutend im Preise gefallen bei gleich guter Qualität, da deren Ueberwachung durch die Versuchstation stattfindet. Wenn auch nicht aus allen Consum-Verbänden Mittheilungen vorliegen, so doch aus 79 für das Jahr 1886. Diese bezogen für 875 666 *M* künstlichen Dünger, 140 847 *M* Futtermittel, 83 586 *M* Sämereien, Kalk &c. im Ganzen mithin für 1 100 099 *M*.

Dem Versicherungsweise widmet seine Thätigkeit der Verein ebenfalls in hervorragender Weise und erstreckt sich dasselbe auf Feuer-, Hagel-, Vieh- und Unfall-Versicherung. Unter'm 21. Oct. 1885 fand zwischen der Rhein. Prov.-Feuer-Societät ein Vertragsschluß statt, wonach der Vereinskasse 5% der Prämien, welche von den bei der Societät versicherten Mitglieder gezahlt werden, abzüglich 14% Verwaltungskosten zufließen, dem Verein das Recht eingeräumt wird für jeden Ortsverband einen Vertrauensmann zu ernennen, welcher sowohl die Versicherungsanträge selbst anfertigen kann, oder aber auch berechtigt ist, derartige Anträge auf ihre Richtigkeit zu prüfen bezw. Aenderungen herbeiführen, ferner bei Revision bestehender Versicherungen seine Ansicht geltend zu

Faßender, Bauernvereine.

9

machen, wie auch bei Brandschäden-Regulierungen das Interesse der versicherten Mitglieder zu vertreten. Ueberhaupt setzt dieser Vertragschluß den Verein in den Stand, vorkommenden Falles in jeder Beziehung für seine Mitglieder mit Erfolg einzutreten. Die Hälfte jener Prämien-Anteile wird den Kreisverbänden zu beliebiger Verwendung, zunächst allerdings für Feuer-Versicherungs-Angelegenheiten, überwiesen. Auch contrahirte der Verein mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft. Bezüglich der Viehversicherung ist, wie auch im Westfälischen Bauernverein, kein Vertrag mit irgend einer Gesellschaft geschlossen, da solcher nicht im Interesse der Mitglieder erachtet wird, zumal die Versicherungsgesellschaften zu hohe Prämien berechnen, da sie auf Gewinn st meist abzielen. Zudem haben sich im Allgemeinen die Ortsviehversicherungen bisher bewährt. Fortwährend ist eine Zunahme der lokalen Viehversicherungen zu constatiren und beträgt nach den vorliegenden Berichten deren Zahl annähernd 350. Die Absicht, bezüglich der Lebensversicherung mit einer Gesellschaft Vertrag zu schließen, ist bisher nicht zur Ausführung gekommen, ist aber nicht fallen gelassen. Ganz besonders widmete der Verein der Unfall-Versicherung ländlicher Arbeiter sein Augenmerk und war die desfallige Commission in vielen Sitzungen thätig, deren Resultat auch der Entwurf eines mustergültigen Statuts gewesen. Inzwischen ist ein Staatsgesetz über diesen Gegenstand zu Stande gekommen, in welchem auch in der Hauptsache die Ansichten der Commission zur Geltung kommen. Abgeschlossen ist die Sache aber weder in der Gesetzgebung noch im Schooße

des Vereins, vielmehr wird von letzterem diesem Gegenstande unausgesetzte Aufmerksamkeit entgegen gebracht.

Damit die im Vorstehenden kurz gezeichneten Ziele und Bestrebungen des Vereins erreicht werden können, trägt derselbe in seinem in einer Auflage von 31000 Expl. erscheinenden Vereins-Organ „Rheinischer Bauer“ fortwährend Sorge, seine Mitglieder über alle Gegenstände der Land- und Volkswirtschaft gründlich zu belehren und auf dem Laufenden zu erhalten.

Vorsitzender des Vereins ist seit der Gründung Felix Frhr. v. Voë zu Terporten, 1. Stellvertreter M. Esser zu Rodderhof, 2. Stellv. L. Bönniger zu Schmalbroich, Schriftführer und Rentant H. Maas, und Stellvertreter Schmitz, Bgstr. a. D. zu Kempen. Der Verein zählt seiner großen Mitgliederzahl entsprechend 819 Ortsverbände mit 1460 Ausschußmitgliedern sowie 197 Vorstandsmitgliedern. In den Ortsverbänden werden, je nach den Verhältnissen monatlich, oder mindestens vierteljährlich Lokalversammlungen abgehalten. Zur Vorbereitung der gestellten Anträge für die Ausschüsse und Vorstandsitzungen sind vierzehn ständige Commissionen thätig, nämlich:

1. Organisations-Com. 2. Com. für das Vereinsorgan. 3. Com. für die Creditfrage. 4. Com. für das Steuerwesen. 5. Fach-Com. für Ackerbau, Viehzucht etc. 6. Com. für Obst- und Gemüsebau. 7. Zuckerrübenbau-Com. 8. Eifel-Com. 9. Kuratorium der Versicherungsges. bzw. Consum-Com. 10. Rechtsschutz- und Schiedsgerichts-Com. 11. Versicherungs-Com. 12. Com. für Kranken- und Unfall-Versicherung. 13. Com. für Verkehrswesen. 14. Com. nach §. 4 des Statuts.

Der Verein hat nach der kurzen Dauer seiner 5 1/2-jährigen Thätigkeit einen großen Erfolg aufzuweisen und

können wir nur wünschen, daß derselbe sich in gleicher Weise weiter entwickeln wird.

3. Der Trierische Bauernverein.

Ursache der Gründung dieses Vereins waren die vielen Wuchergeschäfte, welche in der Trierischen Gegend seit Jahrzehnten von Handelsleuten zum Nachtheile der Bauern getrieben worden sind. Die in Trier erscheinenden Blätter, die „Trierische Landeszeitung“ und das „Paulinus-Blatt“ haben zuerst diese unberechenbare Schädigung des Bauernstandes schonungslos aufgedeckt. Die genannten Blätter theilten z. B. i. J. 1883 mit, daß der Sohn eines gewissen Handelsmannes in Merzig eine zu Gunsten eines Bauern ausgestellte Quittung bei einer Abrechnung mit demselben beigesteckt hatte. Der Beschuldigte wurde von dem Amtsgerichte Wadern am 4. October 1883 zu nur einem Monat Gefängniß verurtheilt, u. A. mit Rücksicht auf den unbescholtenen Ruf des Vaters. In dem Berichte der „Trier. Landesztg.“ und „Paulinus-Bl.“ über die Gerichtsverhandlung wurde aber eine Reihe von Fällen mitgetheilt, aus welchen hervorging, daß der Ruf des betr. Vaters denn doch nicht so unbescholten war, als das Gericht angenommen hatte. Der Sohn des Betreffenden erhob nun Berufung gegen das Urtheil des Amtsgerichts Wadern und wurde vom Landgerichte Trier am 22. Decbr. 1883 freigesprochen, weil das Gericht annahm, es sei nicht unzweifelhaft nachgewiesen, daß der Betreffende sich die Quittung in rechtswidriger Absicht angeeignet hatte. Jetzt klagte der Vater gegen den

Redacteur der „Trierischen Landesztg.“ und des „Pau-
linus-Blattes“, weil er in diesen Blättern als „Wucherer“
bezeichnet worden war. Der Verklagte trat den Beweis
der Wahrheit an; die im Geschäftsbezirke des Betreffenden
wohnenden Bauern wurden öffentlich aufgefordert, Fälle
mitzutheilen, in welchen der Genannte Wuchergeschäfte
getrieben hatte. Dadurch wurde überaus reichliches Mate-
rial zu Tage gefördert, welches einen genauern Einblick
in die Geschäftspraxis dieses Handelsmannes und seiner
Genossen gewährte. Es sei hier nur ein Fall erwähnt,
welcher eidlich erhärtet worden ist: Der Betreffende hatte
eine Waldparzelle angestiegert für 54 *M* 50 *S*. Diese
Parzelle mußte der Ackerer Nicolaus Hübschen in Weier-
weiler für 300 *M* kaufen, um von Jenem einen
Zahlungsausstand zu erlangen. Die Parzelle hatte aber,
wie der Königl. Hegemeister Meißer vor Gericht eidlich
bekundete, einen Holzbestand im Werthe von nur 27 *M*,
und den Bodenwerth kann man in jenen abgelegenen
Bergen nicht höher als diese Summe schätzen. Durch
diesen Prozeß wurde das wucherische Treiben der Handels-
leute, das bisher unbekannt geblieben war, offengelegt.

Die Landleute in der Trierischen Gegend werden be-
nachtheiligt durch Wucherzinsen bei baarem Darlehen,
durch verschleierten Wucher bei Ankäufen von Waaren,
durch Uebervortheilung beim Ankauf und beim Umtausch
von Vieh, durch chicanöse Prozesse nach einem Handel
mit Vieh, durch Verleihen von Vieh gegen Wucherzinsen,
durch Forderung eines hohen Rabattes bei Revisionen
von Versteigerungs-Kaufpreisen &c. Wir geben hier nur

kurze Andeutungen über einige Arten dieser Verwucherungen.*)

Sehr verbreitet ist die wucherische Vieh-Verleihung, das Vieh verleihen auf halbe Zucht. Der Handelsmann stellt nämlich dem Bauer ein Stück Vieh in den Stall, ohne Zahlung zu verlangen; der Bauer muß die Kuh oder das Kind ernähren und die Kälber davon aufziehen; nach einigen Jahren wird alles verkauft; vom Erlöse wird zunächst der anfängliche Werth des verpachteten Stückes Vieh abgezogen, und der Rest wird dann zwischen dem Handelsmann und dem Bauer getheilt. Was dann der Bauer erhält, ist der Lohn für seine Arbeit und das beschaffte Futter; was der Handelsmann erhält, stellt die Zinsen seines Anlagekapitals dar, nämlich des Werthes des verliehenen Stückes Vieh. Dabei wird der Werth des zu verleihenden Thieres vom Handelsmann sehr hoch angesetzt; der Bauer kann sich nicht dagegen wehren, weil er in Noth ist. Beim späteren Verkauf des Viehes kann der Handelsmann leicht durch seine Freunde bewirken, daß nur ein geringer Preis erzielt wird, daß er aber für sich allein vom Ankäufer noch eine besondere Vergütung für den billigen Ankauf erhält.

Diese Art, Vieh zu verpachten, bildet nur einen versteckten Wucher, denn die Fälle sind häufig, in denen der Handelsmann 20—25 Procent Zinsen von seinem angelegten Gelde erhält. Es liegt z. B. ein Fall vor, in welchem die bloße Nachzucht einer Kuh, welche 241 Mk. gekostet hatte, in 37 Monaten 155 Mk. 25 Pf. ergab, also rund 24 Procent jährlich. Der Handelsmann trug nur das halbe Risiko, nämlich 1% des Werthes; es blieben ihm also 23 Procent Netto-Verdienst. Allerdings sank die Kuh in dieser Zeit etwas im Werthe, aber nur wenig. Es kommen aber auch noch schlimmere Fälle vor: ein verliehenes Kindschen, das 51 Mk. gekostet hatte, stieg in 6 Monaten auf den Werth von 105 Mk.: das ergibt auf das Jahr 200 Procent des Anlagekapitals für die

*) Ueber den „Wucher im trierischen Lande“ hat der Schriftführer des Trier. Bauern-Vereins, Kaplan Dasbach in Trier, einen ausführlichen Bericht erstattet auf Seite 151—191 des 35. Bandes der „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“.

beiden Beteiligten zusammen, also für den Handelsmann 100 Prozent seines Anlagekapitals. Der Bauer muß bei einer solchen Viehhaltung unfehlbar zu Grunde gehen, weil ihm aus derselben nicht einmal das verwendete Futter, viel weniger seine Mühe und Arbeit vergütet wird und er sich in fortwährender Abhängigkeit vom Viehverleiher befindet, wodurch er beständig zu anderen Geschäften gezwungen wird, die für ihn nachtheilig sind.

Um diesem Krebschaden unserer kleinbäuerlichen Verhältnisse entgegen zu arbeiten, war schon am 15. Juni 1879 eine Versammlung von Bauern in Schweich, 2 Stunden von Trier, abgehalten worden, um einen Lehenverein nach christlichen Grundsätzen einzurichten. Die Bemühungen blieben leider erfolglos, da das dazu nöthige Kapital nicht beschafft werden konnte.

Auch der Cessions-Bucher raubt den Landeuten hohe Summen. Wer Land versteigern läßt, bedarf des baaren Geldes; der Aufsteiger aber kann nicht baar zahlen. Darum verhandelt der Versteiglasser seine Forderungen [die Steigpreise] an einen Handelsmann; früher forderten diese 10—20 Proz. Rabatt. Zu dem genannten Berichte über den „Bucher im trierischen Lande“ wird S. 177 ein Fall mitgetheilt, in welchem das Gericht in 2 Instanzen einen Vertrag über eine Cession für ungültig erklärt hat; das Urtheil der 2. Instanz sagt:

„Nach dem einen der Akte war dem Beklagten bei Vermeidung der sofortigen Fälligkeit des angeliehenen Kapitals untersagt, vor dem 22. Dez. 1881 Immobilienvermögen zu veräußern, und in dem andern Akte von demselben Datum wurde er verpflichtet, bis zum 22. Dez. 1881 von seinem Vermögen so viel zu veräußern bis der Steigerlös wenigstens die Summe von 3900 Mk. erreichen würde, oder andernfalls eine Konventionalstrafe von 780 Mark, gleich 20 Prozent des angegebenen Betrages v. 3900 Mk. zu zahlen. Daß durch diese Bestimmungen, wonach der Beklagte weder vor noch nach dem 22. Dez. verkaufen durfte, also nur an diesem Tage, selbst für den Fall, daß keine annehmbaren Gebote erfolgten, verkaufen mußte, dessen wirtschaftliche Existenz auf das Aeußerste gefährdet wurde, kann einem Zweifel nicht unterliegen.“

„Wenn nun auch nach dem Gesetze vom 14. Nov. 1867 es dem Kläger nicht benommen war, für die Hingabe seines Kapitals, obgleich dasselbe durch die bestellte Hypothek hinreichend gesichert war, höhere Zinsen als die landesüblichen zu fordern, und wenn man sogar den Ausführungen des Klägers darin beitreten wollte, daß er diese Vergütung selbst zu einer übermäßigen steigern konnte, so war es demselben aber durch Artikel 1131 des bürgerlichen Gesetzbuches untersagt, so weit zu gehen, daß er, um solche übermäßige Vorteile zu erhalten, die sich ihm, sei es in der augenblicklichen Nothlage oder in der Unerfahrenheit des Beklagten, darbietende Gelegenheit dazu benutzte, von dem letzteren sich Versicherungen machen zu lassen, die, wenn sie erfüllt worden wären, dessen Ruin in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen herbeigeführt haben würden. Nach alledem trägt der Akt, in welchem die gegenwärtig eingeflagte Konventionalstrafe stipulirt worden ist, so sehr das Gepräge der Unlauterkeit an sich, daß derselbe als ungiltig im Sinne des Artikels 1131 l. c. zu erachten und die auf diesen Akt gestützte Klage mit Recht von dem ersten Richter abgewiesen ist.“

Ein überaus schädlicher Krebszschaden auch im trierischen Lande sind sodann, wie wir in Westfalen und dem Rheinland es bereits gesehen, die aus Chikane oder zur Erpressung angestrengten Prozesse wegen eines Viechhandels.

Der Bauer verkauft eine Kuh mit 42tägiger Garantie für alle unsichtbaren Fehler, und kurze Zeit darauf erhält er eine Klage auf Auflösung des Kaufes, Rückzahlung des Kaufpreises, Erstattung des Futterkaufes und Zahlung des entgangenen Gewinns (von 30 Mk. in der Regel); in der Regel steht die Kuh dann in großer Entfernung vom Wohnorte des Verkäufers. Der Handelsmann ist gewandt, er kennt alle Kniffe und Schliche, während der Bauer in der Prozeßführung nicht bewandert ist und zudem mit Recht eine Scheu vor dem Gange ans Gericht hat. Darum waren die Viech-Prozesse vor Gründung des Vereins überaus häufig.

Inzwischen war der „Rheinische Bauern-Verein“ am 8. November 1882 gegründet worden. Dadurch wurden die Landleute der trierischen Gegend veranlaßt, auch für

sich eine Hülfe zu verlangen, und zwar hauptsächlich gegen den Wucher, unter dem sie so schrecklich litten. Es tauchte also die Frage auf, ob die Landleute des Trierischen Landes sich diesem Vereine anschließen, oder einen eigenen Verein gründen sollten. Zur Berathung darüber fand am 10. Febr. 1884 zu Neuhaus bei Trier eine Versammlung von Landleuten statt. Die Anwesenden erklärten sich einstimmig für die Gründung eines „Trierischen Bauern-Vereins“, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Bauern der Trierischen Gegend bedürfen besonders eine Hülfe gegen den Wucher. In der Gegend, in welcher die Gründer des Rheinischen Bauern-Vereins wohnen, besteht dieser Uebelstand nicht in solcher Ausdehnung und so bedentlichem Charakter, wie im Trierischen Lande.

Eine wirksame Abhülfe setzt eine genaue Kenntniß der Verhältnisse voraus, ist also sicherer zu erhoffen, wenn für die Trierische Gegend ein besonderer Verein gegründet wird.

2. Auch die klimatischen Verhältnisse und der der Trierischen Gegend eigenthümliche Betrieb der Ackerwirtschaft machen ein getrenntes Vorgehen wünschenswerth.

3. Der Rheinische Bauern-Verein mit seinem Sitz in Neuss ist zu weit von der Trierischen Gegend entfernt. Hierdurch ist es schwierig, die gemachten Erfahrungen mündlich auszutauschen und die Berathungen gemeinsam zu pflegen.

Die Versammlung wählte einen Ausschuß zur Festsetzung der Statuten. Dieser nahm das Statut des Westfälischen und Rheinischen Bauern-Vereins mit folgender, in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Trierischen vorgenommenen Aenderung in § 3 Nr. 3 des Statuts an:

„Ausbesondere verpflichtet sich der Verein, jeden Prozeß eines Mitgliedes betreffend Viehandel oder Wucherzinsen auf seine Kosten durch den vom Vorstande bestellten Rechts-

„anwalt führen zu lassen, falls der Vorstand nach Prüfung
„der Acten glaubt, das Mitglied sei benachtheiligt.“

Die so festgesetzten Statuten wurden nun in einer
zu Trier am 6. April 1884 abgehaltenen Versammlung
endgültig angenommen und damit der Verein gegründet.

Zu den Vorstand wurden gewählt die Herren:

Limbourg, Gutsbesitzer, Reichstags- und Landtags-
Abgeordneter, zu Hellenberg bei Trier als Präsident,
Deusch, Gutsbesitzer in Euren, als 1. Vice-Präsident,
Matth. Stolzenberger, Pfarrer zu Waldrach, als
2. Vice-Präsident, Kaplan Dasbach, Buchdruckerei-
Besitzer zu Trier als Schriftführer und Cassirer.

Die Zahl der Mitglieder mehrte sich von Jahr zu
Jahr; der Verein zählte deren i. J. 1885: 5 532,

i. J. 1886: 5 653,

i. J. 1887: 10 275,

bis April 1888: 10 298.

Die Thätigkeit des Vereins erstreckte sich bisher auf:

A. Proceße wegen Viehhandel und Wucherzinsen.

Erst dadurch, daß der Tr.=B.=Verein die genannte
Art von Proceßsen der Mitglieder übernahm, wurde voll-
ständig offen gelegt, welche Ausdehnung dieses Uebel
hatte und mit welcher Raffinirtheit und Kühnheit manche
Handelsleute vorgehen; es wurde dadurch aber auch das
Uebel ziemlich beseitigt. Der Vorstand hat geführt:

i. J. 1884/85	102	Prozesse
i. J. 1886	95	"
i. J. 1887	176	"
bis April 1888	30	"

Summa 403 Prozesse.

Der Verlauf dieser Prozesse war folgender:

Es wurden gewonnen	70 Prozesse.
" " verloren	25 "
Eine Einigung zu Gunsten der Mitglieder erfolgte bei	130 Prozessen
Es kam nicht zur gerichtlichen Ver- handlung bei	35 "
Von den Gegnern der Vereins- Mitglieder wurden zurückgezogen	48 "
Es schweben noch	95 "
Summa 403 Prozesse.	

In Folge dieser Uebernahme der Viehprozesse haben letztere ganz bedeutend abgenommen, wie verschiedentlich von gerichtskundigen Personen bestätigt worden ist.

Wir wollen hier nur einige Prozesse anführen; sie legen die Praxis der Handelsleute auf diesem Gebiete ihrer Thätigkeit klar dar.

1. Am 4. Febr. 1885 vertauschte das Mitglied Roth in Welschbüllig an Meyer Cuiel in Coenen ein 8jähriges Pferd; letzterer verkaufte es an Hesse-Rothschild in Sontra. Hesse bewies durch Attest des Thierarztes in Sontra vom 10. März 1885, daß das Pferd an Dummkoller leide. Roth bewies durch Zeugen, daß das Pferd bei ihm nie an Dummkoller gelitten habe. Der Transport des Pferdes nach Sontra währte auf der Bahn 24 Stunden. Das Amtsgericht Trier ordnete am 28. März die Untersuchung des Pferdes durch Thierarzt Sch. aus Trier an; letzterer untersuchte das Pferd in Sontra und erklärte, es leide nicht an Dummkoller. Es war dem Arzte auffallend, daß die erst am 10. Febr. aufgeschlagenen Hufeisen ganz abgenutzt waren, obgleich Hesse versicherte, das Pferd sei nur einmal aus dem Stalle gewesen. — Nun beantragte Hesse, daß das Pferd von 3 Professoren der Thierarzneischule zu Göttingen untersucht werde. Das Gericht ging darauf ein. Die 3 Sach-

verständigen erklärten, das Pferd leide an Dummkoller. Das Amtsgericht Trier entschied nun am 7. Novbr. 1885 zu Gunsten des Heffe-Rothschild, wies aber seine Klage auf Erstattung der Futterkosten ab. — Beide Parteien erhoben Berufung.

Das Landgericht Trier forderte ein Gutachten von der Direction der Königl. Thierarzneischule in Berlin ein. Das Gutachten sollte sich namentlich aussprechen über folgende Punkte:

1. ob ein ungewohnter, länger dauernder Transport von Pferden auf Eisenbahnen den Dummkoller zur Folge hat;
2. ob das Pferd nach Maßgabe der sämtlichen, thatsächlichen und sachverständigen Beweiserhebungen am 4. Febr. 1885 an Dummkoller gelitten haben kann.

Das am 10. Juli 1886 abgegebene Gutachten sagt, daß das Pferd, als es am 10. März 1885 von Thierarzt Wölter in Contra untersucht wurde, an einer Gehirnkrankheit, nicht aber an Dummkoller gelitten habe. In Folge von Eisenbahn-Transporten erkranken junge Pferde nicht selten an Gehirnkrankheiten, während der Dummkoller in diesem Alter bei Pferden nur selten beobachtet wird. Gegen die Annahme, daß das Pferd am 4. Febr. 1885 an Dummkoller gelitten habe, sprechen die bestimmten, sich auf thatsächliche Beobachtungen stützende Aussagen der Zeugen des Roth. Das Gutachten schließt: „Aus den Aussagen der Zeugen und Sachverständigen ergibt sich nicht, daß das Pferd am 4. Febr. 1885 mit Dummkoller behaftet gewesen ist.“

Das Königl. Landgericht Trier hob nun am 24. Novbr. 1886 das Urtheil des Königl. Amtsgerichts Trier vom 7. Novbr. 1885 auf und verurtheilte Heffe-Rothschild, sämtliche Kosten zu bezahlen. Letztere betragen ungefähr 2000 Mark.

2. Peter Reden in Wochern verkaufte Anfangs October 1885 an Philipp Bonem in Löwenbrücken ein Pferd für 450 Mark. Bonem nahm am 13. October das Pferd nicht ab, weil es lahme. Nachdem Klage erhoben worden war, wollte Bonem das Pferd nehmen, aber keine Futterkosten bezahlen, darum wurde die Klage weitergeführt. Das Königl. Landgericht Trier verurtheilte am 12. Mai 1886 den Bonem zur Abnahme des Pferdes und zur Zahlung der Futterkosten. Aus den sehr interessanten Entscheidungs-

gründen dieses Urtheils heben wir Folgendes hervor: Durch die Zeugenansagen ist erwiesen, daß das Pferd am 13. October gar nicht gelahmt hat. Nach dem Ergebniß der Beweisaufnahme liegt die Vermuthung nahe, daß Bonem selbst nicht an die Lahmheit des fraglichen Pferdes geglaubt hat; es war ihm nur darum zu thun, das Pferd bei dem Akerer Neben billig überwintern zu lassen, um gegen das Frühjahr auf dem renommirten Mattheiser Viehmarke ein um so besseres Geschäft mit dem Thier zu machen.

3. Die Wittve Geisen in Oberweis verkaufte am 3. Juni 1885 ein Pferd an den Handelsmann Gottfried Cahn in Saarlouis. Dieser theilte der Wittve Geisen am 21. Juni mit, daß das Pferd in Leipzig verendet sei; am 25. Juni telegraphirte er an die Verkäuferin, ob in der Sache gütlich oder gerichtlich verfahren werden solle, und endlich am 28. Juni ließ Cahn die Frau durch einen Rechtsanwalt auffordern, umgehend Kaufpreis nebst Zinsen und Kosten zu bezahlen, widrigenfalls Klage erhoben würde. Die Frau wandte sich an den Vorstand; Niemand antwortete dem Handelsmanne, und die Klage unterblieb.

Die meisten Prozesse wurden von den Handelsleuten angestrengt wegen angeblicher Fehler der durch sie angekauften Thiere. In sehr vielen Fällen nahm der Handelsmann die Klage zurück, sobald er hörte, daß der Bauern-Verein den Prozeß übernommen hatte. Ebenso oft zog der klagende Handelsmann den Prozeß zurück, nachdem im 1. Termin der Beweis erboten war. Aber auch viele Prozesse waren zu führen aus Antrag der Mitglieder des Vereins, weil der Handelsmann das angekaufte Vieh nicht zur vereinbarten Zeit abholte oder nicht zahlte, oder weil dasselbe Mängel hatte, für deren Abwesenheit der verkaufende Handelsmann garantirt hatte.

Der erwähnte Bericht im 35. Bande der Schriften des Vereins für Social-Politik theilt 40 interessante Prozesse mit.

Einen tiefen Blick in das wucherische Treiben mancher Handelsleute ermöglicht die nachstehende Proceßverhandlung gegen einen Redner des Trier. Bauern-Vereins.

Der Buchhalter der Landwirthschaftlichen Bank, Herr Dr. Franz Hasselkuß zu Trier, hielt am 4. September 1887 zu Neumagen eine Versammlung des Trier. Bauern-Vereins ab, in welcher er u. A. auch über den Wucher sprach und die Behauptung aufstellte, daß es auch in der dortigen Gegend, namentlich in Neumagen selbst, Personen gebe, welche die Nothlage des armen Bauers benützten, um sich von demselben übermäßig hohe Vergütungen, sog. Wucherzinsen für gewährte Darlehen versprechen zu lassen. So habe er von Jemand gehört, daß ein in Neumagen wohnender Mann für ein Darlehn von 100 Thlr. sich einen Schuldschein über 150 Thlr. ausstellen ließ, der schon nach 50 Tagen fällig war; ferner habe sich ein Mann für ein Darlehn von 25 Thlr. einen Schuldschein von 49 Thlr. und einigen Groschen ausstellen lassen. Auf das Drängen verschiedener Zuhörer, diesen Wucherer zu nennen, hatte der Angeklagte als solchen den Hermann Leib, Handelsmann aus Neumagen, bezeichnet. Dieser Hermann Leib erklärte, er sei sich keines Wuchers bewußt, klagte gegen Herrn Dr. Hasselkuß wegen öffentlicher Beleidigung und forderte 3000 Mark Schadenersatz, weil er in seinem Geschäfte geschädigt sei. — Das Amtsgericht in Neumagen verhandelte hierüber am 31. Okt. 1887 und sprach den Angeklagten frei.

Gegen dieses Urtheil erhob der Kläger Berufung, und kam die Sache vor der Strafkammer in Trier zur Verhandlung.

Der Angeklagte gab zu, die Aeußerung über den Privatläger gethan zu haben, behauptete aber, die angegebene Thatsache sei ihm in zuverlässiger Weise berichtet worden, und er werde durch die von ihm vorgeladenen Schutzzeugen die Wahrheit jener Behauptung beweisen. Zu Folge dieses Geständnisses des Angeklagten verzichtete der Kläger auf die Vernehmung mehrerer Belastungszeugen. — Der Angeklagte behauptete ferner, daß er in seinem Vortrage keinen Namen genannt habe; erst nachdem er den Vortrag über Wucher beendigt gehabt habe, sei er von mehreren Herren ersucht worden,

den Namen zu nennen, worauf er sich wieder erhoben und den Namen genannt habe. Der Anwalt des Klägers, Herr Rechtsanwalt Gall aus Trier, behauptete, daß der Angeklagte den Namen des Klägers in seiner Rede selbst genannt habe.

Der 1. Zeuge, Herr Bürgermeister Lauer, bemerkte aber, daß dieß nicht der Fall gewesen sei, vielmehr habe der Angeklagte seine Rede beendet gehabt, auf seinem Stuhle geessen und dann erst sei er in Folge der Fragen aufgestanden und habe den Namen des Klägers genannt.

Der Beklagte bemerkte, daß Leib in seiner Klage gesagt habe, er (Beklagter) habe durch seine Rede und Nennung des Namens des Klägers die Versammlung auf ihn gehetzt, so daß er die Polizei um Schutz hätte anrufen müssen; dieß sei nicht wahr, denn der Kläger habe noch längere Zeit in derselben Wirthschaft verweilt, in welcher er, Angeklagter, geessen.

Der Vertheidiger des Klägers beantragt die Vernehmung von 2 Belastungszeugen; insbesondere sollte durch den Zeugen Peter Lehnert, Winger in Neumagen, bewiesen werden, daß durch die Worte des Beklagten der Kläger in seinem Geschäfte geschädigt worden sei; der genannte Zeuge sagte aber aus, daß er nicht erst in Folge jener Aeußerung es unterlasse, mit dem Privatkläger Geschäfte zu machen, sondern solche auch vorher nie mit ihm gemacht habe, weil schon sein Vater mit dem Vater des Privatklägers einmal ein Geschäft gemacht habe und dadurch jede Neigung, sich in weitere Geschäfte mit solchen Leuten einzulassen, verloren habe.

Die als Schutzzeugen geladenen Eheleute Johann Haubrich sagten aus, sie hätten i. J. 1875 den Privatkläger Hermann Leib um ein Darlehn von 25 Thl. angesprochen, und habe der Privatkläger ihnen dieses auch zugesagt mit dem Bemerken, er müsse dabei aber etwas verdienen, und ihnen nunmehr einen Schuldschein über 49 Thaler und etliche Groschen zur Unterschrift vorgelegt und auch noch verlangt, daß eine Tante der Frau Haubrich den Schein als Bürgin mitunterschreiben solle. Da die Frau Haubrich klagte, die im Schuldschein verschriebene Summe sei doch etwas hoch, habe der Kläger sich bereit erklärt, ihnen, „um dem Kinde einen Namen zu geben“, noch ein Federbett zu geben, das sie auch nach einiger

Zeit erhalten hätten und welches einen Werth von etwa 6—7 Ml. gehabt habe. Sie hätten denn auch, weil sie die 25 Thaler hätten haben müssen, den Schuldschein unterschrieben, dagegen die Bürgschaft ihrer Tante nicht nachgesucht, weil sie dieser nicht sagen wollten, daß sie für ein Darlehn von 25 Thalern einen Schuldschein über 49 Thaler und etliche Groschen ausgestellt hätten. Die Zeugin Frau Hanbrich sagte ferner, sie habe im Hause des Leib das ihr vorgezeigte Federbett untersucht und in demselben gute Federn wahrgenommen; als sie es aber durch die Post zugesandt erhalten, habe sie gesehen, daß man inzwischen das Bett aufgetrennt, die meisten Federn herausgenommen, Hühnerfedern hineingesteckt und das Bett mit ganz großen Nähten zugenäht hatte.

Der Herr Vorsitzende des Gerichtes fragte die Zeugin genau aus, ob es wirklich wahr sei, daß sie die Federn in Heßgerath untersucht und gute Federn in demselben gefunden, zu Hanse aber ermittelt habe, daß das Bett wieder aufgetrennt gewesen und schlechte Federn enthalten habe. Die Zeugin bejahte dieß. [Wer diese Manipulationen vorgenommen hatte, ließ sich nicht mehr ermitteln.]

Der Herr Vorsitzende fragte ferner: „Also, Sie bekamen 25 Thaler und mußten 49 Thaler 29 Sgr. unterschreiben?“ — Zeuge: Ja, ganz genau weiß ich mich nicht zu erinnern, ob der Schuldschein auf 49 Thlr. 10 Sgr. oder 49 Thlr. 29 Sgr. lautete, wir mußten aber dem Hermann Leib 45 Thaler geben und dem Heinrich Leib für Schmutzgeld 4 Thaler und 10 oder 29 Sgr. Der Zeuge setzte noch hinzu, daß er mit dem Privatkläger noch einen Kustausch gemacht und später bei Herrn Gerichtsvollzieher Reigel beinahe 100 Thaler bezahlt habe. Herr Vorsitzender, zu Hanbrich gewendet: Wie ist es mit dem Schuldscheine von 150 Thlr.?

Zeuge Hanbrich: „Ich war am Bauen, brauchte Geld und ging zu Samson Leib in Remmagen, welcher mir 100 Thaler geben wollte mit den Bemerkten, ich müsse ihm 150 Thaler unterschreiben, denn er müsse auch etwas verdienen. Ich bat meinen Schwager, dem er müsse auch etwas übernehmen, dieser aber warnte mich. Samson Leib gab mir 100 Thlr., ich und mein Schwager mußten 150 Thlr. unterschreiben. Samson Leib bemerkte uns: „Wir wollen doch dem Kind einen Namen geben, dann bekommst Du auch noch Leder.“

Aber ich erhielt nur $\frac{1}{4}$ von einem Kalbsfell, welches ich nicht auf der Straße aufgerafft hätte. Nach zwei Monaten bekam ich und mein Schwager eine Aufforderung, die 150 Thlr. zu bezahlen; mein Schwager wurde getrieben und ließ das Geld in der Kreis-Sparkasse zu Wittlich, verklagte mich dann auf die Forderung und verhandelte das Urtheil an Hermann Leib, den heutigen Kläger. Dieser forderte mir das Geld und bemerkte, er habe die Sparkasse ausbezahlt; im vorigen Monat aber wurden die für meinen Schwager bei der Sparkasse als Bürgen unterschriebenen Ortsvorsteher Dießen und die Witwe Clemens Zimmer aus Cramés aufgefordert, die Schuld meines Schwagers bei der Sparkasse zu bezahlen.“

Die Ehefrau Haubrich stimmte mit den Ausführungen ihres Mannes genau überein, nur bemerkte sie noch, daß sie früher an Hermann Leib ein Kind vertauscht hätten auf eine Kuh und 25 Thlr. herausgegeben hätten; diese Kuh habe sich nicht melken lassen und sei auch nicht im Geßpann gegangen; sie hätten dann wieder mit Leib gehandelt, und wieder 25 Thlr. herausgegeben, aber auch diese Kuh sei nicht zu gebrauchen gewesen, und da hätten sie mit Herz Sahn getauscht und ihm 30 Thlr. herausgegeben; nun sei diese Kuh auch nicht gewesen, wie Sahn versprochen, und sie hätten dann dieselbe ohne Garantie für 25 Thlr. verkauft. Die Ehefrau Haubrich zeigte einen Brief nebst Quittungen von Hermann Leib vor, nach welchen sie 36, 15 und 37 $\frac{1}{2}$ Mk. bezahlt hatte, die ihr aber nicht abgezogen worden waren; den Brief mußte Leib laut vorlesen, und gab auch zu, denselben geschrieben zu haben, trotzdem er früher erklärt hatte, er habe mit den Eheleuten Haubrich nie Geschäfte gemacht. Die Witwe Heinrich Leib, Schwägerin des Hermann Leib, bekundete, das Federbett habe einen Werth von 18—20 Thaler gehabt. Der Herr Vorsitzende drückte sein Ersinnen aus, daß man auf dem Lande Federbetten habe, die 18 bis 20 Thaler werth seien, und meinte in Bezug auf die Zeugen, daß sie vielleicht habe 18—20 Mk. sagen wollen. Die Zeugin behauptete, ihr Mann habe mit den Eheleuten Haubrich das Geschäft mit den 25 Thlr. abgewickelt, nicht ihr Schwager Hermann Leib.

Nachdem sich das Gericht zur Verathung zurückgezogen hatte, und den Motivirungen des Herrn Vertheidigers des Angeklagten

F a ß b e n d e r, Bauernvereine.

10

in allen Theilen beigetreten war, insbesondere hervorgehoben hatte, daß der Trierische Bauern-Verein sich die Aufgabe gestellt habe, den Wucher zu bekämpfen und den Landmann vor demselben zu schützen, daß ferner der Angeklagte nur im Interesse des Trierischen Bauern-Vereins gehandelt habe, und dem Kläger einen Wucherfall nachgewiesen habe, wurde die Berufung des Privatklägers verworfen und demselben sämtliche Kosten zur Last gelegt.

B. Landwirthschaftliche Bank.

Der Vorstand des Trier. Bauern-Vereins mußte aber auch direkt finanzielle Hülfe bringen. Um die Mittel zu beschaffen, welche nöthig waren, um den durch die Viehverleihung und den Ankauf von Versteigerungs-Protokollen getriebenen Wucher zu bekämpfen, gründete der Vorstand zu Trier eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Landwirthschaftliche Bank“. Dieselbe wurde am 6. Febr. 1885 in das Handels-Register eingetragen.

Die Bank eröffnete ihre Wirksamkeit mit einem Actien-Capital von 30 000 *M.*; dasselbe ist jetzt erhöht auf 120 000 *M.* Zur Vermehrung des Betriebskapitals übernimmt die Bank auch Depositen und verzinst dieselben zu $3\frac{1}{2}\%$.

Die landwirthschaftliche Bank arbeitete zunächst an der Beseitigung des so verderblichen Viehleiheus auf halbe Zucht, indem sie selber Vieh verlieh, und zwar unter Bedingungen, welche es dem Viehleiher ermöglichen, in einigen Jahren Eigenthümer der ihm geliehenen Kuh zu werden. Der Vorstand verlangt nämlich 5% Zinsen vom Kaufpreise des Viehes; von diesem Betrage werden außerdem $2\frac{1}{2}\%$ Provision einmal zur Bestreitung der Geschäftskosten erhoben. In der

Regel gebraucht der Viehleiher 4 Jahre zur Rückzahlung; alsdann zahlt er an Zinsen und Provision zusammen jährlich $5\frac{5}{8}$ Prozent. Die Stempelfkosten des Actes trägt der Leihher. Ferner wird das Vieh versichert, damit, wenn durch Unglück das geliehene Vieh fällt, drei Viertel vom Werthe desselben erstattet werden. Die Leihher können ihre Schuld meist aus dem Erlöse der Nachzucht bezahlen; damit dieses erleichtert wird, nimmt die Bank jederzeit die kleinste Zahlung an.

Die Bank kauft auch Güter-Versteigerungs-Protokolle, um dem großartigen Wucher, welcher bei dem Ankauf solcher Protokolle getrieben wurde, entgegen zu arbeiten. Während manche Handelsleute vor der Gründung der landwirthschaftlichen Bank 10, 15 oder sogar 20% Rabatt verlangten, fordert die Bank nur einen Rabatt von 5%. Wenn das Aufgeld (Thalergeld) 5% beträgt, dann nimmt die Bank dieses Aufgeld als Rabatt und zahlt den Steigpreis voll aus. Wenn aber das Aufgeld etwa 7% beträgt, dann behält die Bank nur 5% von diesem Aufgelde und zahlt, außer dem vollen Steigpreise, auch noch den Rest des Aufgeldes, also 2% an die Versteiglasser aus. Die Handelsleute begnügen sich jetzt auch damit.

Ferner hat die Bank künstlichen Dünger für die Mitglieder des Trierischen Bauern-Vereins beschafft und hierdurch bewirkt, daß die früher so hohen Preise für Kunstdünger bei vielen Sorten desselben um mehr als die Hälfte niedriger geworden sind. Hierdurch hat der Vorstand den Mitgliedern des Vereins viele Tausend Mark erspart. Er hat auch vorgeschlagen, die Bauern-

Vereine möchten eine gemeinsame Fabrik für künstlichen Dünger anlegen.

Ueber den Umfang und die Zunahme der Geschäfte der Landw. Bank geben folgende Zahlen näheren Aufschluß:

Die Landwirthschaftliche Bank hat

a. Rüche und Rinder verliehen:

1. bis Ende 1885 . . .	238 Stück im Werthe von <i>M</i>	44 699
2. im Jahre 1886 . . .	399 " " " "	90 485
3. im Jahre 1887 . . .	611 " " " "	129 507
4. v. 1. Jan. b. 21. März 1888	132 " " " "	26 730
im Ganzen	1380 " " " "	291 421

b. Güter-Versteigerungs-Protokolle übernommen:

1. im Jahre 1885 im Betrage von	19 810
2. " " 1886 " " " " " " " " " " " "	64 205
3. " " 1887 " " " " " " " " " " " "	193 078
4. vom 1. Jan. bis 21. März 1888 im Betrage von .	49 712
im Ganzen für	326 805
Zu der Erledigung sind augenblicklich begriffen Protokolle für	47 600
Summa <i>M</i>	374 405

C. Vieh-Versicherung.

Nach den Bestimmungen der mit den Viehleihern aufgenommenen Verträge muß das geliehene Vieh versichert werden. Der Vorstand versicherte darum das verliehene Vieh zunächst bei der „Rheinischen Viehversicherungs-Gesellschaft“ in Köln. Diese Gesellschaft erhebt nach § 9 ihrer Versicherungsbedingungen für Rindvieh, ehe sie die Entschädigung für gefallenenes Vieh zahlt, eine Totalprämie von 15%, welche bei Viehbeständen von mehr als 1500 *M* Werth in jährlichen Prämien von

1½% zahlbar ist. Wenn nun bei Eintritt eines Schadens die Totalprämie durch die auf das betr. Stück Vieh entfallende Jahresprämie noch nicht gedeckt ist, so wird der gestundete Rest der Totalprämie von der Entschädigungssumme abgezogen. In Folge dessen ist, wenn ein Stück Vieh bald nach der Versicherung fällt, die Entschädigung eine geringere, als man nach § 18 der Versicherungs-Bedingungen, welcher eine Entschädigung von 75% des versicherten Werthes verspricht, erwarten sollte. Wir wollen dies durch ein Beispiel erläutern: Die Bank versicherte am 16. Juli 1885 ein Rind für 100 M. Dasselbe verendete am 23. December 1885. Die Vergütung für den Schaden wurde berechnet, wie folgt:

Die Entschädigungssumme betrug nach § 18 der Bedingungen 75% von 100 M = 75,00 M

Hiervon kamen in Abzug:

a) für Erlös aus der Haut	5,00	
b) für Porto und Unkosten	0,50	5,50 M
	<hr/>	
Netto-Entschädigung		69,50 M

Nach § 9 der Versicherungs-Bedingungen betrug die Totalprämie für das betr. Thier 15%, gleich 15,00 M
hierauf war gezahlt durch die Jahresprämie 1,20 M

es kam somit die gestundete Prämie in Abzug 13,80 M 13,80 M

Als Entschädigung wurden in Wirklichkeit also nur gezahlt 55,70 M

Diese Versicherungs-Bedingungen erschienen dem Vorstande der landw. Bank nicht günstig genug, um das vertriebene Vieh bei der Rhein-Viehversicherungs-Gesellschaft versichert zu halten. Weil nun eine andere Versicherungs-Gesellschaft mit günstigeren Bedingungen nicht zu ermitteln war, so ersuchte die Bank den Vorstand des Trierischen Bauern-Vereins, selber eine Viehversicherung zu gründen, welche zu festen, möglichst niedrigen Prämien versichert. In Folge dessen wurde denn der Trierische Vieh-Versicherungs-Verband gegründet. In dem Statut dieses Verbandes ist versucht worden, den Vortheil der kleinen Viehversicherungs-Vereine (niedrige Prämien, wenn wenig Unglück eintritt, und genaue Kontrolle) mit dem der großen Verbände (leichteres Tragen des Risikos) zu verbinden. Das Statut wurde am 21. Febr. 1885 der Königl. Regierung in Trier vorgelegt, jedoch erst am 12. Septbr. 1885 für den Regierungsbezirk Trier genehmigt. Dasselbe hat folgende wesentliche Bestimmungen:

In jedem Orte, an welchem 50 Stück Vieh angemeldet sind, wird ein Ortsverein gegründet; er hat einen eigenen Vorstand von 5 Personen, welcher von den Mitgliedern gewählt wird. Jeder Ortsverein hat eine eigene Kasse; jedes halbe Jahr wird für 100 Mark Werth des Viehes 1 *M* Prämie gezahlt. Drei Viertel des Werthes, zu welchem das Vieh versichert ist, werden im Falle eines Unglückes vergütet. Wenn beim Beginn eines Jahres für jede 100 Mark Werth des versicherten Viehes 4 *M* Prämie in der Kasse liegen, wird keine weitere Prämie mehr erhoben; wenn aber in

dem halben Jahre, für welches eine Prämie nicht erhoben ist, so viel Schaden entsteht, daß zur Vergütung desselben die Ortskasse nicht ausreicht, dann soll zunächst die Halbjahrsprämie, falls sie noch nicht erhoben ist, erhoben werden; reicht auch diese nicht aus, dann sollen die Mitglieder in diesem halben Jahre nichts mehr zahlen, sondern der Rest soll von einer **Centralkasse** bezahlt werden. Treten in diesem Halbjahre weitere Unglücksfälle ein, so leistet die Centralkasse auch diesen Schadenersatz. Erst beim Beginn des nächsten halben Jahres erhält die Kasse wieder eigene Mittel, indem alsdann ja wiederum eine Halbjahrs-Prämie den Mitgliedern abgefordert wird. Die **Centralkasse** wird gebildet dadurch, daß jeder Ortsverein eine Abgabe entrichtet. Der Ortsverein empfängt für jede 100 Mark Werth halbjährlich 1 Mark Prämie, und von dieser 1 Mark zahlt die Ortskasse 15 Pfg. an die Centralkasse. Wenn die Centralkasse nun mit diesem ihrem Gelde nicht ausreicht, um den einzelnen nothleidenden Kassen die fehlenden Beträge zu ersetzen: was dann? Dann hat sie das Recht, den ihr fehlenden Betrag durch eine allen Vereinen abgeforderte **Umlage** zu erheben. Damit nun jede Kasse im Stande bleibt, bei Eintritt eines solchen Nothfalles die Umlage zu bezahlen, ist festgesetzt, daß ein Ortsverein, welcher die Centralkasse in Anspruch nehmen muß, sofort bei seinen Mitgliedern die Hälfte der Halbjahrs-Prämie erheben soll: also für 100 *M* Vieh-Werth 50 *g*; aber dieses nachgeforderte Geld soll der Ortsverein im laufenden Halbjahre nicht zur Vergütung einzelner Vieh-Schäden verwenden — die Centralkasse zahlt ja dann

Alles —, sondern er muß dieses Geld aufbewahren, um es in dem eben geschilderten Nothfall an die Centralkasse zahlen zu können. Was diese an die einzelnen Ortsvereine zu Anshilfe gezahlt hat, das brauchen diese ihr nicht zu verzinzen oder zu erstatten. Wenn der Kassenbestand der Centralkasse so groß ist, daß er für jede 1000 *M* Werth der versicherten Thiere 2 *M* beträgt, dann kann der Verbandsvorstand beschließen, daß an die Centralkasse eine geringere oder auch gar keine Rückversicherungsprämie gezahlt wird. Durch einen solchen Beschluß wird verhindert, daß unnöthiger Weise eine große Menge Geldes aus den Taschen der Mitglieder genommen und als Reserve-Fonds, der vielleicht nicht 4 Prozent Zinsen trägt, aufbewahrt wird.

Die ganze dargelegte Einrichtung bewirkt, daß die einzelnen Ortsvereine sich eine gegenseitige Rückversicherung gewähren.

Der Verband versichert nur Rindvieh und zwar einstweilen nur im Regierungsbezirk Trier. Die Mitglieder des einzelnen Ortsvereines verhandeln ihre Angelegenheiten in der Ortsvereins-Versammlung. Jeder Ortsverein hat das Recht, auf 100 Stück Vieh 1 Vertreter zur Verbands-Versammlung zu wählen, damit in dieser über die Angelegenheiten des ganzen Verbandes entscheidenden Versammlung jeder Verein im Verhältniß zu seiner Größe vertreten ist und Stimmrecht ausüben kann.

Die Prämien werden bei Beginn eines jeden Halbjahres gezahlt; es ist durch mehrere Bestimmungen dafür

gesorgt, daß die Mitglieder an Pünktlichkeit gewöhnt werden; unpünktliche werden ausgeschlossen.

Der Verband eröffnete seine Wirksamkeit am 1. Novbr. 1885 mit 3 Ortsvereinen, nämlich: Munkirchen, Hilbringen und Weierweiler im Kreise Merzig. Ueber den Zugang an Versicherungen giebt folgende Tabelle Aufschluß. Der Verband hatte

Ortsvereine: Mitglieder: Thiere versichert im
Werthe von:

Ende Juni 1886	13	511	227 280 M
" Dec. 1886	14	653	354 543 "
" Juni 1887	20	1016	525 587 "
" Dec. 1887	27	1384	678 389 "
Am 21. März 1888	32	1627	732 249 "

Die Gründung weiterer Ortsvereine ist in Angriff genommen; es steht zu erwarten, daß bis Ende 1888 für mehr als eine Million Mark Vieh bei dem Verbande versichert ist.

Die Rechnungs-Verhältnisse des Verbandes sind in folgenden Uebersichten dargelegt:

I. Ortsvereine.

A. Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Einnahme:	1. Geschäftsjahr 1. Nov. 1885 bis 31. Dec. 1886		2. Geschäftsjahr 1887	
1. Baarbestand aus dem Vorjahre	—	—	2090	78
2. Versicherungs-Prämien	5478	49	11071	33
3. Erlös aus verwerthetem Vieh	246	92	1171	38
4. Zurückgezogene Capitalien	500	00	180	00
5. Zinsen von Capitalien	3	23	64	79
6. Verschiedene kleinere Einnahmen	18	97	189	78
7. Zutchuß an die Ortsvereine aus der Centralkasse	177	60	831	51
	6425	21	15599	57
Ausgabe.				
1. Rückversicherungs-Prämie der Orts- vereine an die Centralkasse	779	71	1602	02
2. Für regulirte Schäden (Kosten der Regulirung sind nicht erwachsen)	2658	30	6647	72
3. Verwaltungskosten	136	26	180	30
4. Angelegte Capitalien	600	00	2428	84
5. Für Formulare	52	55	53	15
6. Für Thierärzte, Honorar u. Arzneien	67	56	725	37
7. Verschiedene Ausgaben	40	05	168	46
8. Baarbestand	2090	78	3793	71
	6425	21	15599	57

B. Vermögensbestand am	31. Dec. 1886	31. Dec. 1887
Im Jahre 1886:		
1. Angelegte Capitalien (Pos. 4 der Ausgabe)	600 00	
hiervon wurden zurückge- zogen (Pos. 4 der Ein- nahme)	500 00	
mithin wirklicher Capital- bestand	100 00	
2. Baarbestand in den Kassen der Ortsvereine	2090 78	
Im Jahre 1887:		
1. Capitalien angelegt (Pos. 4 der Ausgabe)		2428 84
von diesen wurden zurück- gezogen (Pos. 4 der Einn.) somit wirklicher Capital- bestand		180 00
		2248 84
2. Baarbestand in den Kassen der Ortsvereine		3793 71
also Vermögen im Betrage von	2190 78	6042 55

II. Central-Casse.

A. Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Einnahme:	1. Geschäftsjahr 1. Nov. 1885 bis 31. Dec. 1886	2. Geschäftsjahr 1887
1. Baarbestand aus dem Vorjahre	—	359 91
2. Prämien von übernommenen Rück- versicherungen. (Diese Prämien wurden aus den Ortskassen gezahlt)	779 71	1602 02
3. Formularkosten, welche von den Orts- vereinen der Centralcasse erstattet wurden	52 55	53 15
4. Verschiedene kleinere Einnahmen	7 00	— 05
Summa aller Einnahmen	839 26	2015 13

Ausgabe.	1. Geschäftsjahr 1. Nov. 1885 bis 31. Dec. 1886	2. Geschäftsjahr 1887
Ausgabe:		
1. Zum Reservefonds	— —	354 54
2. Verwaltungskosten	191 25	235 35
3. Vorlagen für Formulare	103 50	46 50
4. Zuschuß an Ortsvereine	177 60	831 51
5. Verschiedene Ausgaben	7 00	— —
6. Angelegte Capitalien	— —	300 —
7. Baarbestand in der Casse	359 91	247 23
Summa aller Ausgaben	839 26	2015 13

B. Vermögensbestand am	31. Dec. 1886	31. Dec. 1887
Kassenbestand Ende 1886	359 91	— —
desgl. Ende 1887	— —	247 23
Angelegte Capitalien	— —	300 —
Reserve-Fonds nach § 49 des Statuts	— —	354 54
also Vermögen im Betrage von	359 91	901 77

Es haben nun auch Bauern aus dem Regierungsbezirk Coblenz beabsichtigt, ihr Vieh bei dem Trierischen Versicherungs-Verbande zu versichern. Demgemäß beschloß die General-Versammlung am 13. März 1887, die Wirksamkeit des Verbandes auf die Rheinprovinz und das Fürstenthum Birkenfeld auszudehnen. Dieser Beschluß wurde am 28. März, der Rest der geforderten Aktienstücke am 00. Juni 1887 vorgelegt; es war aber am 26. Mai eine Genehmigung dieses Beschlusses noch nicht erteilt worden.

Der Trierische Bauernverein hat nicht bloß von ausgesprochenen Gegnern des Bauernstandes, sondern auch von solchen, die sich Freunde der Landwirthschaft nennen,

hoffentlich wohl mehr aus Mißverständniß als bösem Willen Anfeindungen erfahren, ist aber unbeirrt seinen Weg weitergegangen und wird auch weiter wirken zum Segen des Bauernstandes und damit auch des Vaterlandes. —

4. Der Hessische Bauernverein.

Nachdem mehrere Herren, theils dem Grundbesitzer theils dem höheren Beamtenstande angehörend, katholische und evangelische Geistliche, Adelige und Bürgerliche — etwa fünfzehn an Zahl — den Entschluß gefaßt hatten, im Interesse des auch im Großherzogthum Hessen schwer bedrückten Bauernstandes einen Bauern-Verein zu gründen, fand am 26. August 1883 zu Bingen am Rhein die constituirende Versammlung des Vereins unter Annahme der Vereins-Statuten statt.

Durch die angestrengte Thätigkeit der Vorstands-Mitglieder, welche die einzelnen Ortschaften wiederholt besuchten und durch Vorträge und Besprechungen Aufschluß erteilten über die Ziele des Bauernvereins und zugleich auf Einführung practisch-wichtiger Neuerungen in allen Gebieten der Landwirthschaft auf das eifrigste hinwirkten, vermehrte sich die Mitgliederzahl des Vereins rasch, jedoch zunächst vorzugsweise nur in der Provinz Starkenburg, so daß sich dieselbe im Sommer 1885 auf ca. 1400 belief.

In Rheinessen nahm der Verein einen außerordentlichen Aufschwung, nachdem am 3. Dez. 1886 der Präsident des Westfälischen B.=V., Hr. v. Schorlemer-Alst, in Mainz einen zündenden Vortrag über

das Wesen, die Ziele und den Segen der B.-V. gehalten hatte. Dem mächtigen Einfluß des hochverdienten „Bauernkönigs“ hat der Hessische B.-V. an erster Stelle die Fortschritte zu verdanken, welche derselbe seit Anfang 1887 in Rheinhessen ununterbrochen gemacht hat! Die Mitgliederzahl des Vereins betrug nach dem Rechenschaftsbericht, welcher auf der General-Versammlung am 15. Januar 1887 zu Bodenheim bei Mainz gelesen wurde, ca. 1800; es sind indeß seit jener Zeit wieder so viele neue Anmeldungen erfolgt, daß zuversichtlich zu hoffen ist, daß das Jahr 1888 den Verein in das dritte Tausend einführen werde. Derselbe ist nunmehr in ca. 40 Ortschaften des Großherzogthums eingeführt und weist 32 Localvereine auf. Nur zwei Localvereine haben sich in Folge zu geringer Mitgliederzahl aufgelöst, während fast alle anderen eine fortwährende und meist sehr erhebliche Zunahme aufweisen. Auch in Oberhessen, wo seither der Verein nicht recht Wurzel fassen wollte, beginnt seit Kurzem sich das Interesse für denselben mehr zu regen, und da mehrere einsichtsreiche Männer in ihren Kreisen sich mit Geschick und Liebe der Förderung des Vereins annehmen, so dürfen bald auch in Oberhessen erfreuliche Fortschritte zu erwarten sein.

Das Vereinsvermögen, welches fast ausschließlich durch die Mitgliederbeiträge (eine Mark pro Jahr) gebildet und mit welchem die Ausgaben für das Vereins-Organ bestritten werden, beträgt zwei tausend Mark. — Betrachten wir nun noch die wichtigsten Leistungen des Vereins:

1. Seit 1. September 1884 erscheint zu Beginn jeden Monats als Vereins-Organ, der „Hessische Bauer“, und enthält die Bekanntmachungen des Gesamtvorstandes und der Localvereine, Abhandlungen agrarpolitischer, socialer, sowie rein practischer Natur; Beantwortung rechtlicher und practisch-landwirthschaftlicher Anfragen, die monatlichen Verrichtungen des Landwirths in Haus, Garten, Keller und Feld; Nachrichten aus den Bauern-Vereinen, Vermischtes und Annoncen. Wegen seines vielseitigen und practischen Inhalts wird dasselbe gern gelesen. Die Mitglieder erhalten es gratis. Neben dieser für Belebung und Verbreitung des Vereins wohl wirksamsten Gründung hat der Verein noch verschiedene äußerst segensreiche Institute geschaffen oder schaffen helfen.

2. Schon bald nach seinem Entstehen hat der Verein einen Vertrag mit der Stuttgarter Lebensversicherungs-Anstalt abgeschlossen, welcher seinen Mitgliedern ganz dieselben Vergünstigungen gewährt, welche sie dem so viel bedeutenderen Westfälischen B.=V. zugestanden hat.

3. Ferner ist mit einer bedeutenden Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen ein für die Mitglieder sehr günstiger Vertrag hinsichtlich des Bezugs derartiger Maschinen und Geräthschaften abgeschlossen.

4. Weiter hat der Verein mit der Frankfurter Hypothekenbank einen Vertrag abgeschlossen, wonach diese unter der Voraussetzung, daß der betreffende Localverein eine Bürgschafts-Genossenschaft gründet, den Mitgliedern der verschiedenen Localvereine Darlehen gegen

erste Hypothek gibt, die Seitens der Bank unkündbar, mit $4\frac{1}{4}\%$ verzinslich sind, und durch Zahlung von weiteren $\frac{3}{4}\%$ amortisirt werden (Annuitäten-Darlehen). Eine nähere Darlegung der großen Vortheile des Vertrags würde zu weit führen. Abdruck desselben liegt der Nr. 12 des „Hess. Bauer“ von 1887 bei und Nr. 1 und 2 von 1888 enthalten eine ausführliche Besprechung desselben.

5. Der Verein hat Vergleichsämtler und Schiedsgerichte für seine Mitglieder eingeführt, und es hat die rasche, kostenlose und stets völlig sachgemäße Erledigung rechtlicher Streitigkeiten durch diese segensreichen Institute schon zahlreiche Prozesse mit allen ihren schweren socialen und pecuniären Nachtheilen verhütet. Sehr rasch hat man deren Werth erkannt und immer häufiger nimmt man sie in Anspruch, namentlich seitdem es allgemein bekannt ist, daß der Schiedspruch unter den Parteien völlig die Wirkung eines rechtskräftigen gerichtlichen Urtheils hat, also ein unabänderlicher ist.

6. Jedes Vereinsmitglied hat das Recht, in allen rechtlichen Angelegenheiten, sowie in allen Fragen der practischen Landwirthschaft sich unentgeltlich bei dem Rechtsbeistand des Vereins Rathes zu erholen. Rechtsconsulent des Vereins ist Hr. Dacl von Röth-Wanscheid in Bessungen. Es wird das Anfragerecht im ausgedehntesten Maße benutzt. Wichtigere Entscheidungen werden — falls der Anfragende es nicht unterjagt haben sollte — im „Hess. Bauer“ ohne Namensangabe veröffentlicht. Auch in Folge dieser rechtlichen Belehrungen

sind schon zahllose Prozesse vermieden oder doch fallen gelassen worden, ein socialer Gewinn, den Jeder zu schätzen wissen wird, der die verheerenden Folgen der bauerlichen Prozeßsucht kennt. In dieser Thätigkeit des Rechtsbeistands und der Vergleichsämtler und Schiedsgerichte zeigt sich auch in Hessen der gesellschaftliche Werth der Bauern-Vereine in besonders hellem Lichte.

7. Der Verein hat im Interesse der Verbesserung der socialen und pecuniären Lage der Landwirthschaft verschiedene Petitionen an den Reichstag gerichtet, nämlich: eine solche zum Zweck der Herbeiführung der internationalen vertragsmäßigen Doppelwährung und einer gemeinsamen staatlichen Controle des Geldhandels (welche Frage seither im Reichstag noch nicht zur Verathung gekommen ist); ferner eine Petition zum Zweck der so nothwendigen Aenderung der Gesetzgebung in der Wucherfrage, in der Ordnung des ländlichen Credit- und Hypothekenwesens, in der dormaligen Executionsordnung, welche ja geradezu verderblich für den Bauernstand ist, im ehelichen Güterrecht und bauerlichen Erbrecht (diese Petition wurde seitens des Reichsjustiz-Amtes der Commission zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuchs für das deutsche Reich übermittelt, und ist deren Berücksichtigung in dem gedachten Gesetzbuch im Interesse des gesammten deutschen Bauernstandes dringend zu wünschen); endlich zwei Petitionen zum Zweck der Erhöhung der Getreidezölle, welche durch die recht ansehnliche Zahl ihrer Unterschriften jedenfalls zur glücklichen Lösung dieser für den Landwirth so überaus wichtigen Frage nicht

Fassender, Bauernvereine.

11

unwesentlich beigetragen haben. Die vor der ersten Zollerhöhung durch den B. V. im Großherzogthum in Umlauf gesetzte Petition trug nämlich 7000 Unterschriften und die vor der zweiten Erhöhung aufgelegte war mit über siebentausend Unterschriften bedeckt.

8. Durch die Initiative des Vereinsvorstandes entstanden in vielen Localvereinen Ortsviehversicherungsvereine, Consumvereine, wurden landwirthschaftliche Maschinen und Geräthschaften von Vereins wegen angeschafft. Produktionsgenossenschaften zum Zweck des gemeinschaftlichen Anbaues und der gemeinschaftl. Verwerthung landwirthsch. Producte sind im Entstehen begriffen, und die Gründung Raiffeisen'scher Creditkassen, über deren Vortrefflichkeit in den Vereinskreisen nur eine Stimme herrscht, wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Wenn man die geschilderten seitherigen Erfolge des Vereins betrachtet und dabei die kurze Zeit seines Bestehens berücksichtigt, ferner die anfängliche völlige Unkenntniß unseres Bauernstandes hinsichtlich des Zweckes der Bauernvereine, dessen anfängliche Unerfahrenheit in förderlicher Hebung der einzelnen Localvereine, weiter die geringen Mittel, welche dem Verein zu Gebot stehen, die vielen Vorurtheile und Anfeindungen, welche derselbe Anfangs nach Oben und nach Unten zu bekämpfen hatte — so sind diese Erfolge gewiß erfreuliche zu nennen und vor Allem der Güte der Sache zuzuschreiben, welche der Verein vertritt.

Einen großen Antheil an diesen Erfolgen hat aber auch ohne Zweifel der überall aufs Strengste durchgeführte Grundsatz, daß alle religiösen und politischen Parteifragen von den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben und der Verein den Standpunkt vertritt, daß ohne alle Rücksicht auf Confession oder politischen Parteistandpunkt Alle an der Hebung des Bauernstandes mitwirken sollen.

Präsident des Vereins ist Franz Freiherr von Wambolt zu Groß-Umstadt.

Erster Vice-Präsident: Bürgermeister Wolz zu Seligenstadt.

Zweiter Vice-Präsident: Deconom Peter Kaiser zu Gau-Algesheim.

Dritter Vice-Präsident: Oberlandesgerichts-Rath Dr. jur. Eugen Frank zu Darmstadt.

Wir wünschen recht herzlich, daß der aus so bescheidenen Anfängen zu seiner jetzigen Ausdehnung und Wirksamkeit herangewachsene Verein immer mehr an Mitgliederzahl und Wirksamkeit zunehmen möge zum Segen des Bauernstandes und der Gesamtheit.

5. Der Nassauische Bauernverein.

Die erste Anregung zur Gründung dieses Vereins fällt in das Jahr 1881 und zwar wurde diese Anregung geboten durch verschiedene Artikel des „Nass. Boten“, die die Zustimmung des Landvolkes und seiner beliebtesten Vertreter fanden. Es fehlte indessen auch dem jungen Vereine nicht an Feinden und Gegnern selbst da, wo man seine wärmsten Freunde hätte vermuthen sollen. Langsam, aber stetig hat der Verein an Mitgliedern dennoch

zugenommen und auf allen Versammlungen finden seine Bestrebungen und Einrichtungen lebhaften Beifall und große Anerkennung. Die Organisation des Vereins ist ähnlich der des Westfäl. Bauernvereins. Die Zahl der Mitglieder beträgt etwas über 3000, die sich zumeist auf den Westerwald und auf den Rheingau vertheilen.

Den Mitgliedern am Rhein, welche zum größten Theil Winzer sind, kam der Verein zu Hilfe durch Begünstigung und Förderung der Winzervereine und namentlich durch energisches Eintreten für das hergebrachte Schenkrecht der Winzer, welches dem kleinen Manne Gelegenheit bietet, seine selbstgezogenen und reingehaltenen Weine ohne Zwischenhändler preiswürdig an den Mann zu bringen, und durch die von dem Vereine zuerst geltend gemachte Forderung einer Verschärfung des Nahrungsmittelgesetzes zum Schutze des reinen und unverfälschten Produktes des Winzers. Die Thätigkeit des Vereins äußerte sich sodann in dem den Mitgliedern zu leistenden Rechtsbeistand, der wie überall, so namentlich auch in Nassau, den Landwirthen heutzutage so nothwendig ist. Gleich beim Entstehen des Vereins hat sich die Wohlthat dieser Einrichtung erwiesen durch die Belehrung einzelner Mitglieder, welche einer eingegangenen Viehversicherungsgeellschaft von Zeit zu Zeit immer wieder und nicht geringe Prämien zahlen sollten. Der angedrohte Prozeß ist unterblieben, nachdem der Rechtsbeistand des Vereins erklärt hatte, er sehe demselben getrost entgegen und die bisherigen Zahlungen konnten eingestellt werden. Seit dieser Zeit haben die Mitglieder die Vortheile, welche der Verein durch den

Rechtsbeistand gewährt, immer mehr schätzen gelernt. Der „landwirthschaftliche Rechts- und Gesetzkalender“, welchen der Verein jährlich drucken läßt, theilt die wichtigsten Gesetzesbestimmungen mit genau verständlichen Erklärungen und Belehrungen mit, damit er jedem Mitglied auch eine Art Rechtsbeistand und Selbstberater sein kann.

Ganz besonders sucht der Verein auf dem Wege der Gesetzgebung Hilfe für die Landwirthe zu erlangen, soweit es auf diesem Wege möglich ist. Deshalb ist der Verein in Petitionen an den Reichskanzler, Landtag und Reichstag eingetreten für Schutzzölle auf landwirthschaftliche Producte, für wirksamen Schutz der reinen (Milch) Butter und des unverfälschten Weines, für Wiedereinführung der Doppelwährung, für angemessene Erweiterung des Schenkrechtes der Winzer, für Ueberweisung eines Theiles der Grund- und Gebäudesteuer, für Ermäßigung des Immobilienstempels, für angemessene Verschärfung des Wuchergesetzes. Der Thätigkeit des Vereins ist es zu verdanken, daß die drückenden Bestimmungen einer Polizeiverordnung über Abschaffung des Doppeljoches gar nicht in Kraft getreten, die Polizeiverordnung über die Radfelgenbreite durch Erlass allgemeiner, diese Materie regelnder Vorschriften abgeändert worden ist, daß die Zeit zur Abhaltung von Pferdemonstrationen mit Rücksicht auf die ländlichen Arbeiten gewählt wird u. s. w.

Dem Creditwesen, welches für die Landwirthe noch sehr zu wünschen übrig läßt, hat der Nass. Bauernverein seine Aufmerksamkeit stets zugewandt und durch Gründung ländlicher Spar- und Darlehnskassenvereine

in einzelnen Ortsverbänden aufzuhelfen gesucht. Sodann war es des Vereins eifriges und fortgesetztes Bestreben, die Nass. Landesbank, welche jetzt eine Geldbank ist, wie jede andre, ihrem ursprünglichen Zweck, besonders der Landwirthschaft zu dienen, wieder nahe zu bringen. Bis jetzt hat dieselbe ihren Zinsfuß etwas herabgesetzt und Darlehn zu 4% gegen entsprechende Bürgschaft gewährt. Wir wollen hoffen, daß die Landesbank in ähnliche wohlwollende Beziehungen zu den ländlichen Creditsuchern treten wird, wie wir solches in Westfalen bei der Landschaft sahen.

Auf die Bitte des Vorstandes des Vereines haben die Militärintendanturen des XI. und VIII. Armeekorps sich bereit erklärt, Roggen, Hafer, Heu und Stroh direkt von den Landwirthen, die sich zu solchen Lieferungen vereinigen müssen, zu kaufen, wodurch der Zwischenhandel überflüssig wird. In 9 Ortsverbänden hat der Verein Saatreinigungsmaschinen aufgestellt, um den Mitgliedern Gelegenheit zu bieten, ihre Frucht zu reinigen und vor allem reines Saat Korn zu erhalten. Mit einer Lebens-, Hagel- und Feuer-Versicherungsgesellschaft hat der Verein Verträge abgeschlossen, welche den Mitgliedern große Vergünstigungen gewähren.

Desgleichen hat der Verein recht günstige Verträge geschlossen mit Lieferanten von Kohlen, Dünger- und Futtermitteln sowie Sämereien zum Zweck des gemeinschaftl. Bezugs. Das Organ des Vereins, „der Landwirth“, erscheint monatlich. Dasselbe führt eine stehende Rubrik: „Angebote und Nachfragen“, um den Verkauf und Kauf zwischen Mitgliedern direkt zu vermitteln und den

Zwischenhandel zu beseitigen. Präsident des Vereins ist H. Trapp in Müdesheim, Sekretär Pfarrer Ludwig in Balduinsfein.

6. Der „West- und Ostpreussische Bauernverein“.

wurde am 15. Dezember 1882 als „Westpreussischer Bauernver.“ zu Deutsch-Krone von 35 Herren gegründet, auf Grund eines provisorischen Statuts, welches fast ganz den Statuten des Westfälischen Bauernvereins entsprach. Die erste Generalversammlung am 13. März 1883, auf welcher der Freiherr v. Schorlemer-Alst erschienen war und eine mit großem Beifall aufgenommene Rede hielt, zeigte die volle Uebereinstimmung der Tendenz des neuen Vereines mit dem bereits erprobten Westfälischen Bauernverein. Der Verein entwickelte sich sehr rasch im Kreise Deutsch-Krone, blieb aber dann eine Weile stehen. Zwei Momente erschwerten nämlich sein Gedeihen in der Provinz Westpreußen, denn dieses Land bildet kein in sich zusammenhaltendes Ganze. Der Nationalität nach besteht die Bevölkerung aus Deutschen und Polen, konfessionell aus Katholiken und Protestanten.

Der Vereins-Sekretär, Gymnasiallehrer Dr. Lehmann, welcher Ostern 1883 nach Kulm, in die polnische Gegend Westpreußens, und von hier 1884 nach Köffel in Ostpreußen versetzt wurde, gab von Kulm aus zuerst ein Vereinsblatt heraus und verpflanzte sodann den Verein nach Ostpreußen. Hier in Ostpreußen, in den 4 Grenzländischen Landrathskreisen begann der Verein ungeahnt aufzublühen und Institutionen zu schaffen, welche bis

dahin nicht möglich gewesen waren. Wenn in Westpreußen durch die thätige Mitarbeit des Herrn Pfarrer Köper in Bütow eine gemeinsame Hagelversicherung abgeschlossen war, so wurde im März 1885 zu Köffel die erste Darlehnskasse gegründet, der bald die Kassen in Sturmshübel und Lautern des Köffeler Kreises und zu Kivitten im Heilsberger Kreise folgten.

Der Generalversammlung vom 29. Dezember 1885 legte der aus der Leitung des Vereins scheidende Dr. Lehmann einen en bloc angenommenen Reorganisationsentwurf des Vereins vor. Die einschneidendsten Punkte waren, daß der Sitz des Vereins aus Westpreußen nach Ostpreußen verlegt wurde und der Verein den Namen „West- und Ostpreussischer Bauern-Verein“ annahm. Der Mitgliederbestand betrug damals 1508 in den Kreisen Dt.-Krone, Köffel, Heilsberg, Braunsberg, Danzig Land, Bütow und Allenstein. Die eigentliche Leitung des Vereins übernahm nunmehr neben dem wiedergewählten Vorsitzenden, dem Gutsbesitzer Polzin-Breitenstein, der Stiftsprediger Schacht in Croffen bei Wormditt als Vereinssekretär. Während der mehr als 2 jährigen unermüdlchen Amtsthätigkeit des letzteren hat der Verein fast das ganze Ermland gewonnen und dasselbe zugleich mit einem Netz von Darlehnskassen überzogen. Zu Beginn des Jahres 1888 zählte der Verein bereits 2800 Mitglieder, davon über 2500 in den 4 Ermländischen Kreisen Ostpreußens. Darlehnskassen bestanden bereits 25, welche mit immer größerem Erfolge arbeiten. In diese Zeit fällt auch die Bildung von Bezugsgenossenschaften für Samereien, künstlichen Dünger etc. Als wichtigen Fort-

Schritt kann man auch die Festsetzung eines Normal-Dienstvertrages für das Gefinde ansehen. In Danzig erscheint 6 mal im Jahre das Vereinsblatt, der „West- und Ostpreussische Bauer.“ Eine landwirthschaftliche Winterschule zu gründen, ist bislang leider nicht gelungen, dafür gingen auf Veranlassung des Vereins seit dem Jahre 1884 jeden Winter eine Reihe von Mitglieder-Exkursionen auf die Westfälischen Schulen nach Fretter und Frettenhorst. In socialpolitischer Beziehung trat der Verein für die landwirthschaftlichen Schutzvölle ein und richtete dieserhalb zum ersten Mal im Jahre 1884 und sodann 1887 auf Resolution der Generalversammlung eine Petition an Reichstag und Reichskanzler.

7. Der Eichsfeldische Bauernverein

wurde gegründet am 11. Februar 1885 in einer zu diesem Zwecke nach Heiligenstadt besonders berufenen Versammlung der Landwirthe des Eichsfeldes und erhielt seine Organisation in der am 19. April desselben Jahres abgehaltenen ersten Generalversammlung, welche durch die Anwesenheit des um die Bauernvereinsache hochverdienten und weithin bekannten Freiherrn von Schorlemer-Alst einen besonderen Glanz erhielt. — Die segensreiche Wirksamkeit, welche der Westfälische Bauernverein zum Besten der Bauernschaft entfaltete, hatte längst den Wunsch nach gerufen, auch für das Eichsfeld die Bildung eines Bauernvereins herbeizuführen. Die Ausführung dieses Planes scheiterte jedoch immer noch daran, daß die geeignete Persönlichkeit fehlte, um die erforderliche Agitation unter

der Bauernschaft wachzurufen und mit der eigentlichen Gründung des Vereins vorzugehen. Da erschienen gegen Ende des Jahres 1884 Emissäre des „Rusticalen Vereins“ in Berlin und begannen unter der Vorpiegelung, im Einverständnisse mit dem Dr. Freiherrn von Schorlemer-Alst zu handeln, auf einzelnen Dörfern der Kreise Heiligenstadt und Worbis für die Zwecke des genannten Vereins Propaganda zu machen. Dieses war die nächste Veranlassung, energisch mit Gründung eines selbständigen eichsfeldischen Bauernvereins vorzugehen. Die „Eichsfeldischen Volks-Blätter“ brachten die sogenannten „Bauernbriefe“, deren populäre und packende Sprache auf dem ganzen Eichsfelde zündete, so daß die Redaction der „Volksblätter“ gedrängt wurde, die gesammte Bauernschaft zu einer auf den 11. Februar 1885 in Heiligenstadt anzuberaumenden Versammlung einzuladen. Auf dieser Versammlung, die von etwa 500 Landwirthten besucht war, wurde einstimmig die Gründung eines selbständigen eichsfeldischen Bauernvereins beschlossen und traten 250 Mitglieder demselben bei. Das Comité, welches die Vorbereitung zu dieser Versammlung getroffen hatte, wurde beauftragt, die weiteren Schritte zu thun, um bald eine Generalversammlung zu berufen und in derselben die Organisation des Vereins zu bewerkstelligen.

Bereits am 19. April 1885 trat in Heiligenstadt die erste Generalversammlung zusammen; nahm die für den Westfälischen Bauernverein geltenden Vereinsstatuten unverändert an und wählte den Vereinsvorstand, 20 Beisitzer und die Ausschußmitglieder.

Im Juli 1885 erschien zum ersten Male die Vereinschrift „Der Eichsfeldische Bauer“ und kündigte sich in folgenden Worten an:

„Wir wollen der Verfechter und Vertreter der Interessen unseres Bauernstandes und insbesondere des eichsfeldischen Bauernvereins sein und legen deshalb folgendes Bekenntniß ab: 1. Unser Standpunkt ist der christliche. 2. Unser Zweck ist die Vertretung der Interessen des bäuerlichen Grundbesitzes. 3. Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind Aufklärung, Belehrung und Anregung in allen Fragen, welche die Interessen des Bauernstandes berühren“.

In diesem Jahre wie im Jahre 1886 erschien die Vereinschrift, je 16 Seiten in Octav, alle 2 Monate. Vom Jahre 1887 an ist sie in zwölf Nummern erschienen.

Mit 250 Mitgliedern hatte der Verein seine Wirksamkeit begonnen und war bereits im October des Jahres seiner Gründung auf 950 Mitglieder gestiegen. Zu diesem raschen Wachsthum trugen wesentlich die auf den einzelnen Ortschaften abgehaltenen Localversammlungen bei, welche seitens der Vorstands- und Ausschußmitglieder unter manchen Opfern veranstaltet wurden. Besonders waren es die Kreise Heiligenstadt, Mühlhausen und Worbis, in denen der Verein eine rasche Verbreitung fand, während der Kreis Duderstadt, das sogenannte Untereichsfeld, sich der Bewegung bis jetzt noch nicht angeschlossen hat. Es hat dieses seinen Grund in den besondern Verhältnissen, welche dort wegen der frühern Zugehörigkeit dieser Landestheile zum Königreiche Hannover bestehen. Am Ende des Jahres 1886 zählte der Verein rund 1700 Mitglieder und vermehrte sich bis Ende des Jahres 1887 auf rund 4000.

Die allgemeine Nothlage der Landwirthschaft und besonders der Kleinbauern macht sich in dem Vereinsbezirke des Eichsfeldes recht empfindlich geltend, da nur angestrenzte Thätigkeit dem nicht gerade sehr erträglichen Boden das Nothwendige abgewinnen kann. Die durch das Hochland bedingten klimatischen Verhältnisse bringen es nicht gar oft zu gewinnreichen Ernten. Wenn man hierbei die Uebervölkerung des Landes in Rechnung bringt, welche alljährlich zu massenhaften Auswanderungen zwingt, so dürfte es erklärlich sein, wenn sich die Nothlage unter der Bauernschaft hier ganz besonders bemerkbar macht und nach wirksamer Hülfe ruft.

Gleich nach der Gründung des Vereins begann dieser seine Thätigkeit mit der Einrichtung von gemeinsamen Bezügen landwirthschaftlicher Gebrauchsartikel, wie Kunstdünger, Kraftfuttermittel &c. Während im Herbst 1885 nur 23 Ctr. künstlicher Düngemittel gemeinsam bezogen wurden, hat sich die Betheiligung an den gemeinschaftlichen Bezügen derartig vermehrt, daß für die Frühjahrsbestellung pro 1888 allein 3600 Ctr. Chilisalpeter bestellt und hierdurch der Bauernschaft eine Summe von 6000—7000 *M* erspart wurde.

Die Ueberzeugung, daß die nothwendigen Versicherungen gegen Feuer, Hagel und Viehverluste große Geldopfer fordern, spornte den Vereinsvorstand an, günstige Abschlüsse mit Versicherungsgesellschaften zu erzielen, was allerdings bis jetzt noch nicht in vollständig befriedigender Weise gelungen ist. Dagegen hat der Verein den auf Gegenseitigkeit beruhenden eichsfeldischen Viehversicherungsverein ins Leben gerufen, welcher mit dem 1. Januar

1887 seine Thätigkeit begann und sich gegenwärtig eines glücklichen Gedeihens erfreut. Die auf Grund des Genossenschafts = Gesetzes neu verfaßten Statuten werden voraussichtlich in der Generalversammlung des Viehversicherungsvereins pro 1888 zur definitiven Annahme kommen. Bis zum 1. Dezember 1887 zählte der Verein 1456 Mitglieder, welche für versichertes Vieh 15 157 *M* 68 *S* zur Kasse gezahlt und 10 249 *M* 29 *S* für erlittene Verluste aus dieser empfangen haben. Die Verwaltung der Vereinsangelegenheiten geschieht unentgeltlich, nur der Schriftführer und Kendant werden remunerirt.

Um im Bezirke des Bauernvereins die Gründung von Spar- und Darlehnskassen zu erreichen, wurden in den wiederholt abgehaltenen Vorstands- und Ausschußsitzungen, welche jährlich regelmäßig drei Mal stattfinden müssen, eifrige Verathungen gepflogen. Als auf besonderes Ersuchen des Vereinsvorstandes der Verfasser dieser Schrift über Gründung der Spar- und Darlehnskassenvereine in der zweiten in Heiligenstadt abgehaltenen Generalversammlung am 17. Mai 1886 einen instructiven Vortrag gehalten hatte, wurde zwar eifrig in diesem Sinne fortgearbeitet, aber es gelang erst gegen Ende des Jahres 1887, nach Ueberwindung mancher Schwierigkeiten den ersten Spar- und Darlehnskassen-Verein in Heiligenstadt in's Leben zu rufen. Derselbe hat mit dem 1. Januar 1888 seine Thätigkeit begonnen und entfaltet nunmehr eine rege Wirksamkeit. Da auch die Aufnahme der auf dem Eichsfelde ins Leben tretenden Spar- und Darlehnskassenvereine in den Verband der ländlichen Centralkasse in Münster i/W. erlangt ist, so

dürfte die schnelle Verbreitung dieser Vereine nur noch eine Frage der Zeit sein. Die größten Verdienste um die Entwicklung des G.-B.-Vereins hat sich der hochwürdige Herr Commissariatsassessor Osburg in Heiligenstadt erworben.

8. Der Schlesische Bauernverein

wurde am 12. Dezember 1881 zu Neustadt in Oberschlesien (im Saale des Volksgartens) gegründet. Die Constituirung fand mit 3700 Mitgliedern statt. Der Verein zählte bis Ende 1887 gegen 8500 Mitglieder. Die Statuten des Vereins stimmen im wesentlichen mit denen des Westfälischen Bauernvereins überein. Vorsitzender ist seit der Gründung Freiherr von Hüne-Groß-Wahlendorf. Als Vereinsorgan dient die „Monatschrift des Schlesischen Bauernvereins“, welche neben den zahlreichen Lokalversammlungen viel zur Aufklärung und Belehrung des oberschlesischen Bauernstandes beiträgt. Besonders sind es die Gebiete des Versicherungs- und Credit-Wesens (Einrichtung von ländlichen Spar- und Darlehnskassenvereinen), wo der Verein bis jetzt recht befriedigende praktische Erfolge zu verzeichnen hat. Allerdings sind die oberschlesischen Zustände derartig, daß dort größere Schwierigkeiten, wie in anderen Landestheilen zu überwinden sind, um so dankbarer ist aber auch die Aufgabe des Vereins und es unterliegt nach der bisherigen stetigen Entwicklung keinem Zweifel, daß dem Vereine noch eine große Zukunft beschieden sein wird.

9. Der Mittelbadische Bauernverein.

wurde gegründet am 12. Juli 1885. Er besteht, wie der Name besagt, im mittleren Theile des Großherzogthums Baden: am stärksten ist er vertreten in den Amtsbezirken Fahr und Offenburg, Ettenheim und Achern, in geringerem Maße in den Bezirken Emmendingen, Oberkirch und Bühl. Der Verein zählt bis jetzt 76 Ortsverbände, die Mitgliederzahl beträgt rund 4000. Die Mitglieder gehören größtentheils zu den Kleinbauern. Der Adel und Großgrundbesitz hielten sich bisher fern vom Verein, sind demselben, wie auch eine Anzahl Beamte, sogar theilweise feindlich gesinnt und suchen ihn mit allen möglichen Mitteln zu bekämpfen. Die Thätigkeit des Vereins umfaßt zunächst den Rechtsschutz der Mitglieder gegen wucherische Uebervortheilungen im Handel mit Vieh, Tabak, Wein, Holz, Cichorie; sodann das Versicherungswesen wie in den anderen geschilderten Bauernvereinen, gemeinschaftliche Beschaffung von landwirthschaftlichen Geräthen und Maschinen, Futtermittel, Kunstdünger, endlich Petitionen an die gesetzgebenden Körperschaften.

D. Schlußwort.

Im Vorstehenden haben wir die Ergebnisse unserer Erkundigungen über Verbreitung, Leistungen und Ziele der Bauernvereine niedergelegt. Bei den einzelnen Vereinen treten verschiedene Aufgaben in den Vordergrund je nach den Bedürfnissen der betreffenden Gegend. Hieraus ergibt sich am klarsten, wie wenig den Interessen des Bauernstandes durch einen allgemeinen deutschen Bauernverein gedient sein möchte. Sollten Vereine übersehen worden sein, so liegt die Schuld nicht am guten Willen des Verfassers und wird derselbe für etwaige Ergänzungen und Berichtigungen sehr dankbar sein.

Nach vorstehender Aufstellung bilden die Bauernvereine bis jetzt eine Schaar von rund 85 000 Bauern. Diese Zahl ist eigentlich nicht bedeutend und wir müssen sagen: Wir stehen erst an den Anfängen einer Bewegung, die die Berechtigung und Fähigkeit einstiger Größe in sich trägt. Daß dieselbe in einem Vierteljahrhunderte aber nicht bereits weiter fortgeschritten, wird denjenigen nicht wundern, der unsern Bauernstand kennt und daher weiß, wie abgeneigt derselbe allen Neuerungen ist. Dazu kommt, daß den bestehenden Vereinen vielfach harte Prüfungen nicht erspart geblieben sind. Manches Mißverständniß der Sache hat Zweifel über die Nothwendigkeit der ganzen Bauernvereinsbewegung, selbst in maßgebenden Kreisen erweckt.

Wie es der Energie der gegenwärtigen Leiter der Vereine aber gelungen ist, dieselben von jedem berechtigten Vorwurfe frei zu halten, so wird es mit Gottes Hilfe auch gelingen, noch bestehende Vorurtheile und Mißtrauen zu beseitigen und alle, die den Vereinen bisher mit ver- schränkten Armen gegenübergestanden, zu vereinter Thä- tigkeit für die Wohlfahrt der einen wirklichen Kampf um's Dasein führenden Bauernschaft zu begeistern.

Drei Klippen sind es indessen, die die Bauernvereine auf ihrem weiteren Wege wie bisher zu meiden sich an- gelegen sein lassen müssen, nämlich 1. müssen sie sich hüten, in das Schlepptau von „Strebern“ genommen zu werden, welche auf den Schultern des Bauernstandes ihre eigenen selbststüchtigen Pläne zu erreichen suchen, und Unab- hängigkeit nach allen Seiten sei die Devise! 2. müssen sie sich hüten, in das Fahrwasser irgend einer der be- stehenden politischen Parteien zu gerathen, sie müssen vielmehr unbeirrt als einziges Ziel die Wahrung der Interessen der Landwirthschaft im Auge behalten, 3. müssen sie sich bei der Verfolgung des letztgenannten Zieles vor einseitiger Interessenpolitik mit Verfennung der berechtigten Forderungen anderer Berufsclassen, wie der Industrie, des Handels &c. hüten, vielmehr immer den Blick auf die Gesamtheit der Bevölkerung gewendet halten, denn nur so werden gleichmäßig die Interessen der Ver- treter der Landwirthschaft, wie auch der Gesamtheit gewahrt bleiben.

Wir können ohne Schwierigkeit in den vorhandenen Bauernvereinen die Anfänge „der freiwilligen Innung des Bauernstandes“ erblicken, welche mit Leichtigkeit zu

faßender, Bauernvereine.

12

allgemeinen Wirthschaftsgenossenschaften in Provinzialverbänden und mit Unterabtheilungen für Kredit-, Consum-, Absatz-, Productions- u. s. w. Genossenschaften, der einzig vernünftigen Lösung der Agrarfrage, weitergebildet werden könnten. Ob dieses Ziel je erreicht werden wird, — wer wagt es zu behaupten? —

Ist dieses aber auch nicht der Fall, und bleiben die Vereine in der gegenwärtigen Organisation, immer wird diejenigen, welche bisher mit selbstloser Aufopferung von Zeit, Kraft und Geld dem Wohle des Bauernstandes durch Förderung der Vereine als einer Herzensangelegenheit gedient haben, das Bewußtsein, mit Erhaltung und Stützung der Grundlage aller gesellschaftlichen Ordnung und des ächt conservativen Elementes, wie es jeder Landwirthschaft treibenden Bevölkerung eigen und natürlich ist, Kirche und Staat den größten Dienst erwiesen zu haben, alle Beschwerden und Kämpfe und ungerechten Verdächtigungen vergessen lassen bei dem Gedanken, daß es der christliche Geist und Gott selbst verlangt, dem Nächsten in seiner Noth hilfreiche Hand zu bieten.

Wie es mit der Landwirthschaft bestellt ist in der Gegenwart, haben wir in der Einleitung gesehen. Die Bauernvereine sind bestimmt, wie es ihr Name besagt, besonders dem Theil der landwirthschaftstreibenden Bevölkerung zu dienen, welchen wir als den mittleren und kleinen Grundbesitzer bezeichnen, dessen einzige oder doch hauptsächlichste Erwerbsquelle der Betrieb der Landwirthschaft bildet und wo der Wirth und die Wirthin nicht nur selbst den Betrieb unmittelbar leiten, sondern auch selbst mit Hand anlegen und arbeiten. Und die Er-

Haltung dieser Volksklasse als einer gesunden und kräftigen sollte nicht von der größten Bedeutung für ein Volk und das bezügliche Streben der Bauernvereine soll kein eminent patriotisches, wie auch christliches sein?

Der feste und sichere Charakter des Bodens, an den der Landmann gekettet, geht auch auf ihn selbst über; dazu erzeugen die Gleichmäßigkeit und Stetigkeit des landwirthschaftlichen Betriebes bei dem Bauer eine zähe Anhänglichkeit zu dem Gewohnten, Althergebrachten und darin beruht die große politische Bedeutung des Bauernstandes. „Bildet der Bauer“, sagt Jösting („Bedeutung der Bauerngüter für Volks- und Staatsleben“) „auch keine conservative Partei, so stellt er aber eine conservative Macht dar“ und es möchte der bekannte Socialpolitiker Riehl wohl Recht haben, wenn er meint: „in den socialen Kämpfen unserer Tage hat der Bauer eine wichtigere Rolle gespielt, als die meisten ahnen, denn er hat den natürlichen Damm gebildet gegen das Ueberfluthen der französischen Revolutionslehren in die untern Volksschichten. Nur der träge Widerstand der Bauern hat im März 1848 die deutschen Throne gerettet. Man sagt, die Revolution sei vor den Thronen stehen geblieben; das ist nicht ganz richtig: die Bauern sind vor den Thronen stehen geblieben. Es war aber jene Trägheit keine zufällige, sie quoll vielmehr aus dem innersten Wesen des deutschen Bauern“.

Daß der Bauer Besitzer und Bewirthschafter in einer Person, gestaltet seinen Beruf zu einem schwierigen, welcher Ueberlegung und Emsigkeit in hohem Grade erfordert, weshalb wir bei dem Bauer nüchterne Besonnen-

heit meistens vertreten finden. Seine Arbeit währt von der Morgenröthe unter den glühenden Strahlen der Mittagsonne bis zum späten Abend und leidet keine Unterbrechung; kein Wunder, wenn Fleiß und Thätigkeit eine Erbtugend des Bauernstandes geworden sind. Die Ungewißheit des Erfolges trotz Mühe und Sorge und die enge Beschränkung in der Einwirkung auf den Gang der Natur rufen bei dem Bauer naturgemäß mächtiger, wie bei irgend einem andern Stande, das Gefühl der Abhängigkeit von einer unsichtbaren Macht hervor und lenken seinen Sinn zu dem Allmächtigen hin, von dem allein der Ernte Segen zu erwarten ist. Und daher bietet der Bauer ein natürliches Bollwerk wie gegen die politischen Umsturzparteien, so auch gegen das Vordringen verneinender Elemente auf religiösem Gebiete.

Sehr wahr sagt Schmittthener in seinen „Zwölf Büchern vom Staate“: „Das Eigenthum am vaterländischen Boden kittet den Menschen an denselben und im Bauernstande schlägt der Staat seine tiefsten Wurzeln. Ruhiger Ernst und Festhalten am Althergebrachten ist der Charakter des Landmannes. Im Umgange mit den Geistern der Natur und stets abhängig von ihren Mächten, verliert er nimmer die Gottesfurcht aus dem Herzen, so daß Cato mit Recht sagt, der Landmann hat die wenigsten bösen Gedanken. Ebenso gibt ihm der Proceß seiner Production, der sich nur in längeren Zeitkreisen vollendet, den Sinn für den Frieden, wie denn Plutarch sehr schön sagt: Numa habe mit dem Ackerbau den Römern den Liebestrauf des Friedens gereicht. — Auch ist der Bauer, da seine Subsistenz weniger durch die

Gesellschaft vermittelt ist, selbständiger als der Bürger.“ So sagt ferner Niebuhr in seiner „Römischen Geschichte“: „Nicht mit Unrecht hielten die Politiker des Alterthums nur den Landmann für einen ganz zuverlässigen Bürger. . . . Der freie Landmann, der sein eigenes Feld bestellt und erntet, genießt durch den Lauf der Jahreszeiten und die Natur seiner Geschäfte eine abwechselnde liberale Muße, ohne die es fast unmöglich ist, Leib und Seele in unverdorbener Gesundheit zu erhalten. Der städtische Arbeiter erholt sich kaum an Festtagen. Ihm fehlt das ruhige Selbstvertrauen, welches bleibendes Eigenthum gewährt. Den Städter verwirren dunkle Begriffe und Mißbrauch des Gespräches. Auf dem Lande erhält sich der Volksstamm; in den Städten ergänzen sich Einwohner aus allen Völkern und Ländern.“

— Und Gustav Freytag in seinen berühmten „Bildern aus deutscher Vergangenheit“ sagt: „Wieder muß daran erinnert werden, daß von jeher der Bauernstand die große Quelle war, aus welcher neue Familientraft in die Kunststuben und die Arbeitszimmer der Gelehrten aufstieg. Auch deshalb liegt die Grundlage für das Gedeihen der Völker in der einfachen Thätigkeit des Landmannes, der menschlichen Arbeit, bei welcher Geist und Körper, Anstrengung und Erholung, Freude und Unglück durch die Natur selbst regulirt werden. Der Untergang der freien Landarbeiter hat mehr als einmal die politische Existenz der Staaten untergraben ja, er hat einst die tödtliche Schwäche des großen Römerreiches und das Absterben der antiken Welt zur Folge gehabt. Je reichlicher und ungehinderter neue Kraft aus den unteren Schichten in

die anspruchsvolleren Kreise aufsteigt, desto kräftiger und energischer wird das politische Leben des Volkes sein können.“

Wöchten diese Worte allseitig erfaßt und beherzigt werden, dann wird auch das vorurtheilsfreie Verständniß für die Bestrebungen der Bauernvereine sich entwickeln und wer immer noch nicht in Selbstsucht verknöchert ist, wird bald zu finden sein in den Reihen derjenigen, die auf dem von den Bauernvereinen vorgezeichneten Wege die schönen Worte des berühmten Nationalökonomten Roscher zu befolgen streben:

„Bewahren wir unseren Bauernstand, diesen Schatz und Reservecfond unserer nationalen Zukunft mit gebührender Sorgfalt! So schwer das Erhalten auch oft sein mag, es ist immer noch viel leichter, als das Wiederherstellen, denn der Bauernstand ist die Wurzel des Volksbaumes. Die Blüthen, Blätter und Zweige der Krone, ja selbst der Stamm können absterben und, wenn die Wurzel gesund ist, ersetzt werden. Aber wo die Wurzel nichts taugt, da geht der ganze Baum zu Grunde.“ Drum trage jeder sein Scherflein zur Erhaltung des Bauernstandes bei! Dann ist die Hoffnung nicht verloren, daß man mit dem Dichter nochmals wird sagen können:

„Du frommer, freier Bauernstand
Du liebster mir von allen,
Dein Erbtheil ist im deutschen Land
Gar lieblich dir gefallen.“

Im Verlage von Ferdinand Schöningh in
Paderborn und Münster ist erschienen:

Westfalens Thierleben

in Wort und Bild.

Herausgegeben

von der zoologischen Section des Westfälischen Provinzial-Vereins
für Kunst und Wissenschaft
unter Leitung von

Dr. B. Landois,

o. Professor an der Akademie zu Münster.

I. Abtheilung:

Die Säugethiere.

Mit 13 Vollbildern und
52 Text-Illustrationen in Holzschnitt.

Brochirt *N* 12,00,
eleg. geb. mit Deckenzeichnung
N 13,50.

II. Abtheilung:

Die Vögel.

Mit einem Titelbild, 13 Vollbildern
nach Originalzeichn. in Holzschnitt
und zahlreichen Text-Illustrationen.

Brochirt *N* 10,50,
eleg. geb. mit Deckenzeichnung
N 12,00.

→: Jede Abtheilung des Werkes ist einzeln käuflich. ←

Wissenschaftliche Begründung unter verständlicher Form, lebendige Schilderung der engeren Naturschönheiten Westfalens, Liebe zur heimatlichen Provinz und der Drang, die Kenntniss ihrer Thierwelt Jedermann zu vermitteln, sind die leitenden Triebfedern bei der Abfassung dieses Werkes gewesen. Autoritäten, wie Professor Dr. Bernard Altum, Rehring, Blasius, Koll, Zenthoff haben sich in lobender Weise über das Werk ausgesprochen.

Die vorzüglichsten essbaren Pilze der Provinz Westfalen

und der anstoßenden Gebiete.

Von

L. Pollner und G. Hammerschmidt,
naturwissenschaftl. Lehrer. Bauschullehrer in Hörter.

Mit 18 colorirten Tafeln. Im Anhang ihre Zubereitung.
8°. Geh. *N* 2,40.

Der Viehhandel im Gebiete des preuß. Landrechts nebst einem Anhang

enthaltend

die Bestimmungen des gemeinen deutschen Rechts.

Auf Veranlassung des Vorstandes des Westfälischen Bauern-Vereins
für die Landwirthe bearbeitet von

Ferdinand Schulz,

Rechtsanwalt beim Königl. Oberlandesgericht zu Hamm.

40 Seiten. 16°. In steif. Umschlag geb. 50 Pfg.

Ein recht nützlichcs Büchlehen, welches, wenn auch ursprünglich für die Rechtsverhältnisse in Preußen geschrieben, durch seinen Anhang auch die für uns geltenden Rechtsgrundsätze in klarer und verständlicher Weise darlegt und in vielen einfachen Fällen den Rath eines Rechtskundigen überflüssig machen wird.

Braunschw. landw. Ztg. 1886. Nr. 46.

Das Büchlein hat den Zweck, dem Landwirth ein Rathgeber zu sein über alle einschlägigen Rechtsfragen: Verträge und ihrer Anfechtung; Zeit der Uebergabe, Abnahme und Zahlung; Viehmängel, Klage und Beweis; Pflichten des Käufers.

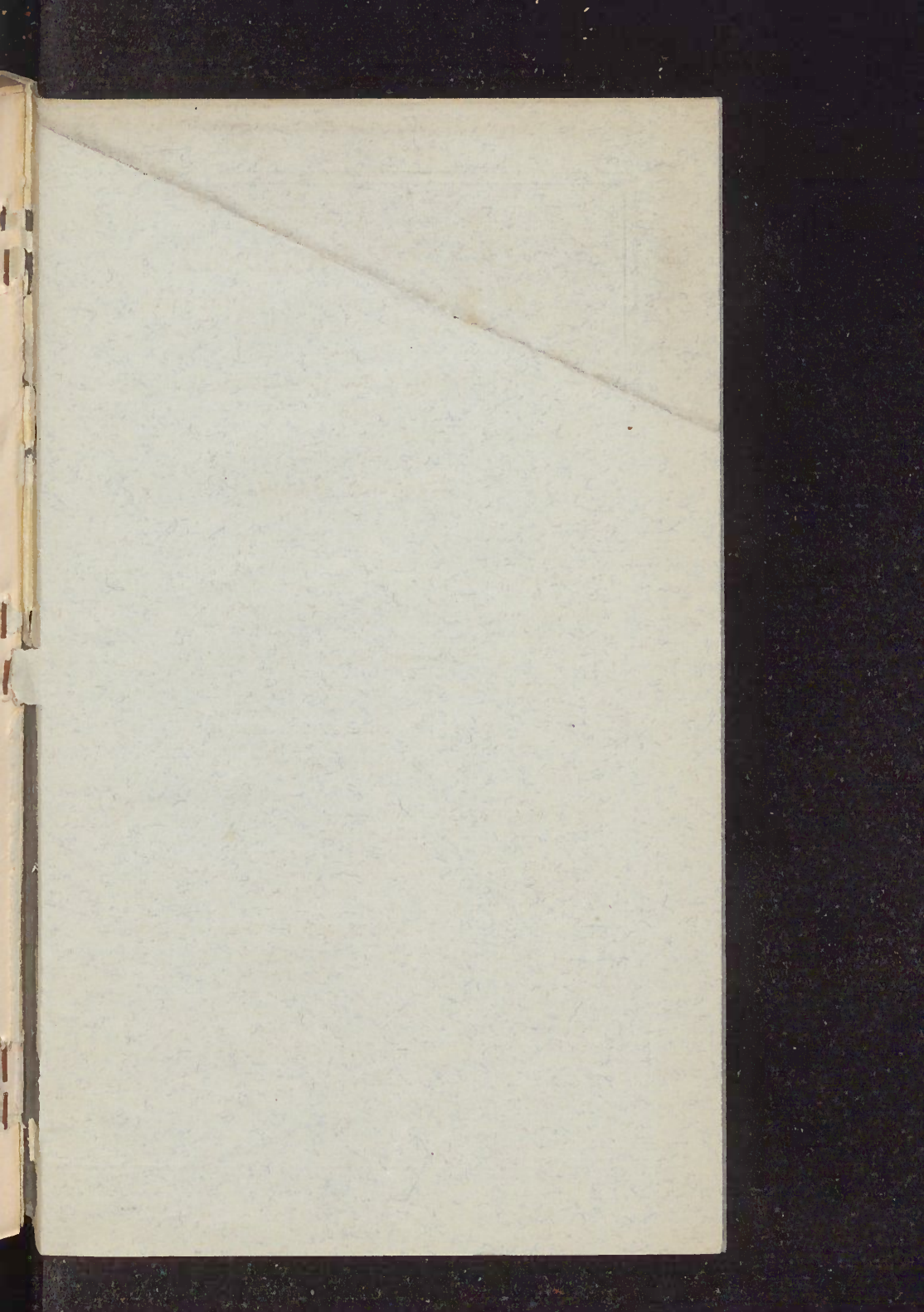
Westpreuß. Bauer. 1885. Nr. 11.

In möglichster Kürze bietet das vorliegende Werkchen eine treffliche Darstellung der beim Viehhandel geltenden Rechtsverhältnisse und zu beobachtenden Regeln. Allgemein verständlich geschrieben und das Wichtige von dem Unwesentlichen gut trennend, wird es sich als sehr nützlich erweisen und insbesondere dazu beitragen, die Vieh kaufenden Landwirthe vor Schaden bezw. vor langwierigen und in ihrem Ausgang nicht selten zweifelhaften Processen zu bewahren.

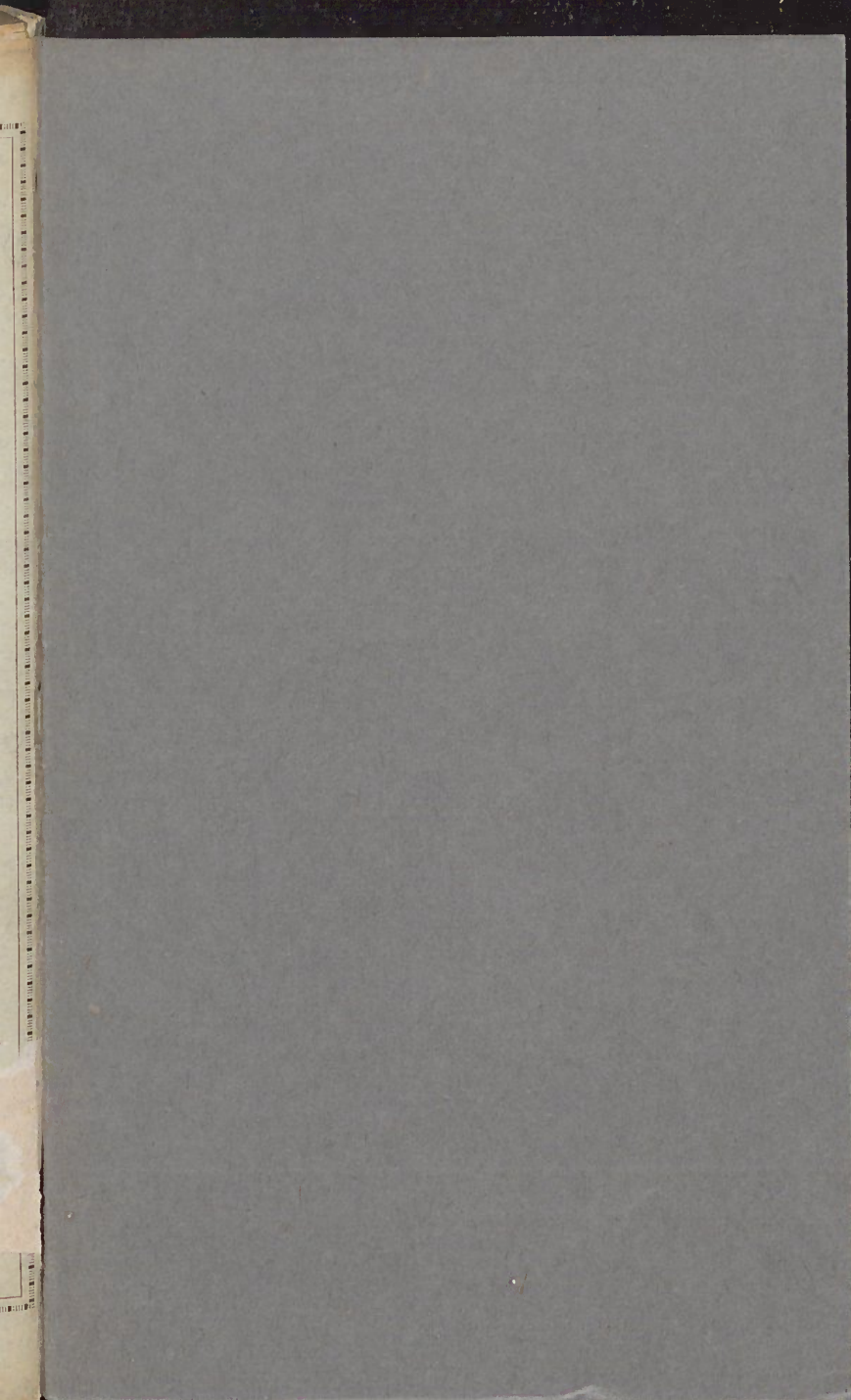
Der Landwirth. 1885. Nr. 88.

In vorliegendem Schriftchen sind die wichtigsten, auf den Viehhandel bezüglichen Rechtsätze zusammengestellt und erläutert, und dürfte dasselbe um so mehr allen Viehbesitzern willkommen sein, als nur zu oft der Viehhandel zu Streitigkeiten führt, die durch die Kenntniß der auf den Viehhandel bezüglichen Rechtsgrundsätze vermieden werden. Allg. Ztg. f. Land- u. Forstw. 1886. Nr. 65.











206\$01467956